

CUBA

LIBRE

Juni '94

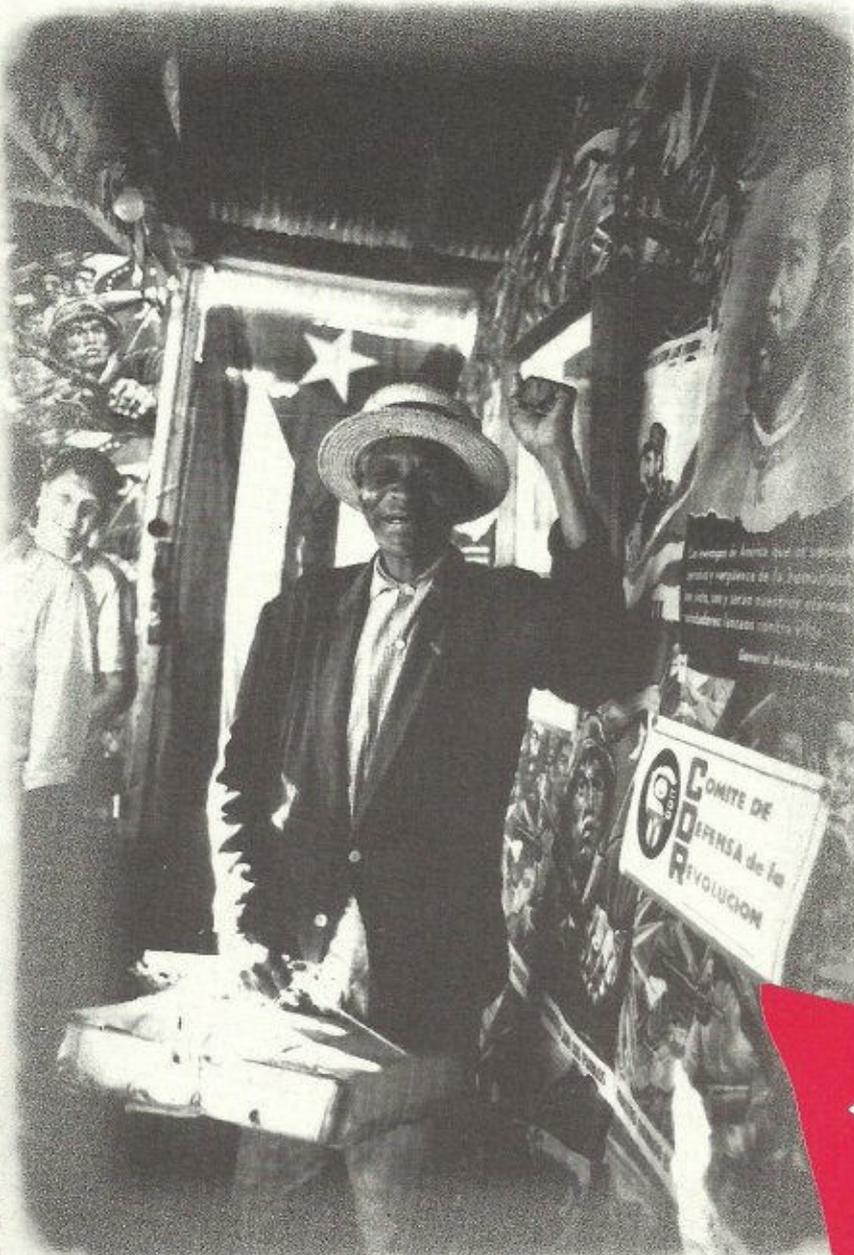
DM 6,-

Ökonomie

Die Mai-Debatte der Nationalversammlung

Solidarität

BRD - Karawane im September





»Ökonomen erschrecken mich...«

... so wird Fidel Castro auf Seite 16 dieser CUBA LIBRE zitiert. Tatsächlich ist die ökonomische Situation erschreckend und schreit nach tiefgreifenden Veränderungen. Die Ursachen für die aktuelle Krise wurden in der Vergangenheit in der CL oft diskutiert, ebenso wie Lösungsansätze (Plan alimentario, 4. Parteitag ...). Die gegenwärtige ökonomische Debatte aber, mit deren Dokumentation wir hier beginnen, unterscheidet sich von den vorhergegangenen in ihrer Radikalität. »Ich glaube, daß wir einige Konzessionen machen müssen, und wir machen sie.« (Fidel) Gemeint sind Konzessionen, Zugeständnisse an den Kapitalismus. Darzustellen, wie diese Zugeständnisse aussehen und wie die cubanischen ArbeiterInnen darüber denken, das bestimmt diese Ausgabe. Beschäftigen wir uns diesmal vor allem mit der Dezember-Debatte '93 der Nationalversammlung, so wird ein Schwerpunkt der nächsten Ausgabe sicherlich die Sitzung der Nationalversammlung vom 1./2. Mai 1994 sein.

Nach Redaktionsschluß erfuhren wir von der Besetzung der BRD-Botschaft in Havanna durch 21 CubanerInnen, die so ihre Ausreise erzwingen wollen. Wahrscheinlich sind sie, genau wie die 118 CubanerInnen in der belgischen Botschaft, den entsprechenden Aufrufen des CIA/Gusano-Senders »Radio Martí« gefolgt. Welche Schwierigkeiten die CIA trotzdem hat, »gläubwürdige RegimegegnerInnen« in Cuba auszumachen, lest Ihr auf Seite 36.

P.S.

Die Fotos von C. Fernandez zum Schwerpunkt Ökonomie passen zwar nicht unbedingt zum Inhalt der Artikel, aber sie dokumentieren einen anderen Ausschnitt aus der cubanischen Realität im März/April '94. Übrigens: Fotos und Artikel nehmen wir immer gern entgegen.

Harry

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Entschuldigt bitte...

... liebe Leute der signum Foto-Agentur und besonders Michael Meyborg. Wir haben in den letzten Ausgaben der CUBA LIBRE mehrere Bilder von Michael Meyborg ohne Namensnennung und Honorar veröffentlicht. Das wird nicht wieder vorkommen!

CUBA LIBRE Impressum:

Herausgeber:

Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V. in Zusammenarbeit mit der Freundschaftsgesellschaft

Berlin-Cuba
Theodor-Heuss-Ring 26
50668 Köln

Tel.: 0221/ 13 18 36

Konten:

Bank für Gemeinwirtschaft Bonn,
BLZ 380 101 11
Kto.-Nr.: 120 299 990 0

Postgiro Köln
BLZ 370 100 0
Kto.-Nr.: 30 79 84 - 507

Redaktion:

Heinz W. Hammer, Harry Hoppe, Stelios Pavlidis, Manfred Sill, Marianne Schweinesbein, Gaby Ströhlein
ViSdP: Marianne Schweinesbein

Druck:

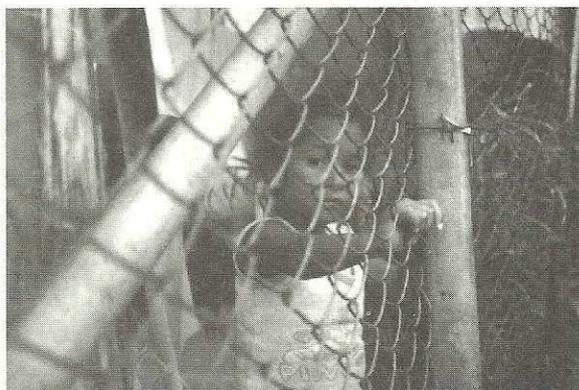
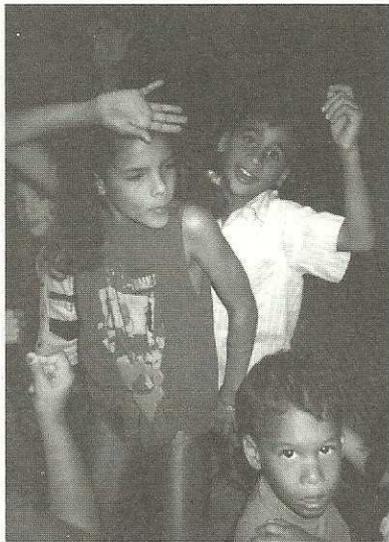
Drucktechnik Odenthal,
Zeißstraße 66a, 22765 Hamburg,
Tel.: 040/ 393 201

Gestaltung, Satz, EBV:

schriftbild,
Zeißstraße 66a,
22765 Hamburg, fon 040/ 390 06 40

CUBA LIBRE erscheint vier mal im Jahr
Jahresabo: DM 20,-
Einzelheft: DM 6,-
Abo-Preis pro Ausgabe:
DM 5,- + Porto
Kündigung des Abonnements bis 6
Wochen vor Jahresende zum
Jahresende

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



ökonomie

Fidel Castro zur Debatte

Granma 29.12.'936

Interne Finanzlage

Granma 29.12.'938

Haushaltsdefizit

Granma 29.12.'939

Kommentar zur Debatte

Juventud Rebelde 2.1.'9411

Realismus ist notwendig

Caridad Miranda in der Bohemia13

Artikelserie im »Militant« zur Ökonomie

Teil 1-314

Teil 424

Carlos Tablada

in München31

solidaritätsprojekte

Solidaritätskarawane

Stand der Vorbereitung40

Aufruf42

Granma

die erste Ausgabe in deutscher Sprache44

Glas statt Weißblech

Aktueller Stand46

Brigade José Martí

Solidarität gerade jetzt46

Agricultura Sostenible

Ein Landwirtschaftsprojekt47



lateinamerika

Wahlen in Lateinamerika

aus dem El Rojito Info 4/9433

Gipfeltreffen

der amerikanischen Staaten33

o-ton

Konferenz

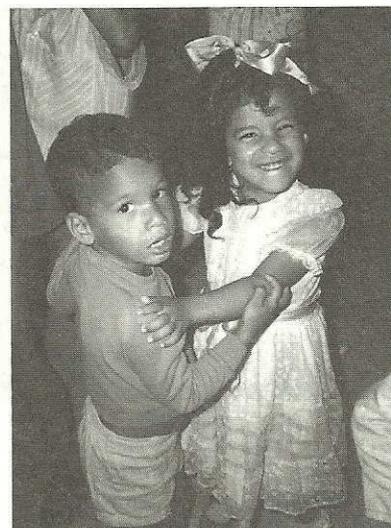
Nation und Emigration32

Top Secret

Probleme der CIA in Cuba36

Castro an Mandela

Grußbotschaft39



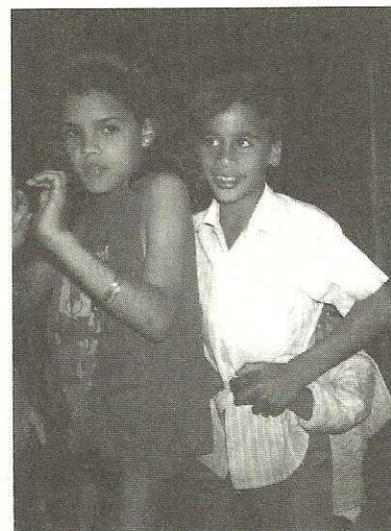
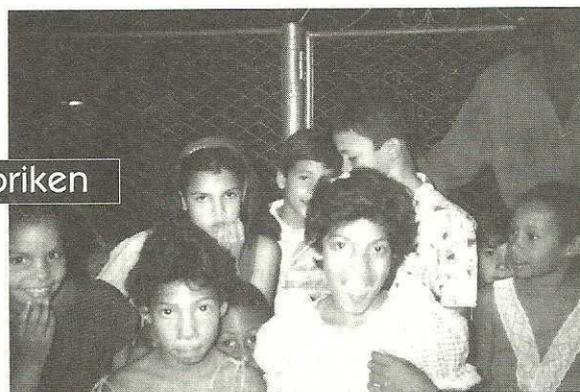
rubriken

Editorial3
 Impressum3
 LeserInnenbriefe48

aus der FG

20 Jahre FG-Veranstaltung50
 Stellungnahme der Gruppe Nürnberg52
 Richtigstellung53
 Redaktionsstatut der CUBA LIBRE54

kuba kurz55



★ LA REVOLUCION
ES COSA SERIA,
LO FUE, LO ES
Y LO SERA



Zusammenfassung der Rede Fidel Castros

»Die Revolution ist eine ernste Sache, sie war es, sie ist es und sie wird es sein.« Foto: J. Schneider

Fidel Castro erinnerte an die Maßnahmen von 1961 und erklärte: »Wir zogen das Geld ein, das die Bourgeoisie außerhalb des Landes an verschiedenen Orten besaß. 1961 blieben alle Bankguthaben unangetastet.« Es sei damals darüber gesprochen worden, ob Steuern erhoben werden sollten, ob die Schuluniformen bezahlt werden sollten, ob die Kosten für die plastische Chirurgie übernommen werden sollten, was mit dem Kunstturnunterricht passieren sollte usw.

Es sei also eine ganze Reihe von möglichen Maßnahmen diskutiert worden. Die Einführung einer neuen Währung oder eine Abwertung würden nirgends bekanntgegeben, und über keines der Probleme werde in irgendeinem Parlament der Welt debattiert. Er sei der Ansicht, daß die kubanische Nationalversammlung weltweit das einzige Parlament sei, in dem diese Punkte in einer solchen Form erörtert würden, d. h. vor den Abgeordneten, dem ganzen Volk und der Presse.

Er wies darauf hin, daß Kuba morgen schon eine neue Währung zum Preis von einigen Dollars einführen könne, wenn es dies wolle. Es wäre sinnlos, diese Frage im Rahmen des gesamten Ideenspektrums aufzuwerfen, wenn sie nicht praktikabel wäre.

Das Problem werde vom politischen Standpunkt aus diskutiert und nicht, weil es unlösbar sei. Ebenso liege es in den Händen Kubas, einen bestimmten Teil des Geldes einzuziehen, einen anderen aber nicht.

Dazu sei es notwendig, Bewußtsein zu schaffen, Kenntnisse zu erwerben.

Ein Grund für die Diskussion gehe auf die Tatsache zurück, daß viele zwar eine Lösung für die Probleme, aber keine der Maßnahmen wollten. Fidel Castro wies erneut darauf hin, daß das Verständnis des Volkes für die zu ergreifenden Maßnahmen von größter Bedeutung sei.

Es würden Diskussionen geführt und Fragen aufgeworfen, um zu sehen, ob Kuba in der glücklichen Lage sein könne, die beste Lösung für das schwierige Problem zu finden, das sich aus der Gesamtentwicklung ergebe: Es gehe darum, den Geldmengenüberhang in den Griff zu bekommen. Er nahm Bezug auf andere Länder, in denen Währungsabwertungen vorgenommen worden seien, ohne daß es eine Blockade oder eine sogenannte »Sonderperiode« (periodo especial) gegeben habe. In solchen Fällen sei eine Abwertung gleichbedeutend mit einer Einziehung der Währung und täglicher Kampf in diesen Ländern.

Weiter führte Fidel Castro aus, daß in Kuba dank der unantastbaren Bezugsscheine solche Maßnahmen nicht bekannt seien. Eines Tages wür-

de man im Parlament erklären können, wie die Revolution das Bisherige erreicht hat, nämlich nicht nur durch ausländische Unterstützung. Schlicht und einfach habe das Volk mit seinen Zuteilungsheften die Infrastruktur des Landes finanziert.

Wenn Kuba kein Geld für den Bau eines Krankenhauses hatte, so sei das Krankenhaus trotzdem gebaut worden, weil es Bezugsscheine gegeben habe. Ohne Bezugsscheine wäre ein vollständig ausgeglichener Haushalt erforderlich gewesen, und sofort wären die Preise gestiegen. In Kuba seien aber tausende von Schulen, hunderte von Krankenhäusern und unzählige andere Dinge gebaut worden, und niemals hätten der Liter Milch oder die Lebensmittel auch nur einen Centavo mehr gekostet. Fidel Castro führte aus, er spreche von jenem goldenen Zeitalter, in dem es viel mehr auf Bezugsscheine gegeben habe als heute, da er immer von der klaren Vorstellung ausgegangen sei, daß das Volk die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes finanziert habe, denn dafür hätten nicht genügend Einnahmen zur Verfügung gestanden. Es sei zwar zu einer Ausweitung der Geldmenge gekommen, doch habe die Bevölkerung monatlich ihre Lebensmittel zu gleichbleibenden Preisen bekommen.

Die Volksmacht wisse das. Seit 1976 seien alle Maßnahmen verwirklicht worden, die die Volksmacht beschlossen habe, ohne je danach zu fragen, ob dafür staatliche Mittel zur Verfügung stünden. Es habe Holz und Stahl gegeben, die Löhne seien in den über 30 Jahren vom Finanzministerium gezahlt worden. So habe das Volk die Maßnahmen ohne Inflation finanzieren können, weil die Preise nicht freigegeben worden seien. Bei Freigabe der Preise wäre dies nicht möglich gewesen. Fidel Castro fügte hinzu, daß nur ein einziges Mal in den achtziger Jahren die Preise für einige Produkte angehoben worden seien.

Im Anschluß berichtete er von einigen Fällen, die von Abgeordneten zum Thema Arbeitshaltung in verschiedenen Betrieben vorgebracht worden waren. Danach hätten sich einige Personen nicht leistungsgerecht entlohnt gefühlt.

Fidel Castro unterstrich seine Überzeugung, daß eine Abschöpfung der überschüssigen Geldmenge dazu beitragen würde, Bedarf an Arbeitskräften zu schaffen.

»Wir sprechen von der Finanzlage und von der Lösung des Geldmengenproblems in einer Situation, in der sich das sozialistische Lager aufgelöst hat und unsere Importe um 78 % zurückgegangen sind, zu Zeiten, in der wir die bisher rigoroseste Blockade erleben, zu Zeiten einer weltweiten Wirtschaftskrise, aber wir haben keine Angst, denn die Revolution zeichnet sich dadurch aus, daß die Dinge mit der Unterstützung und dem Verständnis des Volkes getan werden.«

Fidel Castro erinnerte daran, daß die Zigarettenteilungen auf der Grundlage einer Meinungsumfrage gestaltet worden seien, in der man sogar die Volksräte konsultiert habe, und daß durch die Befragung nicht immer gute Entscheidungen getroffen worden seien. Es könnten Beispiele angeführt werden, bei denen Befragungen durchgeführt worden seien, und die Lösungen, die sich aus diesen Befragungen ergeben hätten, seien bisweilen schlechter als andere Lösungen gewesen. Die Zigarettenteilung sei ein Beispiel dafür.

Er führte dazu folgendes aus: Im Exekutivkomitee sei man zu bestimmten Schlußfolgerungen gekommen, aber im Organisationsausschuß des Parteikongresses habe es keinen Konsens gegeben. Am Ende habe man allen Kubanern über 18 Jahren eine Zigarettenteilung zugeteilt, obwohl es bereits eine historisch festgelegte Quote gegeben habe. Da jedoch nicht festgestellt werden konnte, wer raucht und wer nicht, wurden die Zigarettenteilungen zu einer Einnahmequelle auf dem Schwarzmarkt. Heute gebe es noch weitere Schwarzmarktquellen, so beispielsweise US-Zigarettenteilungen.

Dasselbe geschehe mit Medikamenten: Personen, die reisen können, sei es erlaubt bis zu 10 kg Medikamente mitzubringen, um bedürftigen Personen zu helfen. Der Staat sei dazu nicht immer in der Lage und verfüge nicht über ausreichende Mittel, um die Medikamentenversorgung vollständig sicherzustellen. So würden auch die Medikamente zu einer Schwarzmarktquelle, ebenso die Geldüberweisungen aus dem Ausland, mit denen in den Dollarshops eingekauft werden könne.

Nach diesen Beispielen wies Fidel Castro darauf hin, daß die überschüssige Geldmenge zwar wesentlich zu einer Verschärfung der Probleme beitrage, daß sie aber nicht der einzige Aspekt sei, sondern auch zahlreiche andere Faktoren eine Rolle spielten.

»Wir dürfen uns keine Illusionen machen. Wir müssen mit diesem Übel, mit dieser Krankheit leben, denn diese Dinge sind unvermeidlich, aber wir suchen nach Lösungen, und dies unter schwierigsten Bedingungen. Ich denke, daß wir das Richtige tun. Es ist das Ehrlichste, das Loyalste, das man gegenüber dem Volk tun kann.«

Auf die Frage, wer nach dem Wunsch der Regierung die Maßnahmen richtig begreifen müsse, antwortete er »das Volk«, und auf die Frage, von welcher Seite denn das meiste Verständnis nötig sei, antwortete er ebenso »von Seiten des Volkes«.

Wenn jemand in Kuba kein reines Gewissen habe, so sei das allein sein Problem, denn die ehrlichen Menschen bräuchten sich keinerlei Sorgen zu machen. Er wies darauf hin, daß einige der möglicherweise umzusetzenden Maßnahmen aus dem Katalog, der der Nationalversammlung vorgestellt worden sei, Opfer mit sich bringen würden.

Jede Steuer treibe die Preise in die Höhe, und jede Subvention könne die Preise für Grundbedarfsgüter ansteigen lassen. Als Beispiel führte er an, daß die Festsetzung einer allgemeinen Steuer, sei sie auch noch so gering, den Menschen Opfer aberlangen würde. Er sehe jedoch keine Möglichkeit, dieses unvermeidliche Unrecht auszugleichen, ohne entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Es entspreche dem grundlegenden Gerechtigkeits Sinn der Revolution, das Volk zu schützen, die Rechte und Erungenschaften der Revolution zu erhalten, niemanden schutzlos sich selbst zu überlassen, keinen Studenten nach Studienabschluß ohne Arbeit und keinen Facharbeiter ohne Beschäftigung zu lassen.

Alle Kubaner müßten sich darüber bewußt sein, daß es ohne einen gewissen Zeitraum mit keiner Maßnahme möglich sei, die Situation in irgendeiner Form zu bewältigen, und daß es in jedem Fall nicht ohne Opfer ginge. Darüber müßte sich das Volk im klaren sein. Es seien zahlreiche Maßnahmen geprüft worden, ohne daß auch nur eine Einzige angenommen worden sei. Möglicherweise müßte die Debatte auf einer weiteren außerordentlichen Parlamentssitzung fortgesetzt werden. Das nächste Mal könne man sich auf ein wesentlich umfassenderes Informationsniveau stützen.

Fidel Castro nahm darüber hinaus zu den bisherigen und künftigen Bemühungen um eine Steigerung der Produktion Stellung. Hierzu unterstrich er, daß nicht alle Fragen derart

offen diskutiert werden könnten, und erinnerte dabei an den Satz von José Martí, nach dem es Dinge gebe, die im Verborgenen getan werden müßten oder gar nicht, da der Feind sie sonst sabotieren würde.

Die Maßnahmen, die in der Hand der kubanischen Regierung lägen, könne niemand verhindern, insbesondere dann nicht, wenn das Volk sie kenne und verstehe. Deshalb sei es notwendig, daß das Volk diese Politik verstehe und mittrage.

Die Feinde würden schon sehen, ob die Kubaner Mut hätten oder nicht, die Schwarzhändler und Geschäftsmacher und all die anderen, die die Revolution nicht täuschen könnten. Die Revolution habe noch viele Mittel, von denen sie sich keine Vorstellung machten.

Nach der Rede Fidel Castros wurde einstimmig der Vorschlag des Präsidenten der Nationalversammlung Ricardo Alarcón angenommen, die Behandlung des Themas abzuschließen und die Debatte auf einer außerordentlichen Sitzung fortzusetzen, die demnächst einberufen werden soll. Dies biete den Abgeordneten zudem die Möglichkeit, sich besser vorzubereiten sowie Meinungen und Eindrücke aus der Bevölkerung einzuholen.

In einem Schlußwort bewertete Alarcón den Sitzungstag als inhaltsreich und nützlich. Es habe sich daraus eine eindeutige Schlußfolgerung ergeben: Die Abgeordneten wie auch die große patriotische, revolutionäre Mehrheit des Volkes seien in dem auslaufenden Jahr voller Herausforderungen, durch die sie auf die Probe gestellt worden seien, ein gutes Stück vorangekommen.

Alarcón meinte, in Kuba gebe es die Fähigkeit zum Widerstand, patriotische Entschlossenheit und revolutionäres Bewußtsein, die die Kubaner zu der Überzeugung führten, daß sie die enormen Schwierigkeiten bewältigen und Fortschritte erzielen könnten, wenn sie ihren Weg beibehielten.

»Wir müssen dies außerdem nicht nur mit Energie und Kraft tun«, fügte er hinzu, »sondern mit einer tiefen Weisheit und völliger Treue zu unseren Wurzeln.«

Die Sitzung der Nationalversammlung wurde mit der kubanischen Nationalhymne abgeschlossen, die alle Abgeordneten und Gäste mitsangen.

Gramma 29.12.1993

INTERNE FINANZLAGE

★ Im zweiten Teil des Sitzungstages wurde die gegenwärtige interne Finanzlage erörtert. Die Debatte begann mit einer Einführungsrede des Finanzministers José Luis Rodríguez. Als eines der schwierigsten Probleme Kubas bezeichnete er das interne finanzielle Ungleichgewicht. 1989 bestand nach seinen Angaben ein Geldmengenüberschuß von 4,163 Mrd. Pesos; heute liegt er bei über 10 Mrd. Dies entspreche einem durchschnittlichen Gehalt von 14 Monaten. Es sei davon auszugehen, daß es zu einer weiteren Erhöhung der Geldmenge kommen werde. Die Lage sei damit kritischer als im Dezember 1970. Damals hätte sich die umlaufende Geldmenge auf ein Gehalt von 13 Monaten angestaut. Diese Bedingungen wirkten sich hemmend auf die Arbeitsleistung aus.

Wenn wir berücksichtigen, daß der Verkauf von Waren und Dienstleistungen an die Bevölkerung zwischen 1989 und 1992 um etwa 35 % zurückgegangen sei, so sei leicht zu verstehen, warum neben dem mangelnden Angebot der Geldmengenüberschuß zu einem bestimmenden Faktor für die Ausweitung des Schwarzmarktes mit seiner Vielfalt von Spekulationsaktivitäten und seinen horrenden Preisen geworden ist.

Der Minister erwähnte weitere Ungleichgewichte, die zwar weniger bekannt, dafür aber nicht weniger besorgniserregend seien. Dazu gehöre das staatliche Haushaltsdefizit, das seit 1989 von 1,403 Mrd. Pesos auf 4,2 Mrd. Pesos angestiegen sei. Der wachsende Überhang an Staatsausgaben gegenüber den Einnahmen gehe im wesentlichen auf den Rückgang der Wirtschaftsaktivitäten des Landes zurück. Man habe sich jedoch intensiv bemüht, die Auswirkungen dieser Situation nicht der Bevölkerung aufzubürden.

In anderen Ländern seien die typischen neoliberalen Maßnahmen angewandt worden, mit denen über die Wirkung der Marktmechanismen um jeden Preis ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage hergestellt werden solle. Dies habe verheerende Folgen für die unteren Einkom-

menschichten, da die Preise freigegeben, die Löhne eingefroren und die staatlichen Sozialausgaben gekürzt wurden.

»Hier war das nicht so,« führte der Finanzminister aus. »Entsprechend unseren Prinzipien ist das Beschäftigungsniveau im Staatssektor zwischen 1989 und 1993 gleichgeblieben, die Durchschnittslöhne haben sich praktisch nicht verändert, die Ausgaben im Gesundheitswesen sind um 10 % gestiegen und die Sozialausgaben um 33,4 %.«

Rodríguez erwähnte darüber hinaus die Zuschußzahlungen für Unternehmensverluste, in denen sich die Auswirkungen der ungünstigen Wirtschaftslage mit einem erheblichen Rückgang der Arbeitsleistung und der Produktivität widerspiegeln. Diese Zahlungen seien stärker angestiegen als vorgesehen und hätten 1993 mit 4,5 Mrd. Pesos 73 % über denen des Jahres 1989 gelegen.

Damit stellten die Ungleichgewichte ein ernstes Hindernis für die lebenswichtige Wirtschaftsleistung des Landes dar. Rodríguez rief dazu auf, ohne verantwortungslose Überstürzung eine ernsthafte und nicht an technokratischen Ansätzen orientierte Analyse der Situation zu erstellen.

Er vertrat die Ansicht, daß eine Ausweitung des Waren- und Dienstleistungsangebots in Übereinstimmung mit der Kaufkraft der Bevölkerung kurzfristig nicht im erforderlichen Maße möglich sei. Anfang der 70er Jahre habe man durch Importsteigerungen eine Lösung erreicht. Heute bestünden aber nicht die wirtschaftlichen Bedingungen wie damals. Gegenwärtig versuche man, die finanziellen Ungleichgewichte mit anderen Methoden in den Griff zu bekommen, die eine angemessene politische Lösung bieten könnten, ohne dabei die wesentlichen Prinzipien der Gerechtigkeit und sozialen Gleichheit aufzugeben.

Seiner Meinung nach zwängen die verfügbaren Lösungen zu Maßnahmen, die unter normalen Bedingungen nicht angewandt würden. Die bestehenden Probleme könnten nicht mit einer einzigen Maßnahme in Angriff genommen werden, sondern es

müsse auf sinnvolle Weise ein ganzer Maßnahmenkatalog erarbeitet werden. In jedem Fall würden die Maßnahmen keine sofortige Wirkung zeigen, und heute seien mehr denn je Disziplin und Ordnung erforderlich, um die Situation zu bewältigen.

Im Zusammenhang mit dem Staatshaushalt erklärte Rodríguez, daß schrittweise und in geordneter, rationaler Form ein neues Steuersystem eingeführt werden sollte, das gemeinsam mit anderen Wegen der Mittelbeschaffung die Staatseinnahmen verbessern und damit die Bedürfnisse der Gesellschaft abdecken könnte. Man müsse eine Kultur der Steuerzahlungen schaffen. Gleichzeitig müßten die Ausgaben, besonders aber die Verlustzuschüsse so weit wie möglich reduziert werden. Es gehe darum, die verfügbaren Ressourcen wirtschaftlich sinnvoller zu nutzen, die Ausgaben durch eine Steigerung der Arbeitsleistung zu reduzieren und einen Produktionszuwachs zu erzielen. Dies sei der einzige mögliche Weg, die gegenwärtige »Sonderperiode« (periodo especial) zu überwinden.

»Wir alle müssen diese realen Bedingungen verstehen,« betonte der Finanzminister, »und ebenso müssen wir sie der Mehrheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger begreiflich machen, dies in dem Bewußtsein, daß jede Maßnahme Ergebnis einer eingehenden Analyse sein soll sowie mit dem Ziel, die vorrangigsten Interessen der Gesellschaft in der gegenwärtigen komplexen Lage durchzusetzen.« □



SCHLÜSSELPROBLEM IST DIE VERRINGERUNG DES HAUSHALTSDEFIZITS

In einer klaren Einschätzung hat der kubanische Finanzminister José Luis Rodríguez deutlich gemacht, daß die heutigen Schwierigkeiten mit dem finanziellen Ungleichgewicht in Kuba nicht nur von einer Gruppe von Wirtschaftsfachleuten und -wissenschaftlern gelöst werden können. »Es handelt sich um ein Problem, das aufgrund seiner Tragweite, seiner Bedeutung und seines Gewichtes für das Leben der Menschen und den Fortschritt der Revolution eine zutiefst politische und nicht nur eine ökonomische Angelegenheit darstellt.«

Rodríguez bezeichnete das Defizit im Staatshaushalt als verantwortliches Schlüsselement für den zunehmenden Geldüberhang. In der Zeit vor der »periodo especial« wurde dieses Defizit aus verschiedenen Quellen gedeckt. Dazu gehörten die Kredite, die Kuba aus dem Ausland erhielt, die Geldmittel, die intern aufgebracht wurden sowie die Ausgabe von neuem Geld. In den letzten Jahren hat man das Defizit zu etwa 60 % durch die interne Geldemission gedeckt.

Rodríguez führte aus, daß man sich in einem ersten Analyseschritt zunächst darüber klar werden müsse, daß sich, sofern keine Entscheidung in bezug auf das bezeichnete Defizit getroffen werde, die Geldmenge schon

allein aus diesem Grund ausdehnen werde. Das Hauptaugenmerk sei auf die Verringerung des Haushaltsdefizits zu richten.

Der Minister stellte klar, daß es nicht die Ausgaben für Gesundheit, Bildung und soziale Sicherheit seien, die am stärksten ins Gewicht fielen. Diese drei Bereiche entsprechen lediglich einem Anteil von knapp 30 % der Staatsausgaben. Im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung gebe es Argumente dafür, bestimmte Leistungen wie z. B. Schönheitsoperationen in Rechnung zu stellen. Dies könnte in Erwägung gezogen werden, wie auch andere kostenlose Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Kultur und Erholung.

Rodríguez erörterte auch den eher erzieherischen als ökonomischen Nutzen, der sich aus der Umsetzung mancher Maßnahmen ergeben könnte. Sie könnten z.B. zu einem pfleglicheren Umgang mit den bestehenden Einrichtungen führen, denn wenn etwas bezahlt würde, wüßte man eher auch den Wert zu schätzen.

Unmittelbar danach nannte der Finanzminister auf Vorschlag Fidel Castros einige Beispiele für Leistungen, die u. U. in Rechnung gestellt werden könnten: Nach vorliegenden Untersuchungen könnten bisher kostenlose Kulturveranstaltungen jährlich 15 Millionen Pesos abwerfen. Bei Verbrauchsmaterialien in der Schule könnten 10 Millionen, bei Schuluniformen 14 Millionen eingespart werden. Auch bei speziellen Sportfächern wie Kunstturnen und

Schwimmen könnte man Einsparungen erzielen.

Fidel Castro fragte nach, was denn z. B. mit einer Person geschähe, die einen Unfall erleide und eine plastische Operation benötige, und ob dies auch unter die Kategorie der Schönheitsoperationen falle. Hierzu wurde ihm erklärt, daß die Leistungen in einem solchen Fall nicht bezahlt werden müßten. Es gebe jedoch Meinungen dahingehend, daß jemand, der eine andere Person angreife, für die Kosten der medizinischen Behandlung des Geschädigten aufkommen müsse. Fidel Castro hieß diese Idee gut und hielt sie für moralisch sinnvoll. ★

Aus den Ausführungen ging hervor, daß der überwiegende Teil des Haushaltsdefizits durch die Zuschußzahlungen entsteht. Ein deutlicher Beweis dafür seien die staatlichen Zuwendungen an das Zuckerministerium und die Landwirtschaft. In den drei Jahren seit Beginn der »Sonderperiode« hätten diese beiden Bereiche das Land ca. 7,252 MRD. Pesos gekostet. Dies entspreche einem Anteil von 54 % des Haushaltsdefizits im selben Zeitraum.

Fidel Castro hob dazu hervor, daß die Ausgaben für Zuschußzahlungen eine wesentliche Rolle bei den Ansätzen zur Verringerung des Defizits spielten.

Im weiteren führte Rodríguez aus, daß im Hinblick auf die Gewährung von Zuschußzahlungen 1994 die Finanzlage der Staatsbetriebe überprüft worden sei. Im staatlichen Wirtschaftsbereich bestehe ein erheblicher Mangel an Zahlungsdisziplin. Aus einer Analyse des Jahres 1993 (bis September) gehe hervor, daß allein im Unternehmenssektor Zahlungen von Staatsbetrieb zu Staatsbetrieb in Höhe von insgesamt ca. 2,622 Mrd. Pesos ausstünden, d.h. dies seien Rechnungen, die bestimmte Staatsbetriebe anderen Staatsbetrieben schuldeten.

Der Finanzminister erklärte, darin liege einer der Faktoren für die mangelnde wirtschaftliche Kontrolle, die eine Umleitung von Ressourcen in großem Maßstab begünstigten. Als Beispiel führte er das Ministerium für Grundstoffindustrien (MINBAS) an, das am 30. September noch Außenstände in Höhe von 556 Mio. Pesos hatte; das Außenhandelsministerium zum gleichen Zeitpunkt noch 835 Mio., da die Importbetriebe nicht zahlten. Rodríguez nannte darüber hinaus die Devisenkonten, deren Guthaben Hunderte von Millionen ausmachten.



Er bekräftigte den Willen des Landes, die Ressourcen zu erhalten und dem Staat eine adäquate Verwaltung zu ermöglichen. »Wenn es gelingt, das Defizit zu verringern, so werden wir auch erreichen, daß im kommenden Jahr weniger Geld in Umlauf kommt. Auf diese Weise können wir zu einer Sanierung des Staatshaushalts beitragen.«

Er gab bekannt, daß ein Vorschlag für ein Steuersystem zur Prüfung vorliege, das von der Bevölkerung wie auch den Unternehmen Abgaben verlange. Einige Steuern seien bereits eingeführt, z. B. die Steuer für Selbständige. Nach vorliegenden Berechnungen auf der Grundlage der gegenwärtig geltenden Steuersätze könnten über diese Abgaben 125 Mio. Pesos eingenommen werden.

Zur Einkommenskontrolle ziehe man das Verfahren einer eidesstattlichen Versicherung in Erwägung, das die Zahlung einer Strafe im Falle von Verstößen jeglicher Art vorsehe. Der Staats- und Regierungschef erklärte dazu, es seien äußerst harte Strafen, sogar Gefängnisstrafen gegen diejenigen zu verhängen, die eine falsche eidesstattliche Versicherung abgaben.

Im Zusammenhang mit der Besteuerung von Konsumgütern erinnerte Fidel Castro daran, daß 1970 der Geldmengenüberschuß durch indirekte Steuern auf Produkten, die nicht zu den Grundbedarfsgütern gehörten, unter Kontrolle gebracht wurde. Damals sei jedoch der Mangel an Waren nicht so ausgeprägt gewesen wie heute. Die Besteuerung von Zigaretten und Alkohol habe im wesentlichen ausgereicht, um das Ungleichgewicht in den Griff zu bekommen.

Auf Antrag des Staats- und Regierungschefs unterbrach der Finanzminister seine Ausführungen, um den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, sich zu den wirtschaftlichen und politischen Vor- und Nachteilen einer Geldeinzahlung bzw. Währungsänderung zu äußern.

Leonel González, Abgeordneter für den Bezirk Cabaiguán, vertrat die Ansicht, eine Währungsänderung könne das Problem nicht lösen, wenn die Ursachen des Geldmengenüberhangs nicht beseitigt würden. Blieben bei einer Währungsänderung die sonstigen Bedingungen gleich, so würde innerhalb kurzer Zeit wieder ein ähnliches Problem auftreten.

»Um die Geldmenge zu verringern, könnten Maßnahmen wie die während der Debatte vorgestellten ergriffen

werden. Dazu gehören die Umsetzung einer allgemeinen Steuerpolitik, die Abschaffung bzw. Kürzung von Produktionszuschüssen und die Einführung eines Steuersystems.

Zur Durchführung der Währungsänderung bräuchten wir eine beträchtliche Menge an Geld für den Druck der neuen Scheine, und überdies wäre ein sehr komplexe Operation vonnöten.

Man könnte auf der Grundlage der eidesstattlichen Erklärungen denjenigen Personen, die große Geldbeträge besitzen (nicht alle sind unbedingt reiche Schwarzhändler), eine befristete Einfrierung dieser Gelder auf einem Bankkonto vorschlagen, damit dieses Geld nicht im Umlauf ist. Das Vermögen dieser Person an sich wäre nicht beeinträchtigt.«

Fidel Castro meinte dazu: »Das Sparen ist eine der Maßnahmen, die einer Geldmengenvergrößerung entgegenwirken. Überall in der Welt ist der Geldumlauf derjenige Faktor, der die Inflation anheizt, nicht das ersparte Geld. Der Geldmengenüberhang, wie er in unserem Fall vorliegt, würde zu einem inflationären Prozeß führen, wenn wir keine Bezugsscheine für bestimmte Artikel hätten, wenn es einen freien Verkauf gäbe.«

In Zusammenhang mit den Zuschüssen vertrat der Abgeordnete Leonel González die Meinung, eine Bezuschussung von Personen mit niedrigem Einkommen sei möglicherweise sinnvoller als eine Bezuschussung von Produkten.

Ramón Perdomo, Abgeordneter für den Gemeindebezirk Diez de Octubre, meinte dazu: »In absehbarer Zeit müssen wir eine Währungsänderung ins Auge fassen, denn die hohen Geldbeträge im Besitz einiger weniger Personen vermehren sich weiter. In dem Maße, in dem sich das Land wirtschaftlich erholt, wird eine Währungsänderung unausweichlich, denn wir gehen sonst das Risiko ein, daß alle Produkte, die zum Verkauf angeboten werden, sofort aufgekauft werden, und dies nicht unbedingt von der gesamten Bevölkerung, sondern von denjenigen, die über umfangreiche Geldbeträge verfügen. Heute ist vielleicht nicht der richtige Zeitpunkt, und die Bedingungen, die zu solch einem Schritt führen würden, wären andere als in den sechziger Jahren.

Die Zinssätze, die heute von den Banken angeboten werden, sind sehr niedrig und regen nicht zum Sparen an. Die Bankguthaben einer Person könnten beispielsweise mit einem Betrag im Gegenwert eines Produkts,

das die betreffende Person kaufen möchte, eingefroren werden. Die Bank behält das Geld, und die Person bekommt den fraglichen Artikel später im Laden.«

Mehrere Abgeordnete, darunter Tomás Pagán aus Guanajay, bekräftigten die Ansicht, eine Währungsänderung sei keine geeignete Maßnahme, wenn die Faktoren, die zu dem bestehenden Geldmengenüberschuß geführt haben, gleich blieben.

Zur Frage der Zuschüsse fragte Fidel Castro, welche Folgen deren völlige Streichung hätte. Der Finanzminister führte dazu aus, daß 69 % der Betriebe des Landes von der Streichung betroffen wären, denn gegenwärtig seien nur 31 % der Unternehmen rentabel.

Rodríguez erklärte: »Unangebrachte und zu streichende Zuschüsse beziehen sich auf die Verluste, die auf Fehler im Betriebsmanagement zurückzuführen sind.«

Für 1994 sind Zuschüsse in Höhe von etwa 300 Millionen Pesos für den Zuckerranbau und ca. 400 Millionen für die zuckerverarbeitende Industrie veranschlagt. Das Zuckerministerium, das Landwirtschaftsministerium und die Kooperativen müssen im Vergleich zu diesem Jahr (1993) ihre Zuschüsse für 1994 um 800 Mio. Pesos zurückschrauben. Dies ist eine der Maßnahmen, mit denen der Staatshaushalt für das kommende Jahr gekürzt wird.

Im weiteren Verlauf der Debatte über mögliche Maßnahmen betonte Fidel Castro die Notwendigkeit, die Vorschläge der Experten aus politischer Sicht zu analysieren. □

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!

Schulzeug für Kubas Kinder

Ja zu Kuba! - Die Schulkinder in Kuba benötigen dringend unsere Hilfe, denn wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist es gegenwärtig nicht möglich, die Kinder mit dem notwendigen Schulmaterial auszustatten. Mit dieser Solidaritätsaktion wollen wir Hefte, Zeichenblocks, Blei- und Buntstifte, Anspitzer, Radiergummis, Füller, Tinte, Lineale, Kreide und alles andere, womit unsere Kinder hier in der Schule versorgt sind, beschaffen und nach Kuba schicken. Zum Kauf weiteren Schulmaterials sowie für den Transport benötigen wir außerdem eine finanzielle Unterstützung.

Diese Spendensammlung beginnen wir Neujahr 1993 gemeinsam mit dem lateinamerikanischen Restaurant »Batea«. Alle Schulsachen können abgegeben werden: bei »Cuba Si« oder im »Batea«, Krumme Str. 42 in Berlin-Charlottenburg.

Solidarität mit Kuba! Schluß mit der Blockade durch USA, EG und BRD!

Wir bitten freundlichst, diese Solidaritätsaktion mit Geldspenden zu unterstützen (steuerlich absetzbar). Konto-Nr. 43 82 21 00 00/ Cod. 96 12, Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00, VWZ: Schulzeug für Kubas Kinder. Wir danken allen SpenderInnen!

Cuba Si
Arbeitsgemeinschaft der PDS
Kleine Alexandersstraße 28
O-1020 Berlin
Telefon (030) 28 40 94 55
Fax (030) 28 141 69

Cuba Si

Juventud Rebelde, 2.1.1994

Kommentar zur Debatte über die Wirtschaftslage im kubanischen Parlament

José Alejandro Rodríguez



Organisierung von Mitfahrmöglichkeiten

Foto: J. Schneider

Die Revolution wird sich mutig den überwältigenden wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen stellen, ohne dabei die wesentlichen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit aufzugeben, auf die sie sich von jeher gestützt hat. Dies ist die Quintessenz aus den Überlegungen, die das kubanische Parlament zu Beginn dieses neuen, entscheidenden Jahres der Bevölkerung zum Geschenk gemacht hat.

Die vor einigen Tagen zu Ende gegangene Sitzungsperiode der kubanischen Nationalversammlung war so fruchtbar und reich an Debatten wie nie zuvor. Das gefährliche finanzielle Ungleichgewicht, das sich mit der Zeit in der kubanischen Ökonomie entwickelt hat, ist dabei offen zutage getreten. Es besteht gegenwärtig ein Geldmengenüberschuß in Höhe von 10 Mrd. Pesos (dies entspricht einem Durchschnittslohn von 14 Monaten). Dem steht keine ausreichende Menge an Konsumgütern und Dienstleistungen gegenüber. Hinzu kommt ein Haushaltsdefizit, das zum Jahresende bei über 4,2 Mrd. Pesos lag.

Die Abgeordneten sprachen unverblümt über die negativen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen des Ungleichgewichts: geringes Arbeitsinteresse, Rückgang

der Produktivität, Fernbleiben vom Arbeitsplatz, mangelnde Disziplin, Ausweitung des Schwarzmarkts. Als Folge davon kommt es in einigen Teilen der Gesellschaft zu einer negativen Veränderung von Verhaltensmustern und zur Bildung von sozialen Randgruppen. All diese Belastungen erschüttern das kubanische Gesellschaftsmodell in seinen Grundfesten.

Selbstverständlich konnte das Parlament keine magische Tür zur Lösung der Mißstände öffnen. Es war schon von vorneherein klar, daß aus den Sitzungen keine bombastischen Maßnahmenpakete hervorgehen würden, auf die nicht wenige innerhalb und außerhalb des Landes spekulierten. Einmal mehr bekräftigte Chefkommandant Fidel Castro: »Die Veränderungen in unserer Ökonomie wer-

den schrittweise erfolgen und gut durchdacht sein.«

Doch deshalb ist der kollektive Denkprozeß eines bereits veränderten Parlamentes über die Möglichkeiten einer zukünftigen Bewältigung der bestehenden Probleme keineswegs geringzuschätzen. Es geht um sehr kubanische Lösungswege, geprägt vom Leben und von Besonnenheit, nicht von blinder Verbohrtheit, ohne dabei den Diktaten der neoliberalen Schocktherapie zu folgen, die diese einpolige Welt als Dogma festzuschreiben will.

Am streitfreudigsten war dabei Fidel Castro, und so gelang es den Abgeordneten, auf der Grundlage der Übereinstimmungen und Meinungsverschiedenheiten einige Sanierungskonzepte zu entwerfen, die systematisch und im Zusammenhang umgesetzt werden könnten: Dazu würde die schrittweise, geordnete Einführung eines neuen Steuersystems gehören, mit dem die Haushaltseinnahmen gesteigert und die überschüssige Geldmenge zu einem gewissen Teil abgeschöpft werden könnte. Eine weitere Maßnahme wäre die Anhebung der Preise für bestimmte vereinzelte Produkte sowie die Abschaffung von Gratisleistungen - wobei das Gesundheits- und das Bildungswesen in jedem Fall unangetastet blieben -, vor allem aber die Kürzung und sogar Streichung von Verlustzuschüssen für nicht finanzierbare, unrentable Unternehmen, die die kubanische Ökonomie 1993 mit 4,6 Mrd. Pesos belastet haben.

All dies steht in direktem Zusammenhang mit dem Lösungsweg, die Effizienz zu steigern, die Finanzdisziplin von Betrieben und Institutionen im Hinblick auf Ein- und Auszahlungen zu erhöhen, eine direktere Ressourcenkontrolle zu gewährleisten, die Kosten zu senken und die Produktivität zu steigern sowie die Rolle der Löhne als Leistungsanreiz erneut zu stärken. Nichts aber kann grundsätzlich davon ausgespart bleiben, zu produzieren und zu arbeiten.

Die möglichen Veränderungen werden eine Aufweichung verknöchelter Standpunkte mit sich bringen; sie werden dem Paternalismus, der Trägheit und dem so schädlichen Egalitarismus einen heftigen Schlag versetzen und selbstverständlich auch gewisse Opfer erfordern. Die größten Nutznießer aber werden langfristig diejenigen sein, die den wichtigsten gesellschaftlichen Beitrag leisten, die ehrlichen und anständigen Menschen.

Aus diesem Grund wurde auch ständig die politische Komponente der Veränderungen angeführt. Dies ist keine Aufgabe, die Technokraten oder Spezialisten vorbehalten ist. Deshalb auch war die Debatte so ausgedehnt. Dabei floß die theoretische Begründung des Wirtschaftswissenschaftlers mit den Beobachtungen auf der Straße und den intuitiven Meinungen einer Volksratsvorsitzenden zusammen, die die bestehenden Probleme und Widersprüche tagtäglich hautnah miterlebt.

Aufgrund dessen muß nach den Worten Fidel Castros auch gerade die Volksbewegung den Prozeß direkt begleiten. Der Erfolg dieses Wettlaufs mit der Zeit, dieser »Wirtschaftskur« ohne Wunder hänge davon ab, ob das Volk verstehe, was damit verbunden ist, was über die reinen Symptome hinaus umgestaltet wird und was dabei konjunkturell mehr oder weniger beschwerlich sein kann.

Die Breite, in der die anstehenden Themen, diskutiert wurden, der spürbar offene und dialektische Geist der Analysen, aus denen nicht dieses lähmende Gefühl sprach, es sei ja ohnehin schon alles vorgefertigt und vorbestimmt, all dies bildet die Grundlage für die weiteren Überlegungen zu den anstehenden Problemen, die in der nächsten außerordentlichen Sitzungsperiode vertieft werden sollen.

Ein Beispiel dafür war die Debatte über das umstrittene Dekret 141, das die selbständige Tätigkeit regelt. Zahlreiche Basisabgeordnete verteidigten hartnäckig die Umsetzbarkeit einer solchen Arbeitsform, trotz der Unregelmäßigkeiten, die es bisher bei der Anwendung und genaueren Festle-

gung des Dekrets gegeben hat. Man verfiel also nicht gleich ins andere Extrem. Allerdings wurden eine stärkere Kontrolle und staatliche Steuerung, mehr Disziplin sowie eine engere Orientierung an den Gesetzen als Notwendigkeiten erkannt, um so die ehrlichen und gesellschaftlich nützlichen Selbständigen von den Spekulanten und Halsabschneidern, den gewöhnlichen Geschäftemachern zu unterscheiden.

All diese Veränderungen erfordern einen nie dagewesenen Wagemut, denn es geht darum, den notwendigen Pragmatismus an den Tag zu legen und die Ökonomie in das Regelwerk dieser Welt einzubinden - mit allen Risiken, die dies in sich birgt -, ohne dabei die politischen Werte aufzugeben, auf die wir uns von jeher gestützt haben, sondern sie eher noch dynamischer zu gestalten und sie unter den neuen, ungewohnten Bedingungen zu bereichern. Wie kann dieses gerechte Gleichgewicht zwischen dem Unvermeidlichen und dem Wünschenswerten, zwischen Taktik und Strategie erreicht werden? Dies hängt von der Reife und geistigen Klarheit ab, die wir in die Waagschale werfen können.

Trotz der Mängel und Fehler, die man aufzeigen könnte, trotz der Rhetorik und der hohlen Phrasen, die auch hier und da auftauchten, war dies die Nationalversammlung der schwierigen Zeiten, der Standpunkte und des wachen, nicht blinden Vertrauens. Ein einziger Satz Fidel Castros faßt über den Anpassungen und Neuansätzen die Grenze zusammen, bis zu der wir gehen werden: »Die Revolution wird über alle Interessen des Volkes wachen.« □

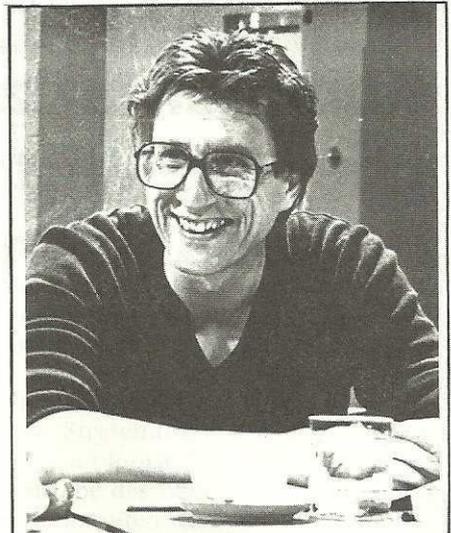


Foto: Marily Stroux

Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

Einen Freund „vorstellen“, der gefangen ist - schreiben, damit mehr Leute sich einmischen, daß er rauskommt, daß alle rauskommen, an diesem Beispiel - geht das? Was können wir sagen, was nicht alle wissen zu der Ungeheuerlichkeit von 17, 19, 22 Jahren Gefangensein?

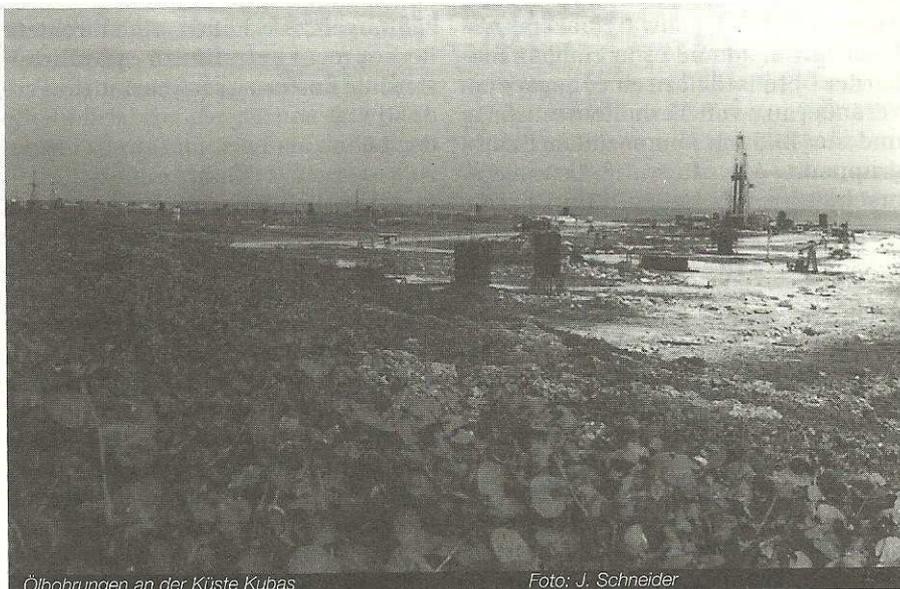
Als wir Ostern '73 aus dem besetzten Haus Ekhofstraße in Hamburg geräumt wurden, landete Karl-Heinz Dellwo erst einmal ein Jahr im Untersuchungsgefängnis... Wir wollten ein Haus, brauchten Raum jenseits von Gleichgültigkeit, Leistung und Konsum, wir wollten leben... daß die sozialdemokratische Staatsmacht auf Aufbruch mit dem Versuch der Zerstörung der Aufbrechenden antwortete, war für uns hammerhart, wenn auch nicht neu... es hatte die Studenten- und Lehrlingsbewegung gegeben, die Aktionen der RAF gegen den US-Völkermord in Vietnam, es gab schon politische Gefangene, isoliert und im Kampf darum zu vermitteln, daß Isolation Folter ist...

Als Karl-Heinz 1975 bei der Besetzung der BRD-Botschaft in Stockholm gefangen genommen wurde, ging es um die Befreiung der damaligen RAF-Gefangenen - zuvor war Holger Meins im zweiten Hungerstreik durch gezielte Zwangsunterernährung gestorben. Es folgte eine Eskalation der Zerstörung gegen alle RAF-Gefangenen, das 24-Punkte-Programm der Isolation, Ulrike Meinhof erhängt, totale Abschottung nach außen durch „Kontaktsperre“, Stammheim 1977 und immer der Kampf ums Leben, die eigene Identität, die Gruppe - unzählige Hungerstreiks... 16 Jahre saß Karl-Heinz im Trakt, seit 1979 zusammen mit Lutz Tauber und Knut Folkerts in Celle, seit 1991 nicht mehr im Trakt...

Karl-Heinz hat uns immer wieder getroffen - z.B. in den Kämpfen um die Hafenstraße 1986/87 in einer Intensität, wie sie sonst mit wenigen Leuten außerhalb der Häuser möglich war... Sein Interesse an dem, was draußen Neues entwickelt wurde, seine Fragen, warum Altes reproduziert wird, seine Gegenwart haben uns auch mit anderen verbunden, zu denen wir diese Nähe nicht haben.

Wir wollen ihn endlich wieder draußen, unter uns - und alle anderen auch.

Simone Bargstede, Brigitte Simonsen



Ölbohrungen an der Küste Kubas

Foto: J. Schneider

Caridad Miranda in der Bohemia

Realismus ist notwendig

Die Realität und die Träume bewegen sich oft auf verschiedenen, auch gegensätzlichen Pfaden. Trotzdem ist es nötig, um die teuersten Ziele zu erreichen, oder wenigstens die Genugtuung zu haben, um deren Verwirklichung zu kämpfen, das Leben so zu erkennen, wie es sich darbietet in seinen unablässigen Veränderungen. Das ist zweifellos die Grundlage aller Umbildungsbestrebungen.

Cuba trotz heute einer ernsten Wirtschaftskrise. Es ist die schwerste, der letzten fünfunddreißig Jahre.

Seit den Anfängen dieser Not-situation hat die Regierung beschlossen, die Hauptverantwortlichkeit zu übernehmen, um so weit wie möglich zu vermeiden, daß die schwere Last der Widrigkeiten auf den Rücken des Volkes geworfen wird.

Auch so konnte der dramatische Abstieg des Lebensstandards noch nicht gestoppt werden und auch nicht die Alltäglichkeit harter Einschränkungen.

Die derzeitige Situation zu revidieren bedeutet auch, eine wirtschaftliche Strategie anzuwenden, die neue Grundlagen schafft für eine stabile Entwicklung. Diese Notwendigkeit hat dazu gezwungen, Kapital zu suchen, Technologie und den Markt. All dies, als die Sozialistische (Staaten-) Gemeinschaft zusammenbrach.

Durch diese Entwicklung muß jede Analyse über Cuba, wenn sie sich um Wahrheit bemüht, in Rechnung stellen, daß das Land eine schwierige Phase durchlebt, die es nicht selbst zu verantworten hat, und die von der Regierung abverlangt, mit Flexibilität vorzugehen, nicht nur um diese Phase zu überwinden, sondern auch um die substantiellen Errungenschaften zu erhalten.

Der Realismus ist allerdings das Kennzeichen der Maßnahme-Pakete die angewendet wurden, sowie derjenigen, die in der Folgezeit angenommen werden können, denn sie tragen alle bei zu der unumgänglichen Einbindung des Landes in eine Welt, die von der kapitalistischen Wirtschaft dominiert wird.

Es ist notwendig zu wiederholen, daß Cuba nicht mehr über die günstigen Handelsabkommen von früher verfügt, und es herrschen auch nicht mehr die Regeln der Gerechtigkeit wie sie in den Beziehungen zu der untergegangenen UdSSR und anderen ehe-

mals sozialistischen Staaten bestanden hatten. Und obendrein gestaltet es sich heute extrem schwierig, Finanzkredite zu erhalten und die Blockade zieht die Daumenschrauben noch fester an.

Die Veränderungen, die geschehen sind und diejenigen, die auf uns zukommen, müssen deshalb verstanden werden als Ausdruck der Verpflichtung, die Anpassung unseres Wirtschaftsmodelles an die gegenwärtigen Charakteristika der Welt - basierend auf unverzichtbaren Prinzipien wie Unabhängigkeit und Nationale Souveränität - weiterzuverfolgen.

Es geht darum, die Produktion von traditionellen Exportgütern anzukurbeln, den Antrieb im Bereich des Tourismus, der pharmazeutischen und der biotechnologischen Industrie zu verstärken, aber auch die Produktion von Nahrungsmitteln abzusichern, einen optimalen Einsatz der Energien zu erreichen und diejenigen Ersatzteile herzustellen, die unmöglich aus dem Ausland erworben werden können.

Heute strebt man wie früher nach einer leistungsfähigeren Gesellschaft, mit dem Menschen im Mittelpunkt ihrer Bestrebungen, welche auch ihre Bedürfnisse immer in Übereinstimmung mit den Mitteln des Landes befriedigt und nicht über sie hinaus.

Zu diesem Ziel müssen die Reorganisation unserer Wirtschaft, die ausländischen Kapitalinvestitionen mittels Joint ventures und andere Modalitäten beitragen: die Arbeit auf eigene Rechnung, die Einkünfte durch Geldsendungen aus der Emigration, sowie Formen der Stimulation, die die leistungsfähigen Arbeiter der Schlüsselindustriezweige auszeichnen und die mit der Zeit jeden begünstigen, der mehr und besser arbeitet.

Diese notwendige Wiederbelebung der Wirtschaft erfordert ebenso Maßnahmen, die auf die Verminderung des in Umlauf befindlichen Geldes gerichtet sind, das etwa 10 Milliarden Pesos

beträgt, was ungefähr einem Jahresverdienst der werktätigen Bevölkerung entspricht.

Es ergibt sich augenfällig, daß der Staat unter den gegenwärtigen Umständen nicht damit fortfahren könnte, dem Bürger seine Verantwortlichkeiten für die Gesellschaft abzunehmen. Erforderlich ist ein Steuersystem zur Regelung der individuellen Beiträge zu den öffentlichen Kosten entsprechend den Einkünften. Absehbar ist auch eine weniger aufwendige soziale Absicherung, die denjenigen Unterstützung gibt, die über keine andere Hilfe verfügen.

Cuba hat sich verändert. Das ist eine Tatsache, die man nicht übersehen kann, aber es handelt schließlich mit Vernunft und ohne auf die wesentlichen Grundlagen der Revolution zu verzichten. Das Land muß überleben in einer Welt, die mehr feindlich als freundlich gesinnt ist, und seine Anpassung ist folglich weder unschädlich noch schmerzlos.

Es sind Zugeständnisse gemacht worden. Manche wirken sich schädlich aus. Es gibt jetzt mehr Ungleichheiten, und sie sind nicht durch persönliche Verdienste gerechtfertigt, wie es wünschenswert wäre. Aber Bestand hat die innere Überzeugung, daß wir keine Unterscheidungen haben werden aufgrund des Geschlechtes, der Hautfarbe, vor der Pforte eines Krankenhauses oder an der Schwelle einer Schule.

Die Dankbarkeit muß wieder Raum finden. Ihr Platz ist nicht beschränkt auf die unzähligen Wohltaten des Sozialismus in mehr als drei Jahrzehnten. Ich bin sicher auch die heutigen Kämpfe haben sie verdient. □

(A.d.Sp.M.Schw.)

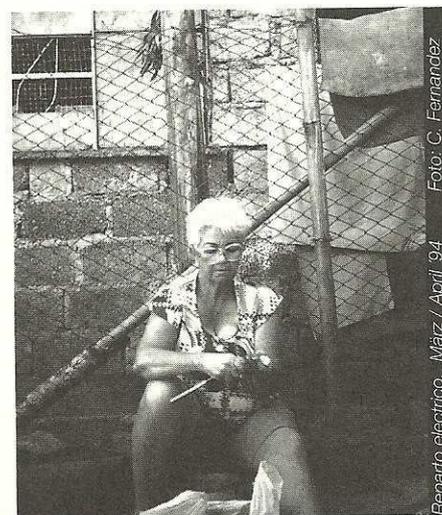


Foto: C. Fernandez

Reparto electrico, März / April 94

Im folgenden dokumentieren wir eine vierteilige Artikelserie aus dem »Militant« mit freundlicher Genehmigung desselben:

Die cubanische Nationalversammlung diskutiert Maßnahmen, um mit der enormen Wirtschaftskrise fertigzuwerden



ArbeiterInnen debattieren den weiteren Weg der cubanischen Revolution

Havanna, Cuba

»Es liegt im Wesen des Kapitalismus, daß ihm Täuschung, Krieg und Konkurrenz zu eigen sind«, stellte Fidel Castro in einer Rede an die Nationalversammlung, das Landesparlament, während dessen Sitzung im Dezember fest.

»Dennoch sind kapitalistische Ideen in Mode«, fuhr Castro fort. »Es scheint sogar, als ob SozialistInnen, RevolutionärInnen und KommunistInnen zurückweichen. Gelegentlich scheint es so, daß wir Angst haben, von Sozialismus zu sprechen, daß wir uns fürchten, die Worte Marxist und Leninismus auszusprechen; aber noch immer fühlt man manchmal den Wunsch, laut zu rufen: Es lebe der Sozialismus! Es lebe der Kommunismus! Es lebe der Marxismus-Leninismus!«, sagte Castro und erhielt anhaltenden Applaus.

Der cubanische Präsident sprach über ökonomische Maßnahmen, die die Regierung seit dem letzten Sommer angenommen hatte, und neue, die gerade erwogen werden in dem Versuch, die landwirtschaftliche und die industrielle Produktion wieder anzukurbeln, welche in den letzten vier Jahren schwer gelitten hatten durch den plötzlichen Verlust der Unterstützung und des Handels zu Vorzugspreisen mit der früheren Sowjetunion.

Im Juli wurde es cubanischen Bürgern allgemein erlaubt, US-Dollars und andere Devisen zu besitzen und man eröffnete ein Netz von Geschäften, wo gegen Dollars Importgüter erworben werden konnten. Im September legalisierte die Regierung die Selbständigkeit in etwa 140 Berufen. In demselben Monat leitete der Staatsrat den Prozeß der Reorganisierung in Form kleinerer Kooperativen bei den allermeisten der Staatsfarmen des

Landes ein, die 75 % der cubanischen Anbauflächen umfassen.

Nicht wünschenswerter, aber notwendiger Rückzug

Castro hatte einige der Schritte, die in Reaktion auf die ernste Wirtschaftskrise unternommen worden waren, als nicht wünschenswerten aber notwendigen Rückzug revolutionärer Politik beschrieben. »Die Umstände haben uns gezwungen, uns an die Bedingungen der Welt in der wir leben anzupassen.« erläuterte Castro den Abgeordneten der Nationalversammlung. »Wir werden vom Kapitalismus auf allen Seiten bedroht ...«.

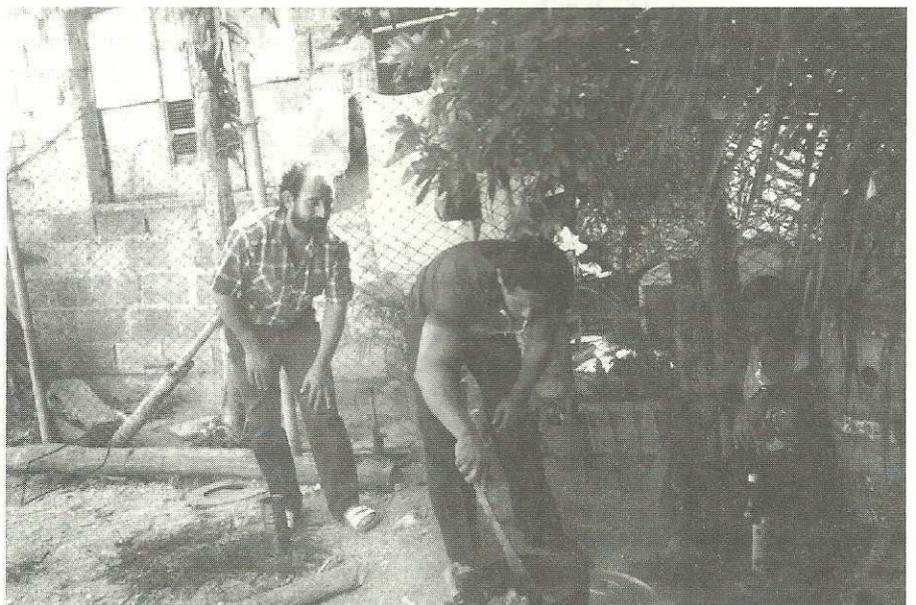
»Ich glaube, daß wir einige Konzessionen machen müssen, und wir machen sie,« sagte Castro. »Wir hatten einige Rückschritte in Kauf zu nehmen aber wir nehmen sie in Kauf. Im Leben,

im Krieg und in der Revolution gibt es Zeiten, wo man sich zurückziehen muß und Zeiten wo man vorankommen kann.«

Die Deputierten dieser Nationalversammlung waren im Februar 1993 gewählt worden. Es war das erste Mal seit der Revolution 1959, die die Tyrannei von Fulgencio Battista stürzte, daß die CubanerInnen zur Wahl gingen, um die Stimmen in direkten Wahlen zu den Provinzparlamenten und dem Nationalparlament abzugeben. Bis zu der Veränderung des Wahlgesetzes 1992, wählten die Mitglieder der Kommunalparlamente die Abgeordneten der Provinzparlamente. Diese wählten dann die Deputierten der Nationalversammlung.

Es wurde zu einem de facto Referendum, das die breite allgemeine Unterstützung für die Regierung zum Ausdruck brachte, als ein neues Parlament gewählt wurde mit substantiellen Veränderungen in seiner Zusammensetzung. 83 Prozent der Abgeordneten der Nationalversammlung sind dort zum ersten Mal tätig, viele junge Menschen sind darunter. Eine größere Anzahl von CubanerInnen die Schwarz und Mestizen (afro-europäischen Ursprungs) sind wurden gewählt, sowie viele Frauen. Eine beträchtliche Anzahl der Abgeordneten haben an internationalistischen Einsätzen teilgenommen.

Die Diskussion auf der Dezember-Sitzung der Nationalversammlung, die zum großen Teil im cubanischen Fernsehen und Radio übertragen wurde, spiegelte die Tatsache wieder, daß die Delegierten, wie andere CubanerInnen heute, darum ringen, die extre-



men wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu bewältigen.

Zur großen Bestürzung von Vertretern des Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderer Ratgeber, die begierig waren auf größere Öffnungen für kapitalistische Investition und Ausbeutung in Cuba, beschloß die Nationalversammlung kein vielfach vorhergesagtes »Paket« ökonomischer Maßnahmen in dieser Richtung.

»Cuba scheut sich vor vorgeschlagenen Reformen, trotz Warnungen vor einem wirtschaftlichen 'Chaos'.« lautete die Überschrift eines Artikels im 'Wall Street Journal' vom 8. Februar.

Stattdessen gaben die Parlamentarier ihre Zustimmung zu Vorschlägen des Cubanischen Gewerkschaftsverbandes (CTC), Versammlungen an jeder einzelnen Arbeitsstätte überall auf der Insel durchzuführen, so daß ArbeiterInnen die wirtschaftliche Krise des Landes diskutieren können und ihre Meinungen zu den Maßnahmen äußern können, die vom Landesparlament erwogen werden. Sogenannte ArbeiterInnenparlamente (Versammlungen der ArbeiterInnen), 80.000 solcher Zusammenkünfte, die im Januar begannen, bringen die Arbeiterklasse in die sich verschärfende Debatte darüber, wie weit ein Rückzug nötig ist.

Debatte der Nationalversammlung

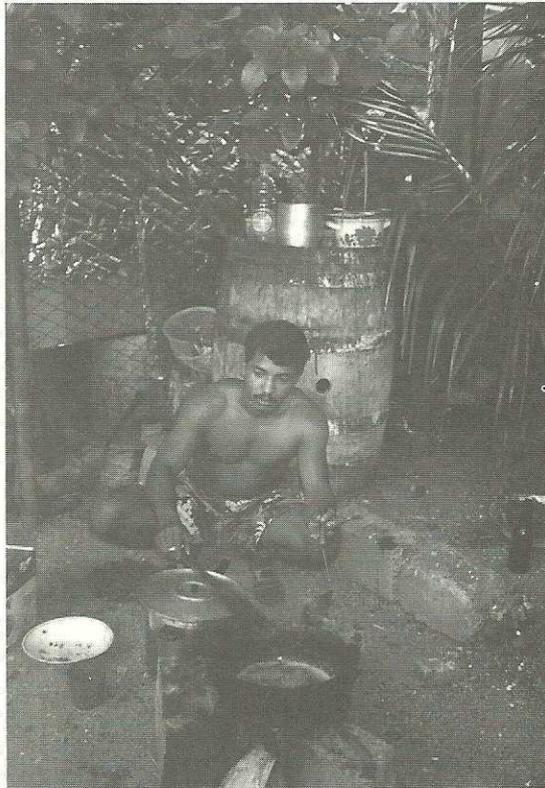
»Cubas vorsichtige Annäherung an eine Wirtschaftsreform hat sich abgekühlt, ungeachtet dramatischer Warnungen internationaler Experten, daß die Insel schnelles Handeln nötig hat«, schrieb José de Cordoba am 8. Februar im 'Journal'-Artikel.

Die »Experten« sind IWF Direktor Jacques de Groote und Spaniens früherer Finanzminister Carlos Solchaga, der vom spanischen Premierminister Felipe Gonzalez beauftragt war, die cubanische Regierung ökonomisch zu beraten. Der Rat der Experten war natürlich nichts anderes, als das was sie kapitalistischen Regimes in der ganzen Welt empfehlen: die sofortige Einstellung von Zuschüssen an Staatsbetriebe die mit Verlust arbeiten, den Beginn massenhafter Entlassungen, das Zusammenstreichen von Sozialleistungen, die Beseitigung von Preisregulierungen bei Grundbedürfnissen und die Privatisierung der Industrie. Die kapitalistischen Experten empfahlen auch, den Cubanischen Peso kon-

vertibel zu machen und ein Besteuerungssystem zu entwickeln, das mit den bürgerlichen Normen der (Eigentums-) Verteilung übereinstimmt.

»Aber in der Versammlung der Nationalversammlung griff Herr Castro, der im Sitzungsverlauf dominierte, den Kapitalismus heftig an«, meldete der 'Journal'-Artikel.

»Ich glaube an den Sozialismus und verachte den Kapitalismus«, sagte Castro in seiner Rede an die Nationalversammlung. »Was ich fühle ist Ablehnung gegenüber den Kapitalisten, nicht Voreingenommenheit. Ich habe keine Vorurteile, sondern Ablehnung. Wir müssen mit den Kapitalisten



umgehen und reden. Ich habe der Interpretation eines alten Spruches noch eines hinzuzufügen: Je besser ich den Kapitalismus kenne, umso mehr liebe ich den Sozialismus.«

Es fand bei der Versammlung eine Debatte statt zwischen Castro und Ministern der Regierung, die vorschlugen, daß das Parlament ein gewisses Paket mit neuen politischen Ansätzen verabschieden sollte, wie beispielsweise die Einführung von Einkommenssteuern; Kostenbeiträge für Sport- und Kulturveranstaltungen, Schuluniformen und kosmetische Chirurgie; Streichung von Subventionen für einige Produkte sowie die Herausgabe einer neuen Währung als einem Mittel, die großen Summen von

Pesos zu enteignen, die von SpekulantInnen gehortet werden.

»Eine Steuer ist ein Instrument oder allgemein angewandter Wirtschaftsfaktor«, argumentierte Osvaldo Martínez, der Direktor des Weltwirtschafts-Forschungszentrum in Cuba, in einem Interview mit Radio Havanna im September. »Sie ist wie die Mathematik etwas, das für sich selbst gesehen weder kapitalistisch noch sozialistisch ist,« sagte er. ★

Wir sagen Ihnen verbindlich, daß wir ein Besteuerungssystem für das Land vorschlagen,« sagte Finanzminister José Luis Rodríguez während der Diskussion in der Nationalversammlung. Wir haben schon über die Notwendigkeit geredet, ein Bewußtsein unter der Bevölkerung zu schaffen, ein Bewußtsein, das wir verloren haben.«

Diskussion über Steuern

»Nein, nein, nein,« antwortete Castro. »Wir hatten dieses Bewußtsein nie. Das frühere Steuersystem war ein bürgerliches Steuersystem.«

Castro erläuterte, daß Cubas nicht-kapitalistische wirtschaftliche Entwicklung und soziale Prioritäten finanziert worden sind durch ein entsprechendes Steuersystem von anderer Art - das Lebensmittelheft (libreta).

»Wir waren glücklich, das geschätzte, das gepriesene Lebensmittelheft zu haben,« sagte er. »Vielleicht wird eines Tages irgendjemand erklären, wie es der Revolution möglich gewesen ist, all das zu tun, was sie getan hat. Alles das hatte seine Basis nicht allein in der Zusammenarbeit mit anderen Ländern,« sagte Castro, verweisend auf Unterstützung seitens der früheren Sowjetunion.

»Einfach gesagt waren es die Menschen dieses Landes, die den Bau von Schulen, Straßen usw. finanzierten. Wenn wir das Geld nicht hatten, ein Krankenhaus zu bauen, wurde das Krankenhaus doch gebaut. Warum? Weil wir das Lebensmittelheft hatten. Ohne dieses Lebensmittelheft hätte unser Staatshaushalt völlige Ausgeglichenheit erfordert, um die Preise niedrig zu halten. Wir bauten Tausende von Schulen, Hunderte und Aberhunderte von Krankenhäusern, viele Dinge, und der Liter Milch wurde nie-

mals einen einzigen Centavo teurer,«stellte Castro fest.

»Ich kann Ihnen versichern,« so Castro zu den Delegierten, »daß durch Steuern, und nur durch Steuern dieses Land niemals in der Lage sein wird, die sozialen Errungenschaften der Revolution zu erhalten.«

★ Später betonte der Delegierte Agustín Delgado in der Diskussion, daß er den Ökonomen Glauben schenke. »Sie tun das, aber ich nicht,« erwiderte Castro. »Ökonomen erschrecken mich. Es gibt nur eine Sache von der ich ein wenig verstehe, das ist die Politik. Das war meine Aufgabe und die wichtigste Aufgabe, die ich hatte. Ich glaube, daß die Dinge mittels der Politik beurteilt werden müssen. Die Ideen, die von den Spezialisten vorgelegt werden, müssen von einem politischen Standpunkt her analysiert werden...«

»Ein technokratisches Herangehen kann zur Lösung dieser Probleme nicht angewandt werden,« sagte Castro. »Wir dürfen nicht vergessen, daß in diesem Land ArbeiterInnen ihre Ehre, Patriotismus, ihr Empfinden von Würde und Pflicht zum Ausdruck bringen. Wir ermuntern ArbeiterInnen, sich einzubringen. Wenn wir etwas ohne die Unterstützung der ArbeiterInnen unternähmen, wäre das ein gewaltiger politischer Fehler.«

»In dieser Versammlung habe ich kein einziges Wort von irgendjemand gehört, das an den Patriotismus und die Ehre der ArbeiterInnen appelliert hätte.«

Zum Abschluß der Debatte entschieden die Abgeordneten auf Vorschlag von Castro, Entscheidungen über etwaige neue Leitlinien hinauszuschieben. Stattdessen stimmten sie einem Vorschlag der Führung des CTC zu, Tausende von Versammlungen, sogenannte ArbeiterInnenparlamente zu organisieren.

»Wir begrüßen die Klugheit der Nationalversammlung, daß sie die Beschlußfassung hinausgeschoben und es entschieden abgelehnt hat, daß die Zielstellung laute, ein sogenanntes 'Maßnahme-Paket' zu verfassen,« stand am 17. Januar im Editorial von 'Trabajadores', der Zeitung des CTC.

»Die Wahrheit ist, daß die Idee eines 'Maßnahme-Paketes' nach Dritte-Welt-Kapitalismus schmeckt, nach neoliberaler Politik, unter der die ArbeiterInnen eines Tages aufgerüttelt werden von den Nachrichten, daß die Preise sprunghaft angestiegen sind, die Unternehmen privatisiert werden

und die Hälfte der Beschäftigten entlassen werden sollen, daß die Löhne fallen und die Sozialleistungen abrupt gestrichen wurden,« hieß es weiter in dem Editorial.

»Die Realität zwingt uns dazu, eine ökonomische Anpassung durchzuführen, aber wir werden dies auf sozialistischem Weg tun, auf dem cubanischen Weg, unter demokratischen Vorzeichen, die wahrhaft unvorstellbar sind für andere Gesellschaftsordnungen.«

Ökonomische Bedingungen heute

Der Wegfall von Unterstützung und Handel zu Vorzugspreisen mit der früheren Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern - Cubas Haupt-handelspartnern - löste seit 1989 einen akuten, steigenden Mangel an Treibstoffen, Nahrungsmitteln und anderen grundlegenden Erfordernissen aus.

Seit damals hat sich die cubanische Importkapazität um 75 Prozent verringert. In Handelsgeschäften zu Weltmarktpreisen, meist gegen Devisen, konnte Cuba nur 5 Millionen Tonnen Öl im letzten Jahr importieren, im Vergleich zu 13 Millionen Tonnen vor vier Jahren.

Nach Aussagen der meisten CubanerInnen, mit denen wir gesprochen haben, war die schlimmste Periode bisher im letzten Sommer. Die Bedingungen scheinen sich seit damals gewissermaßen stabilisiert zu haben. Die Strom-Abschaltungen in Havanna sind von täglich 10 Stunden oder mehr im Juli, auf täglich etwa 5 Stunden in der darauffolgenden Zeit begrenzt worden.

Viele ArbeiterInnen müssen stundenlang warten, bis sie in einen Bus oder an eine Mitfahrgelegenheit kommen und die Straßen der Hauptstadt sind indes voll von Fahrrädern. Lange Schlangen an Bushaltestellen sind ein Bild des täglichen Lebens. Aber der Nahverkehr hat sich wieder leicht verstärkt. In den letzten zwei Monaten, als die Ölpreise in der Welt gefallen sind und etwas mehr Treibstoff verfügbar war, gelang es der Regierung, eine monatlicher Ration von fünf Gallonen Benzin pro Wagen zu verteilen, was ihr im letzten Jahr meist nicht gelungen war. Außerdem können CubanerInnen mit Zugang zu Devisen, Benzin gegen Dollars kaufen, und folglich ihre Fahrzeuge benutzen.

Die ernsteste Krise jedoch, ist die zunehmende Zersetzung des Zutei-



Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

Christine Kuby wurde im Januar 1978 in Hamburg nach einer Schießerei verhaftet. Damals war sie 20 Jahre alt. Bei der Festnahme wurde sie und einer der Polizisten verletzt. Angeklagt und verurteilt wurde sie wegen „versuchtem Mord“. Das Jahr 1978 war geprägt von einem Klima der „Terroristen“-Hetze und des staatlichen Ausnahmezustands. Allein in Hamburg wurden damals innerhalb von 10 Monaten 4133 Personen und 3496 Fahrzeuge überprüft. Das Kontaktsperregesetz wurde erlassen, die Trennscheibe auch bei Verteidigerbesuchen zur Vorschrift. Christine wurde während des Prozesses ausgeschlossen und zur Urteilsverkündung gefesselt vorgeführt. Sie wurde zu lebenslänglich und zusätzlichen 10 Jahren verurteilt - für zwei Schüsse, die sie auf Polizisten abgab, um sich ihrer Verhaftung zu widersetzen. Im SPIEGEL wurde damals die Frage nach einem „Scheinverfahren“ gestellt, das „gespenstische Form“ angenommen habe, „wie bei Kafka“.

Die ersten 19 Monate nach ihrer Verhaftung war Christine in Einzelisolation. Nach einem kollektiven Hungerstreik der RAF-Gefangenen kam Christine Kuby 1979 nach Lübeck, wo sie heute mit Hanna Krabbe und Irmgard Möller in einer Kleingruppe inhaftiert ist.

Wie die anderen Gefangenen, die 15 Jahre oder länger in Haft sind, stellte Christine Kuby im Oktober 1992 einen Antrag auf Haftentlassung, in dem sie noch einmal erklärt: „Die RAF hatte sich auf der Grundlage ihrer politischen Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu Beginn der siebziger Jahre entschlossen, das von ihr angestrebte Ziel einer gesellschaftlichen Veränderung mit dem Mittel des bewaffneten Kampfes durchzusetzen. ...alleinige Motivation für alle war das angestrebte politische Ziel einer durchgreifenden gesellschaftlichen Umwälzung.“ Trotzdem wurde zur Vorbedingung für eine Haftentlassung ein psychiatrisches Gutachten von den Richtern bei ihrer Anhörung gefordert. Ein Vorgang, der von allen RAF-Gefangenen abgelehnt wird, weil ein solches Gutachten ihre damalige Entscheidung psychiatrisieren und damit entpolitisieren soll.

lungssystem, des staatlichen Instrumentes zur gleichmäßigen Verteilung der grundlegenden Bedarfsgüter, die nur knapp zur Verfügung stehen. Seit den frühen Tagen der Revolution garantierte dieses Rationierungssystem, daß kein Mensch ohne Nahrung und andere Lebensmittel blieb. Und aus diesem Grund war es in Cuba beliebt. Doch unter dem Einfluß der gegenwärtigen Wirtschaftskrise war es unmöglich, hinreichende Mengen weiterhin abzusichern.

Die meisten Menschen, die wir in Havanna befragten, erzählten uns, daß das Zuteilungsheft monatlich Reis und Bohnen ausreichend für wenig länger als zwei Wochen sichert, ein kleines Brot täglich für jeden, die Milch für Kinder unter sieben und etwas für die älteren, sowie einige Eier pro Monat. Die meisten Leute müssen das meiste an Essen und Kleidung auf dem sogenannten Schwarzmarkt kaufen - ein Ausdruck, der einen Handel umschreibt, der überschattet ist von illegalen Verkäufen gestohlener Nahrungsmittel, bis hin zu Farmern, die ihr Mehrprodukt verkaufen, oder Kindern, die gefangene Fische verkaufen.

Viele Bedarfsgüter, die früher über das Zuteilungsheft erhältlich waren, wie Seife, Öl zum Kochen, Zahnpasta oder Shampoo, sind jetzt nur über den Schwarzmarkt erhältlich oder in staatlichen Geschäften, 'Shoppings' genannt, die ausschließlich gegen Dollars verkaufen.

Aufblühender Schwarzmarkt

Die meisten Menschen müssen nun sogar Salz und Zucker auf dem Schwarzmarkt kaufen. »So geht es uns, auf einer Insel, die einer der weltgrößten Zuckerproduzenten ist, umgeben von einem Meer von Salzwasser, und wir haben kein Gramm Salz oder Zucker im Haus,« so scherzten viele CubanerInnen mit uns, mit dieser Art von schwarzem Humor, der hier Teil des täglichen Lebens ist.

Die akute Salzknappheit rührt teilweise von einem schweren Sturm her, der im letzten November in den östlichen Provinzen eines der Salz produzierenden Unternehmen zerstört hat. Es wird mindestens noch ein Jahr dauern, bis die Salzproduktion auch nur in dem früheren, unzureichenden Maße wiederhergestellt werden kann. Das Fehlen von Zucker, dem Hauptprodukt des Landes, wurde verursacht durch eine niedrige Ernte von 4,2 Millionen Tonnen im letzten Jahr (2 Millionen

unter den Erwartungen) und die Bemühungen, die größtmögliche Menge zu exportieren, um dringend benötigte Devisen zu erhalten.

Die meisten der Produkte, die auf dem Schwarzmarkt erhältlich sind, wurden aus Fabriken, Landwirtschaftsbetrieben und Lagerhallen entwendet von Leuten, die oft von Verwaltern oder anderem Führungspersonal organisiert werden.

Laut 'Trabajadores' werden 30% aller landwirtschaftlichen Produkte in der Provinz Havanna gestohlen und kommen auf den Schwarzmarkt. Von den schwerwiegenden Vergehen, die aus der Provinz Havanna im letzten Jahr gemeldet wurden, betreffen 67% Diebstahl und illegale Viehschlachtungen.

Die Häufigkeit und der Umfang der Diebstähle von Rohmaterial ebenso wie von fertigen Produkten und in einigen Fällen technische Anlagen aus staatlichen Unternehmen sind enorm.



Am 1. Februar, auf einer Gewerkschaftsversammlung in der Zigarrenfabrik 'José Díaz Colina', konfrontierten die ArbeiterInnen den Leiter des Tabakbereiches damit, daß eine Menge von 750.000 Zigarren auf unerklärliche Art und Weise verschwunden waren, bei einer Produktion von insgesamt 4,3 Millionen im letzten Jahr.

Wenige Tage vorher erfuhren die ArbeiterInnen bei einer ähnlichen Versammlung in einem Werk in Havanna, das Meerestiere verarbeitet, daß 370 Tonnen Fisch aus dieser Anlage gestohlen worden waren, genug um

alle Kinder- und Jugendeinrichtungen in der Hauptstadt ein Jahr lang zu versorgen. »All dieser Fisch kommt auf den Schwarzmarkt zu unerhörten Preisen,« sagte der CTC Generalsekretär Pedro Ross auf der Versammlung, »in einem Land, wo die Menschen manchmal auf eine Mahlzeit verzichten.«

Die Schwarzmarktpreise für Konsumgüter sind in Cuba in den letzten drei Jahren um das 30fache angestiegen, laut 'Einer tiefgehenden Studie', einem Buch, das in Havanna bald herausgegeben werden wird. Die Journalistin Mirta Rodríguez Calderón schrieb im November eine Rezension des Buches in der Zeitschrift 'Bohemia'.

Jorge Rodríguez Hernández, der Autor des Buches, teilte der 'Bohemia' mit, daß er Dutzende Fälle von Betrügereien - »Umleitung« von Staatseigentum - bei Betriebsleitern, Finanzver-

antwortlichen und Staatsbeamten vorgefunden hatte. »Dies alles zeigt,« so Rodríguez Hernández, »den organisierten Charakter und das Ausmaß der Mittäterschaft von Personen die, weit davon entfernt, in ihrer angesehenen Position ein gutes Beispiel zu geben, zu Gesetzesbrechern werden.«

Ein Ausdruck von Spott, der in Cuba heute weit verbreitet ist, lautet 'mace-tas' und bedeutet Blumentöpfe, die nur in der Sonne stehen und den Regen aufsaugen und wachsen. Viele CubanerInnen benutzen den Ausdruck um die vielgehaßten Händler und Zwi-

schenhändler zu beschreiben, die wohlhabend aus dem Schwarzmarkthandel hervorgehen.

Verschiedene Deputierte brachten in ihren Äußerungen den tiefen Unmut vieler ArbeiterInnen in Cuba über diese Profiteure zum Ausdruck. Die Abgeordnete Genevra Morales sagte, sie mißbilligt die Tatsache, daß gewisse Personen sich auf unangemessene Weise bereichern. Sie fragte, woher sie Treibstoff, Fleisch, Reis und Bohnen, sowie Bier bekämen, die für die meisten ArbeiterInnen nicht erhältlich sind.

»Ich bin nicht beunruhigt über dieses Unbehagen,« antwortete Castro, »denn dies bedeutet, daß die Menschen ein sozialistisches Bewußtsein haben. ... Das sind schlechte Nachrichten für die Unterstützer des Kapitalismus. Wenn die Menschen dies nicht verstehen wie, verdammt nochmal, werden sie sich damit abfinden, unter dem Kapitalismus zu leben? Kapitalismus ist beständiger, unablässiger Raub, fortgesetzte, unaufhörliche Ungleichheit.«

Grundbedarfsgüter wie Reis, Bohnen und Speiseöl sind durch das Rationierungssystem lange Zeit zu Preisen verteilt worden, die unter den Kosten lagen. Milch z.B., die jetzt nur noch für Kinder unter 7 und einige ältere Menschen gewährleistet wird, wird zu 25 Centavos je Liter verkauft. Aber ein Milchbauer erhält 36 Centavos für einen Liter Milch, dessen Wert nach der Verarbeitung 56 Centavos beträgt. Subventionierter Reis wird das Kilo zu 43 Centavos verkauft.

Die Löhne der CubanerInnen jedoch spiegeln die hohen sozialen Zuwendungen wieder, die das kostenlose medizinische Versorgungs- und Bildungssystem darstellen, die niedrigen Mieten und erschwinglichen Lebensmittelpreise. Die Löhne betragen zwischen 100 Pesos monatlich für einige ungelernete Fabrik- und Landarbeiten und 400 Pesos für Ingenieure und Ärzte. (Der offizielle Umtauschkurs für die cubanische Währung ist ein Peso für einen Dollar geblieben. Aber der Dollar wird jetzt auf dem Schwarzmarkt für mehr als 100 Pesos gehandelt.)

In der Vergangenheit garantierten diese ökonomischen Leitlinien, geschaffen um Proletarier zu fördern und nicht Bourgeois, die Verteilungsformen und sozialen Werte, erschwingliche Preise für alle ArbeiterInnen und den Lebensunterhalt für

arbeitende Bauern. Aber unter den heutigen Bedingungen extremer Knappheit, sind Diebstahl und Schwarzmarkthandel dramatisch angestiegen.

Schätzungsweise 65% der industriellen Kapazität ruhen wegen der Einbußen an Energie, Kraftstoff, Rohmaterial und Ersatzteilen. Aber Entlassungen sind bisher auf einem Minimum gehalten worden. ArbeiterInnen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, erhalten im allgemeinen eine Arbeitslosenunterstützung, die 60% ihres Lohnes ausmacht, für drei Monate, sowie Hilfe zur Umorientierung. Wenn sie innerhalb dieses Zeitraums keine Beschäftigung gefunden haben und sich weigern, Arbeitsplätze anzunehmen, die in der Landwirtschaft oder sonstwo zur Verfügung stehen, dann verlieren sie möglicherweise ihre Unterstützung.

Im Laufe der Sitzung der Nationalversammlung wurde berichtet, daß nur 31% staatlicher Unternehmen heute als rentabel eingeschätzt werden. Die Regierungssubventionen an staatseigene Gesellschaften sind seit 1989 um 73% in die Höhe gestiegen, sagte der Finanzminister. Dies hat große Defizite im Haushalt verursacht, die die Regierung einfach durch das Drucken von mehr Pesos ausgleicht, eine Politik, die die Inflation anheizt.

Selbständigkeit, Umgang mit Dollars

Die Legalisierung von Devisenbesitz hatte zum Ziel, mehr Dollars in die Staatskasse fließen zu lassen, anstatt damit den Schwarzmarkt anzuziehen. »Unter normalen Bedingungen hätten wir niemals (den Devisenbesitz) legalisiert,« erläuterte Castro der Nationalversammlung im Dezember.

Für diejenigen mit Zugang zu Dollars hat diese Maßnahme dem extremen Mangel die Schärfe genommen, während sie gleichzeitig die schnelle Vertiefung sozialer Ungleichheiten begünstigt. Im Ausland, meist den USA lebende Verwandte von CubanerInnen sind die hauptsächliche Dollarquelle für viele Familien. Auch wer im Tourismusbereich arbeitet, erhält einen Teil der Trinkgelder in Dollars.

Bewaffnete Raubüberfälle und ähnliche Verbrechen - früher selten in Cuba - sind ebenfalls dramatisch angestiegen. Alle die aussehen, als könnten sie Dollars haben, werden zum verlockenden Ziel, wie jeder Gegenstand,

Die cubanische Revolution in der Weltpolitik

Bücher in englischer und spanischer Sprache von Pathfinder Press, New York

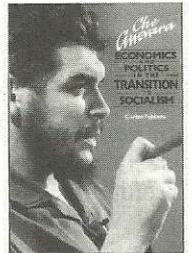


Che Guevara Cuba und der Weg zum Sozialismus

Mit Beiträgen von Che Guevara
Carlos Rafael Rodríguez
Carlos Tablada
Jack Barnes, Steve Clark
Mary-Alice Waters

auf spanisch als Nueva Internacional No. 2: DM 18,50
auf englisch als New International No. 8: DM 15

Che Guevara: Ökonomie und Politik beim Übergang zum Sozialismus von Carlos Tablada



Englisch für DM 29
Spanisch für DM 25
Französisch DM 45

Erklärt mithilfe von ausgiebigen Zitaten der vielen Reden und Schriften von Che Guevara, warum der Aufbau des Sozialismus die Aufgabe von freien Menschen ist, die sich selbst verändern, während sie gleichzeitig ihre Lebensumstände verändern.



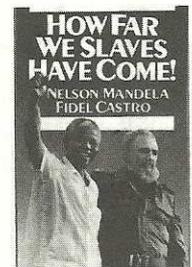
Che Guevara und der Kampf für Sozialismus heute

von Mary-Alice Waters

Englisch, Spanisch und Französisch je 5 DM

Das Vorwort zur französischen Ausgabe des Buchs von Carlos Tablada als selbständige Broschüre

Wie weit sind wir doch gekommen, wir Sklaven!



Reden von Fidel Castro und Nelson Mandela am 26. Juli 1991 in Matanzas

Spanisch für 15 DM, Englisch für 13,50

Katalog und Info über Bestellungen bei:
Lüko Wilms · Nußzeil 54
D-60433 Frankfurt/Main
☎ (069) 529208 fon
☎ (069) 519886 fax

der für Dollars auf dem Schwarzmarkt verkauft werden kann, von Lebensmitteln bis zu Fahrrädern und Benzin. Die Prostitution hat sich auch ausgeweitet, sowohl um die Hotels, wie auch in anderen Gegenden.

Radio Rebelde, Havanna, berichtet kürzlich, daß 141.000 Menschen bis zum 31. Januar die Erlaubnis zur Selbständigkeit erhalten hatten. Die Verfügung, die die Selbständigkeit in annähernd 140 Berufszweigen gestattet wurde im September vom Staatsrat veröffentlicht und von der Nationalversammlung am Jahresende bestätigt.

Die Tätigkeiten, die in dem Gesetz aufgeführt sind, umfassen Frisieren, Klempnerarbeiten und Maschinenreparaturen; die Herstellung von Seife, Tinte, Seilen und ähnlichen Produkten; Unterrichten von Maschinenschreibern, Musik, Kunst und Sprachen; Hauswirtschaftstätigkeit; Verkauf von Wein, antiquarischen Büchern, Blumen und von verschiedenen Kunst- und Kunsthandwerkserzeugnissen.

Die Verordnung beinhaltet nicht den Wiederverkauf von Waren um Gewinn zu erzielen. Aber seit das Gesetz zur Anwendung kam, sind im ganzen Land Straßenmärkte entstanden. Man kann viele Bauern sehen, die Käse, Zwiebeln, Knoblauch und Avocados an den Landstraßen anbieten. So viele Kleinhändler und Kunsthandwerker drängen sich auf dem San Rafael Boulevard in Havanna, daß die Leute begonnen haben, ihn eine 'candonga' zu nennen, nach den gedrängt vollen Straßenmärkten, die cubanische Soldaten in Angola kennengelernt hatten.

Der Verkauf von gestohlenen Waren floriert natürlich unter dem Deckmantel der Selbständigkeit. »Auf jeden legalen Straßenhändler,« so der Reporter von Radio Rebelde, Diosdado Maso, »kommen fünf, die ohne Genehmigung Brot und Käse oder Schinken verkaufen, heiße Pizza und Süßigkeiten, die nicht selbstgemacht sind.«

»Wir können Verstöße nicht zulassen,« sagte Carlos Lage, der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Ministerrates, neulich in einem Interview. Lage gab bekannt, daß eine spezielle Gruppe von Inspektoren geschaffen würde, um dieses Treiben zu überwachen.

Castro aber warnte, daß die Selbständigkeit nicht mittels gesteigerter Polizeimethoden überwacht werden könne. »Glauben Sie nicht, daß das magische Wort 'Inspektoren' alles löst,« erläuterte er der Nationalversammlung. »Wir hören immer

'Kontrolle' und 'mehr Kontrolle', aber die Zahl der Personen, die kontrolliert werden müssten, ist enorm.«

»Wir brauchen auch Leute, um die Kontrolleure der Kontrolleure zu kontrollieren,« fügte Castro hinzu. »Wir kommen dann soweit, daß wir 450.000 Personen haben, die damit beschäftigt sind. ... Dann würde der Tag kommen, an dem wir die Menschen in ihren erhabensten Momenten zu kontrollieren haben, wenn sie nämlich zur Toilette müssen,« sagte Castro unter allgemeinem Gelächter.

Die Verordnung gestattet es auch Besitzern von Fahrzeugen, sie als Taxis - nur gegen Pesos - einzusetzen. Aber viele Fahrer bieten TouristInnen Fahrten gegen Dollars an, billiger als die Dollartaxis, die von staatlichen Agenturen eingesetzt werden.

Häusliche Restaurants

Häusliche Restaurants - allgemein 'paladares' (Gaumen oder Geschmacksknospen) bezeichnet, nach einem Ausdruck aus einer wohlbekannten brasilianischen 'Seifenoper' - wurden auch erstmals zugelassen. Nach einigen Schätzungen gibt es



allein in der Hauptstadt Hunderte davon. Eine Mahlzeit mit Hühnchen oder Schweinefleisch und einem Getränk, was für die meisten CubanerInnen schwer zu bekommen ist, kostet dort 5 bis 6 Dollar.

»Jeder kann zuhause einen Tisch decken,« sagte Castro bei der Nationalversammlung im Dezember. »Wer überwacht den geheiligten Platz, den wir Zuhause nennen, um zu sehen, ob einer oder zwei Tische gedeckt wur-

den? Das ist schwer zu machen. Wir können nicht anfangen, das zu kontrollieren. ... Ich glaube wirklich nicht, daß ein oder zwei Tische den Sozialismus angreifen. Allerdings ist jemand mit 25 Tischen und 100 Stühlen etwas anderes.«

Das im September verfaßte Gesetz legalisierte den Verkauf von Mahlzeiten mit Imbißcharakter (Getränke, Brote, Süßigkeiten, etc.). Sich berufend auf das »etcetera« begannen eine Menge Leute, mit in Dollarläden gekauften oder aus staatlichen Lieferungen gestohlenen Waren, ihre Wohnungen in Restaurants umzuwandeln.

Dieses »etcetera« in der Klausel über Nahrungsmittel in diesem Gesetz wurde ein sehr umstrittener Punkt in der Nationalversammlung.

»Ich muß die Wahrheit sagen: Ich begreife dieses 'etcetera' ebensowenig wie alle die anderen GenossInnen,« sagte Castro der Nationalversammlung. »Der Genosse, der über das 'etcetera' gesprochen hat, hat völlig recht. Etwas plus ein 'etcetera' bedeutet alles.« Schließlich strichen die Abgeordneten das »etc.« aus dem

Gesetz und machten die 'paladares', die ganze Mahlzeiten verkaufen, illegal. Imbisse sind jedoch noch erlaubt. Die Regierung regelte, daß die meisten 'paladares' im Januar schließen sollten, aber viele bestehen immer noch.

Die Regierung behandelt die Selbständigkeit als eine der Lösungen des Problems, daß die meisten Fabriken viel zu viele Beschäftigte haben, seit die Produktion steil zurückgegangen, das Personal hingegen mehr oder

weniger auf dem vorherigen Stand geblieben ist. RegierungsvertreterInnen kündigen an, daß am Jahresende an die 300.000 Personen über die Erlaubnis zur Selbständigkeit verfügen werden. Diese Tätigkeiten werden bisher nur minimal geregelt. Wer von seiner Kommunalverwaltung eine Erlaubnis hat, bezahlt nur eine monatliche Gebühr von ca. 45 Pesos. Aber Selbständige können in einigen Berufen wie Klempner oder Maurer bis zu 1000 Pesos täglich verdienen, wie uns José Alejandro Martínez, ein Journalist von 'Juventud Rebelde', erzählte. Weder werden die Preise kontrolliert, die die Berechtigten für diese Dienstleistungen verlangen können, noch wird deren Einkommen besteuert.

Das Gesetz bezüglich der Selbständigkeit verbietet die Anstellung von Arbeitskräften, aber es erlaubt Familienmitgliedern, auf kooperativer Basis zusammenzuarbeiten - was viele lang vergessene »Cousins« dazu veranlaßt, selbst ein Geschäft aufzumachen, wobei jeder ein Auge zudrückt.

Die möglicherweise weitreichendste Maßnahme, die bisher angenommen wurde, war die Reorganisierung von staatlichen Landwirtschaftsbetrieben hin zu Kooperativen, Grundeinheiten Kooperativer Produktion (UBPC) genannt. Dies ist die umfassendste Veränderung in der Struktur der landwirtschaftlichen Produktion seit der zweiten Agrarreform 1963.

'Straff kontrollierte' Debatten?

Bestürzung über das Ergebnis der Sitzung der Nationalversammlung im Dezember zum Ausdruck bringend, und über den Widerwillen der Abgeordneten, ökonomische und soziale Verhältnisse zu übernehmen, die die cubanische Arbeiterklasse vor etwa 35 Jahren überwunden hatte, jammerte das 'Wall Street Journal', »Einige Analytiker fragen sich, ob es Herrn Castros Furcht und Ablehnung gegenüber dem Kapitalismus gelingt, die Reformen abzuwürgen.«

»Inzwischen,« so verkündete die Zeitung, »werden die vorgeschlagenen Reformschritte diskutiert innerhalb von Tausenden von - wie einige Analytiker sagen - höchst inszenierten, straff kontrollierten Debatten an Arbeitsplätzen in ganz Cuba.«

Die ArbeiterInnen-Versammlungen, an denen Reporter des 'Militant' im Januar und Februar teilnahmen,

waren allerdings weit davon entfernt, straff kontrolliert und höchst inszeniert zu sein.

In wenigen Fällen dauerten die ArbeiterInnen-Versammlungen nur kurze Zeit. Bei der Belegschaft der Zeitschrift 'Bohemia' z.B. dauerte das ArbeiterInnen-Parlament nicht länger als 40 Minuten, wie uns berichtet wurde. Aber in einigen Fabriken erstreckten sich die Versammlungen über zwei Tage.

Die ArbeiterInnen-Parlamente beginnen im allgemeinen mit einem Bericht des/der Betriebsleiters/in über den Stand der Liquidität, die finanzielle Entwicklung der Fabrik im letzten Jahr und Prognosen für 1994, sowie Vorschlägen zur Effektivitäts- und Produktivitätssteigerung. Die allgemeine Diskussion wird dann eröffnet über zwei Themenbereiche, erst über den Bericht des Betriebsleiters und wie die Produktivität der Anlage zu verbessern sei, zum zweiten über die weitreichenderen ökonomischen Schwierigkeiten vor denen Cuba steht und die in der Nationalversammlung debattierten Maßnahmen. GewerkschaftsleiterInnen auf örtlicher und oft nationaler Ebene nehmen an den Versammlungen teil.

Etwa 80.000 Versammlungen sind geplant, die mehr als 3 Millionen ArbeiterInnen einbeziehen. An den größten Arbeitsstätten werden die Versammlungen abteilungsweise durchgeführt, um abzusichern, daß jeder ArbeiterIn eine Gelegenheit hat zu sprechen. Nach den zuerst stattfindenden Ver-

Brigade José Martí

9. bis 30. Oktober 1994

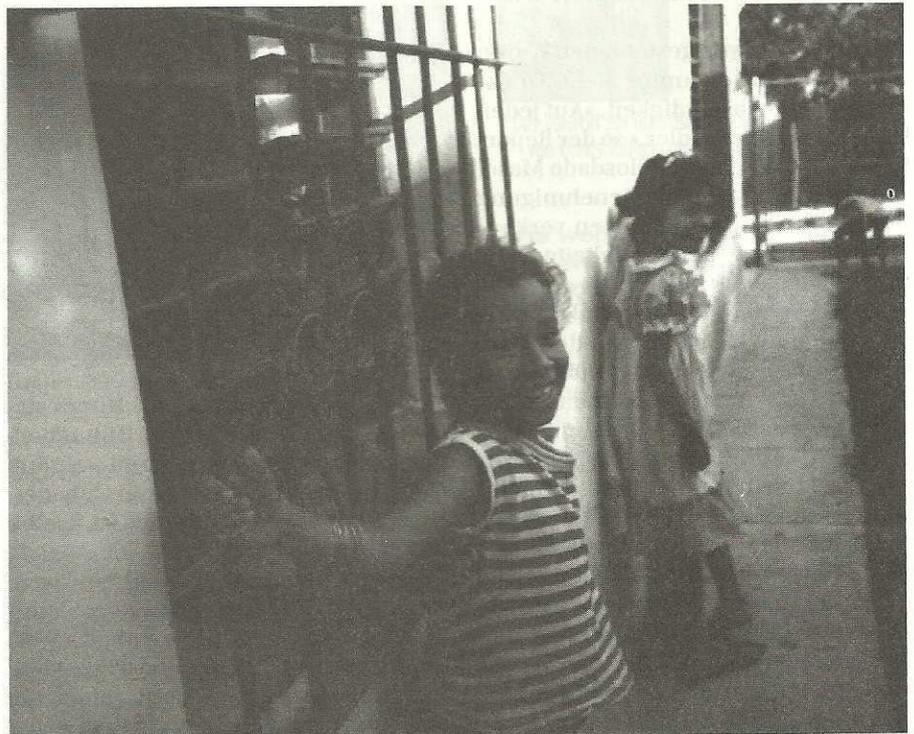
■ Praktische, konkrete Solidarität durch Arbeit in der Landwirtschaft
 ■ der Versuch, durch Vorträge, Treffen und Besuche einen Einblick in die derzeitige Situation Kubas zu erhalten

■ durch gemeinsames Arbeiten und Leben mit ca. 200 Personen aus 8 westeuropäischen Ländern Erfahrungen sammeln und Anregungen für die gerade jetzt so wichtige Solidaritätsarbeit für Kuba gewinnen - das sind die Zielsetzungen der Soli-Brigade!

■ Als konkretes Zeichen der Solidarität überreicht jede Brigade Geld- und Sachspenden als Brigadegeschenk auf Kuba. 50% der gesammelten Summe erhält die „Gesellschaft für motorisch Behinderte“ in Havanna, mit 50% unterstützen wir unseren kubanischen Partner und Veranstalter der Brigade José Martí, das ICAP. Geldspenden an die Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba e.V., Stichwort „José Martí“, Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50), Kto.-Nr. 307 984-507.

Weitere Informationen durch die Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Tel. 0221/131836 v. 9.30-15.00 Uhr od. W. Peter, Tel. 07345/5352 ab 22 Uhr.

Internationale Solidaritätsbrigade für Kuba 1994



THE MILITANT

The Militant ist ein Forum für kämpfende Arbeiter rund um den Globus. Die cubanische Revolution und die Solidarität mit ihr nehmen einen großen Platz in diesem englischsprachigen Wochenblatt aus New York ein. Reportagen aus Cuba spiegeln die täglichen Kämpfe und Debatten der cubanischen Werktätigen wider. Fidel Castro und anderen Sprecher der cubanischen Revolution kommen zu Wort. Auch die Revolution in Südafrika und Nelson Mandela haben einen bedeutenden Platz in dieser Zeitung. Jahresabonnement 88 DM, sechs Monate 45 DM.

Schnupperabo

ohne automatische Verlängerung
The Militant: 10 Wochen 15 DM
Perspectiva Mundial: 4 Monate 10 DM

Einfach einzahlen auf
Konto 94327-600 bei Postbank
Frankfurt (BLZ 50010060),
Lüko Willms Sonderkonto,
Nußzeil 54, D-60433 Frankfurt/M
Adresse nicht vergessen!

Perspectiva Mundial ist die monatliche Schwester von
The Militant in spanischer Sprache.

Abo für ein Jahr 30 DM, für sechs Monate 18 DM.

Perspectiva Mundial

Netzwerk CUBA

- informationsbüro -
reuterstraße 44, 53113 Bonn
tel&fax: 0228 - 24 15 05
e-mail: CUBARED@PDSLL.ZER
bankverbindung:
Konto: 46 953
Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)

Name:
Vorname:
Straße:
PLZ, Ort:
Unterschrift:

Kuba braucht Presse. Das **NETZWERK CUBA** schafft Öffentlichkeit. Dazu braucht es Geld. Deswegen spende ich auf das o.a. Konto ___ DM.

Ich/Wir möchte/n

- Fördermitglied
 Mitglied als Organisation/Gruppe werden.

Der monatliche Mindestbeitrag für Fördermitglieder beträgt 5,- DM und für Vollmitglieder (Organisationen/ Gruppen) 20 DM.

- Ich/Wir möchte/n die **NETZWERK CUBA** - nachrichten abonnieren. Die Kosten für ein Jahresabonnement betragen nur 10 DM.

- Bitte schickt mir unverbindlich Informationen über das **NETZWERK CUBA** - informationsbüro zu.

sammlungen in den Fabriken, wird damit begonnen, Bauernversammlungen in den Landwirtschaftskooperativen durchzuführen, sowie Zusammenkünfte in Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen.

»Weder Oxford, noch Harvard: Die ArbeiterInnen sprechen,« lautet die Überschrift eines Artikels in der Ausgabe der 'Trabajadores' vom 31. Januar, der Zeitung des CTC, in dem die Ergebnisse der ersten 267 Versammlungen zusammengefaßt werden. Es war eine treffende Beschreibung.

Bei jedem der Treffen an denen wir teilnahmen, gab es eine lebhaftete Debatte über Maßnahmen, die hinsichtlich konkreter Probleme anzuwenden sind, welche die Produktivität des Werkes betreffen.

Konfrontation zwischen Direktor und ArbeiterInnen

In der Zigarrenfabrik José Díaz Colina, zog sich eine reale Konfrontation zwischen dem Werksdirektor und den ArbeiterInnen durch die ganze Veranstaltung. Die ArbeiterInnen griffen den Leiter des Tabakbereiches in dem Punkt an, daß im letzten Jahr von insgesamt 4,3 Millionen hergestellten Zigarren eine Menge von 750.000 auf unerklärliche Weise verschwanden.

Die Versammlung fand am 1. Februar statt, während der Arbeit der 580 Beschäftigten, die an ihren Arbeitstischen auf drei verschiedenen Etagen Tabakblätter schnitten und rollten. Aber jeder konnte die Diskussion über Lautsprecher hören und konnte sich über Mikrofone, die in jeder Etage aufgestellt waren, daran beteiligen.

Nach dem einleitenden Bericht verlangten die ArbeiterInnen, Details über die Finanzen der Fabrik zu erfahren. »Man kann die ArbeiterInnen, die über die wirtschaftlichen Zahlen Bescheid wissen, an den Händen abzählen,« sagte Alfredo Pérez, ein 49jähriger Beschäftigter, der in dem Werk seit 1960 arbeitet. »Die ArbeiterInnen müssen eine Kontrolle über die Daten und ökonomischen Ziffern haben.«

Der Bericht des Direktors war tatsächlich ein Angriff auf die ArbeiterInnen gewesen, er machte sie verantwortlich für den fehlenden Tabak und beinhaltete auch, daß das Werk durch zuviel Personal im Produktionsbereich belastet sei.

»Mir gefällt diese Vorstellung nicht, daß wir schuld sind,« antwortete Hida-

lina Rodríguez, eine andere Produktionsarbeiterin, ärgerlich unter schallendem Applaus. »Wir haben mehr als genug Leiter. Die Zahl der Verwalter ist gestiegen und jeder hat einen Sekretär,« sagte sie. »Wie kommen wir dazu, einen Transportchef mit einem Helfer und Sekretär zu haben und alles was wir besitzen ist ein alter zusammengebrochener Laster!«

Pedro Ross, Generalsekretär des CTC, der an der Versammlung teilnahm, schlug später eine Reduzierung im Umfang des Verwaltungsapparates dieses Werkes vor.

»Sie sprechen nicht mit den 'mace-tas' (Blumentöpfen, s.o.),« sagte Rodríguez dem Direktor. »Wir sind diejenigen, die mit einem schlechten Lohn leben,« sagte sie. »Wir brauchen etwas mehr Geld. Die HilfsarbeiterInnen leben von 118 Pesos monatlich, und das ist nicht leicht.«

»Das Problem zieht sich von oben bis unten und die Lösung muß unter den ArbeiterInnen gefunden werden, die direkt in der Produktion stehen,« folgerte sie. Die ArbeiterInnen begannen mit ihren Messern auf die Arbeitstische zu trommeln, um ihre Zustimmung zu zeigen, in der traditionellen Manier der TabakarbeiterInnen in den Fabriken.

In dieser speziellen Versammlung dauerte die Diskussion über die ökonomischen Maßnahmen, die in der Nationalversammlung debattiert wurden, nicht lange. Einige ArbeiterInnen schluben vor, daß es, wenn Preise für Waren angehoben würden, auch eine Erhöhung der Gehälter geben sollte. Andere forderten, Maßnahmen zur Bestrafung von Schwarzmarkthändlern zu ergreifen.

Ahmed Girón, ein 21jähriger Arbeiter, hielt eine Zigarre hoch und sagte, »Die ist in Spanien 20 Dollar wert. Aber ich komme nicht hierher, um wegen des Geldes zu arbeiten. Mein Bruder geht unentgeltlich zur Schule. Die medizinische Versorgung ist kostenlos. Meine Schwester kann ihr Kind umsonst in einer Kindertagesstätte lassen und hat die Gewißheit, daß einE andereR WerkstätigeR gut für das Klei-ne sorgt.«

»Wir werden nicht zurück zum Kapitalismus gehen,« fügte Pedro Ferrer Fornaris hinzu, ein anderer Produktionsarbeiter. »Wir haben einmal einen Bewußtseinsstand erreicht, daß wir jeden anderen als gleichwertig ansehen, das kann uns niemand wegnehmen.«

Die ArbeiterInnen sind zuversichtlich, daß Lösungen gefunden werden

Während einer Versammlung des ArbeiterInnen-Parlamentes in einem Werk für Milchprodukte außerhalb von Havanna gab es eine ausführlichere Diskussion über die wirtschaftlichen Maßnahmen, die in der Nationalversammlung diskutiert wurden. Einige ArbeiterInnen sprachen sich in aller Schärfe gegen die Vorstellung von Einkommenssteuern aus. Jene mit verhältnismäßig geringeren Familieneinkommen waren auch gegen Vorschläge, Preise für Waren des Grundbedarfes anzuheben und wiesen auf die Belastung hin, die dies für ihre Familien bedeuten würde.

Eine hitzige Diskussion über Diebstähle von Maschinen und anderen Gütern aus der Fabrik fand ebenfalls statt.

»Wir alle sehen, wie dies geschieht,« sagte ein älterer Produktionsarbeiter, der über Diebstahl sprach. »Es geschieht täglich, aber oft sehen wir weg, weil wir uns vorstellen, es sind Leute, die eine harte Zeit durchmachen, und ein kleines bißchen für ihre Familien brauchen. Aber das ist falsch. Es muß bekämpft werden.«

»Unter den Leuten, die Geld anhäufen,« so bemerkte Caridad Cruz, eine Fließbandarbeiterin, »sind diejenigen, die bügeln, saubermachen, oder eine andere Arbeit selber verrichten sehr selten. Die meisten von denen, die dicke Dollars machen, sind 'macetas', die dem Staat Produkte und Maschinen stehlen.«

»Aber wir lassen sie das tun,« betonte sie. »Und dann organisieren wir Veranstaltungen wie ein Festival del Sábado, (Samstags-Flohmarkt) wo sie die Waren zum Verkauf bringen. Die Regierung tut überhaupt nichts, die Partei tut überhaupt nichts, die Gewerkschaft tut überhaupt nichts, und wir wissen, wer diese Leute sind und wo sie leben.«

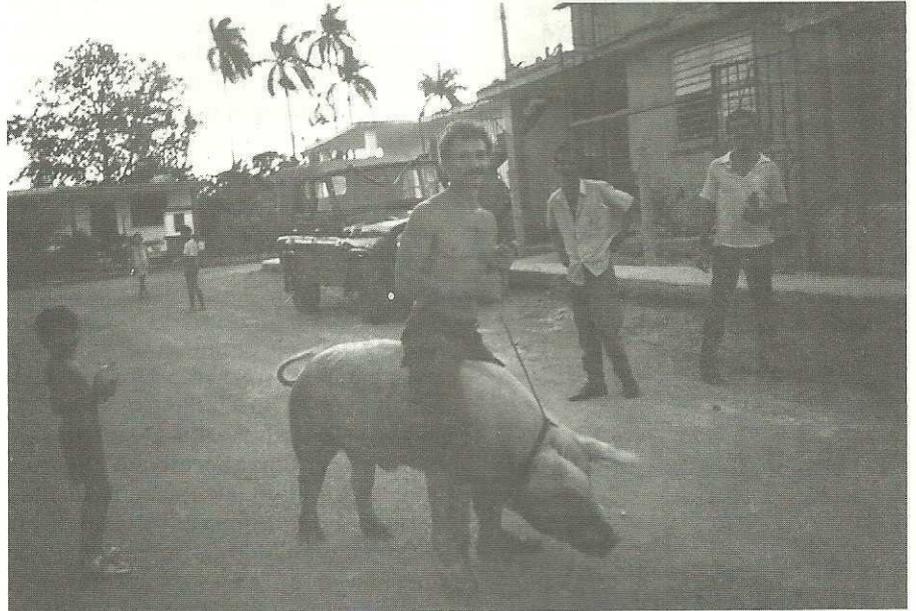
Ross, der an der Versammlung teilnahm antwortete, »Ja, das ist richtig.«

In einer Versammlung nach der anderen forderten die ArbeiterInnen, daß Schritte unternommen werden sollten, gestohlene Waren zu beschlagnahmen und die Bestechlichkeit in Verwaltungen zu überwinden. Laut einem Bericht in 'Trabajadores' vom 7. Februar, war dies eines der Hauptanliegen, die die ArbeiterInnen während

einer Versammlung in der Reparaturwerkstatt 'Lenin' zum Ausdruck brachten, einem riesigen Instandhaltungsbetrieb für Maschinen und Zuckerröhrenrekombinen in Camagüey.

Die ArbeiterInnen diskutierten auch, was hinsichtlich der sprunghaft steigenden Schwarzmarktpreise zu tun sei, die in den letzten drei Jahren um das 30fache gestiegen sind.

Während einer Versammlung an der Universität von Camagüey, meldete 'Trabajadores', hatte ein Professor, der berichtete, daß das Monatseinkommen



seiner Familie 600 Pesos betrage, vorgeschlagen, daß die Regierung Preisgrenzen festlegen solle für das, was Händler auf dem Schwarzmarkt verlangen. Er hielt die Existenz eines solchen Marktes für unvermeidlich.

ArbeiterInnen der Reparaturwerkstatt 'Lenin' jedoch, deren Monatslohn bei 181 Pesos liegt, fanden die Anregung des Professors bestenfalls unrealistisch. »Der einzige Weg, diesem schändlichen Markt ein Ende zu bereiten,« argumentierte jemand, »bedeutet, die Produktion zu steigern und das gesamte Potential der Arbeitskräfte zu nutzen.«

Die ArbeiterInnen wollen Wege finden um Diebstahl und Sabotage zu beenden, die die Kosten in die Höhe treiben, die Kollektive demoralisieren, und Geldschneider und Hehler bereichern,« so stand es in einem Editorial von 'Trabajadores', das die Ergebnisse der ersten Runde von Veranstaltungen aufzeigte. »Sie fordern, daß die Behörden drastische Maßnahmen ergreifen, die beispielgebend für alle Ebenen sein werden.«

Das Problem der Beschäftigung lösen

Niedrige Produktivität und Unterbeschäftigung waren ein Problem, dem sich ArbeiterInnen in vielen Versammlungen zuwendeten.

Elmer Durán, ein junger Arbeiter in der Abteilung für Sojamilchprodukte des Milchverarbeitungsbetriebes in Havanna, griff es konkret auf. »Wir haben offensichtlich eine Menge überzähliger ArbeiterInnen im Werk,« sagte er. In meiner Abteilung werden wir wahrscheinlich 60 von den 260, die auf

der Lohnliste stehen, streichen müssen.«

Die Milchproduktion in der Fabrik fiel von 700.000 Tonnen 1989, auf 300.000 Tonnen im letzten Jahr. Milchpulver, das wichtigste Rohmaterial, wurde aus der DDR importiert zu 650 Verrechnungsdollar pro Tonne. Tatsächlich kam die meiste Milch, die in Cuba konsumiert wurde, in Pulverform aus der DDR. Jetzt muß das staatliche Unternehmen Milchpulver zu 1.900 Dollar pro Tonne einkaufen und zwar zu Devisen auf dem Weltmarkt. Einige ArbeiterInnen sagten daß seit über zwei Jahren in der Fabrik keine Frischmilch verarbeitet wurde, was sie dem Mangel an Kraftfutter zuschrieben, das ebenfalls aus Osteuropa importiert zu werden pflegte.

In der gleichen Zeit blieb die Zahl der Beschäftigten bei etwas über 1.500, praktisch gleichbleibend zu 1989. Das bedeutet, daß schließlich viele ArbeiterInnen die meiste Zeit des Tages herumsitzen und wenig oder nichts zu tun haben, was Demoralisierung hervorbringt, äußerte Durán.

»Ich weiß, ich könnte einer der Entlassenen werden,« stellte er fest. »Was mache ich dann? Ich will nicht rausgehen und jemand ein Fahrrad stehlen, um für meine Familie, meine Kinder, etwas zu Essen auf den Tisch zu bringen. Aber ich kann wirklich nicht dafür garantieren, daß ich es niemals tun würde, falls es soweit kommt. Wir müssen für dieses Problem des personellen Überhangs eine Lösung finden. Ich will produktiv sein.«

Durán schlug vor, daß ArbeiterInnen, die im Werk nicht gebraucht werden, gestattet wird, Land urbar zu machen, das an die Fabrik grenzt und eine Kooperative zu bilden, um dringend benötigte Nahrungsmittel anzubauen. Ähnliche Anregungen werden auch gerade in anderen Produktionsstätten erwogen.

In der Personalversammlung der Universität von Camagüey sagte Guillermo Guevara, von der Abteilung Tiermedizin, daß schon allein seine Abteilung die Aufgabe in Angriff nehmen könnte, eine landwirtschaftliche Anlage auf nahegelegenen Brachland zu erstellen, um Nahrung für LehrerInnen und StudentInnen der Einrichtung anzubauen.

Unter einem Beifallssturm fügte Guevara hinzu, daß das einzige Hindernis in der Vergangenheit der Mangel an »Exaktheit, klaren Vorstellungen und Orientierung darüber, wie die Probleme zu bewältigen sind,« gewesen ist. Die Versammlung übertrug Guevara die Verantwortung dafür, geradewegs mit der Landwirtschaftsanlage zu beginnen.

Als Lázaro Valdez Monte, Inspektor der Abfüllabteilung des Milchverarbeitungsbetriebes, darüber klagte, daß ArbeiterInnen in seinem Bereich zu viele Flaschen zerbrechen würden, protestierten verschiedene ArbeiterInnen nachdrücklich.

»Die Sache ist die, daß die Art und Weise, wie die Förderbänder montiert sind, völlig fehlerhaft ist,« sagte Roberto Bejo, ein Produktionsarbeiter. »Wir arbeiten bei der Abfüllung sehr hart,« fügte er hinzu. Bejo erklärte, die ArbeiterInnen hätten die Kästen mit abgefüllter Milch buchstäblich von den Bändern zu reißen, was zu vielen zerbrochenen Flaschen führte. Dann schlug er Veränderungen in der Organisation seines Bereiches vor, um den Ausschuß zu verringern.

Ein bemerkenswerter Teil der Diskussion konzentrierte sich auf ArbeiterInnen, die Anregungen gaben, wie die Produktivität unter den widrigen

Bedingungen, vor denen sie stehen, verbessert werden kann.

Das war eines der Hauptthemen in der Diskussion bei einer ArbeiterInnenversammlung in der Zigarrenfabrik 'Helden der Moncada' in Havanna. Die ArbeiterInnen drängten darauf, daß Grundvoraussetzungen - von abgenutzten Tischen bis zu einem undichten Dach - im Werk verbessert werden, um ihnen die größtmögliche Steigerung ihrer Produktionsleistung zu ermöglichen. Mehrere erwähnten, daß die von ihnen produzierten hochwertigen Zigarren eine wichtige Devisenquelle darstellen. »Wir erwarten keine Lohnerhöhung,« sagte ein Arbeiter. »Wir wollen daß unseren Arbeitsbedingungen mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, dann können wir effektiver arbeiten.«

Ein Matrose, der im Februar die Buchmesse in Havanna besuchte, erzählte den 'Militant'-Reportern dort, daß viele seiner Schiffsmaate während ihrer Versammlung die Überzeugung äußerten, daß Cuba durch die Reparatur von einigen der vorhandenen Fangschiffe weniger abhängig von Fischimporten werden könnte. »Wir sind eine Insel, die von Fischen umgeben ist. Die TeilnehmerInnen (der Versammlung) sagten, 'Wir können einen großen Beitrag dazu leisten, daß unser Land sich selbst versorgen kann.'«

Nicht jedeR, die/der an den ArbeiterInnen-Versammlungen teilnahm, die (von den 'Militant'-Redakteuren) besucht wurden, glaubte, daß etwas Positives daraus hervorgehen würde. Einige ArbeiterInnen der Molkerei z.B. sagten, sie hätten in der Vergangenheit an ähnlichen Treffen teilgenommen, hätten viele derselben Probleme früher angesprochen, und es hätte sich nichts verändert.

Es gab allerdings einen deutlichen Unterschied zwischen der Haltung der meisten ArbeiterInnen, mit denen wir über die Wirtschaftskrise gesprochen hatten, und vielen CubanerInnen, die Teil des akademischen und Verwaltungsbereiches sind. Unter denjenigen, die von der Produktion isoliert sind, waren Ausdrücke von Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung über die Mangelerscheinungen und andere Probleme wesentlich mehr verbreitet.

Aber das war nicht die Stimmung unter den FabrikarbeiterInnen, die wir in diesen Versammlungen getroffen hatten. Im Gegenteil, erklärten die meisten, die sich zu Wort meldeten, ihr Vertrauen auf ihre Fähigkeit, die real vorhandenen Bedingungen, vor denen sie stehen, zu verändern, Cubas

Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und gemeinsam zu verändern. Zahlreiche konkrete Vorschläge wurden von den ArbeiterInnen vorgeschlagen, wie sie die Produktion steigern, den Ausschuß verringern, dem Diebstahl an staatlichem Eigentum ein Ende setzen und mehr direkte Kontrolle auf den Produktionsprozeß ausüben können. ★

Die Journalistin Soledad Cruz berichtete in 'Juventud Rebelde', der Zeitung des Kommunistischen Jugendverbandes, daß die ArbeiterInnen nun in immer mehr Betriebsversammlungen fordern, daß sie direkt an der Erstellung von Produktionsplänen beteiligt sind. Laut Soledad Cruz haben die ArbeiterInnen bei verschiedenen Versammlungen auch vorgeschlagen, daß die in der Produktion Beschäftigten ihre WerksdirektorInnen selber wählen sollten - so wie die Mitglieder der neuen Kooperativen, die die staatlichen Landwirtschaftsbetriebe ersetzen, jetzt ihre VerwalterInnen wählen.

Wie ein Hafenarbeiter aus Havanna es am Ende einer dieser Versammlungen ausdrückte, »ist jetzt nicht die Zeit für Weinen und Wehklagen. Wir haben die Fähigkeit und die Kraft uns selbst aus dieser Klemme zu ziehen.« □



Der obige Artikel von Argiris Malapanis und Aaron Ruby wurde in drei Teilen im 'Militant' abgedruckt. (AdEngl. msw)

Die Fotos machte C. Fernandez im reparto electrico im März/April '94

Cubanische Regierung reorganisiert Staatsgüter in Genossenschaften um die Produktion zu fördern¹

Von Argiris Malapanis und Aaron Ruby

CIENFUEGOS, Cuba
Anfang Februar waren die Arbeiter mit ihren Erntemaschinen in der Genossenschaft La Esperanza dabei, die diesjährige Ernte von Cubas wichtigstem Exportprodukt einzubringen — Zucker. Als eine von Hunderten von Grundeinheiten der genossenschaftlichen Produktion (UBPC², die rapide die Staatsgüter auf dem Lande in Cuba ablösen, war La Esperanza³ gerade vor vier Monaten gegründet worden.

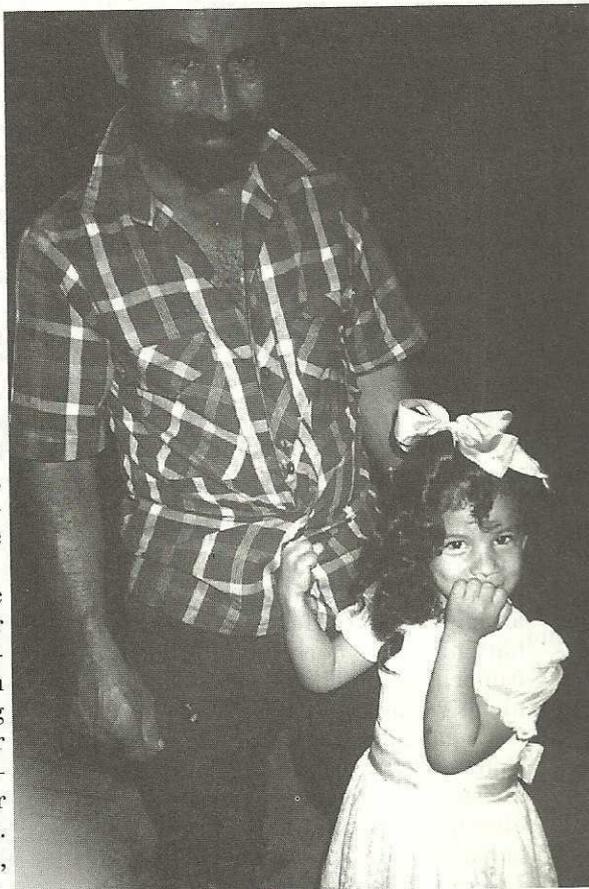
Bis Ende Januar waren die überwältigende Mehrheit der Staatsgüter für Zuckerrohr in diese neuen kleineren Einheiten aufgeteilt worden. Der Prozeß hatte in Güter begonnen, die Tabak, Zitrusfrüchte, Gemüse und andere Feldfrüchte anbauen sowie auch in der Viehwirtschaft.

Dies ist die weitreichendste Änderung in der Organisation der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte seit der zweiten Agrarreform von 1963. Es stellt einen Rückzug von dem System der Staatsgüter dar, das als eine der grundlegenden Errungenschaften der Revolution eingerichtet wurde. Aber die Führung in Cuba hofft, daß es zu einem schnellen Wachstum in der landwirtschaftlichen Produktion führen wird.

Die UBPCs werden materielle Anreize für jedes einzelne Mitglied bieten, indem das Einkommen an die Produktivität gekoppelt wird.

Die Ernte wird nun den Mitgliedern der Genossenschaft gehören, die sie zu garantierten Preisen an den Staat verkaufen. Die Regierungspolitik ermutigt auch die Genossenschaften sich selbst mit Lebensmitteln zu versorgen, indem sie Brachland unter den Pflug nehmen. Regierungsvertreter hoffen,

daß diese Maßnahmen, zusammen mit Wohnungsbauprogrammen und anderen sozialen Diensten für die



Genossenschaftsmitglieder, Bedingungen für eine angemessenen landwirtschaftliche Arbeitskraft schaffen wird.

Die meisten Genossenschaftler, mit denen wir gesprochen haben, sahen die UBPC nicht als eine Gelegenheit, Eigentümer zu werden, sondern um demokratisch eine größere Kontrolle über die Organisation der Arbeit und den Einsatz von Arbeitsmitteln zu errichten, unnötige Verschwendung zu vermindern, die um sich greifenden

Diebstähle zu verringern und effektiver zu produzieren.

Die Einrichtung der neuen Genossenschaften ist eine von drei Maßnahmen, die seit dem letzten Jahr vom Ministerrat dekretiert und von der Nationalversammlung ratifiziert wurden, als ein Versuch zur Wiederbelebung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion. Wie in den beiden vorigen Ausgaben von *The Militant* berichtet wurde, hat die Regierung auch den Besitz und Benutzung von US-Dollars entkriminalisiert und selbständige Arbeit in ungefähr 140 Berufen legalisiert.

In einer vor kurzem gehaltenen Rede erwähnte Fidel Castro die ernstesten Engpässe bei Treibstoffen und anderen Waren des täglichen Bedarfs, die ausgelöst wurden durch den Zusammenbruch der Hilfe seitens der früheren Sowjetunion und der osteuropäischen Länder, von denen die cubanische Wirtschaft sogar bei Lebensmitteln im höchsten Maße abhängig war, und sagte, daß die Bildung der UBPC „unter den gegebenen Umständen das am meisten Angemessene und Nützliche ist.“ Das war am 7. November beim Provinzparteitag Havanna-Stadt der Kommunistischen Partei.

»Es ist ein definitiver Schritt,« sagte Castro, »den wir gemacht haben in der Hoffnung daß die Grundeinheiten der genossenschaftlichen Produktion funktionieren werden und effizient arbeiten ... denn gegenwärtig kann so ein großer Betrieb nicht aufrechterhalten werden bei den ernstesten Engpässen an Treibstoffen und Transportmitteln. Man muß sie kleiner machen, leichter zu handhaben, aber man muß sich darüberhinaus auch um Sparmaßnahmen bemühen.«

Krise auf den Staatsgütern

Der starke Produktionsrückgang der staatlichen Landwirtschaft in den vergangenen vier Jahren hatte schwere Auswirkungen. Landwirtschaftliche Produkte, vor allem Zucker, stellen drei Viertel der Ausfuhereinnahmen dar.

Die Zuckerernte von 1992/93 mit nur 4,28 Millionen Tonnen, dem niedrigsten Ergebnis seit zwei Jahr-

zehnten, war »ein schwerer Schlag« sagte Castro.

Mangel an Treibstoffen und Ersatzteilen beeinträchtigen Bewässerung und Transport. Es wurden erheblich weniger Dünger und Pflanzenschutzmittel eingesetzt, wodurch die Ernte noch weiter sank. Weiter hatten drei schwere Stürme im Jahr 1993 Schäden von schätzungsweise über einer Milliarde USD angerichtet.

Nichtsdestoweniger, so Fidel Castro, haben aufgeblasene Verwaltungsapparate eine noch geringere Produktivität bewirkt.

»Tatsache ist, daß den Staatsgütern das gleiche passierte, was auch dem Panamerikanischen Tourismus Komplex im Osten von Havanna geschah, ... was in vielen Fabriken und vielen Betrieben geschah,« sagte Fidel Castro in dieser Rede am 7. November. »Überall ist dasselbe passiert: überbesetzte Belegschaften, eine Tendenz zu Personalüberhang, Paternalismus, eine wenig anspruchsvolle Haltung ... Seien wir offen: diese Probleme sind von der Revolution geschaffen worden.«

Der Journalist Eloy Concepción gab ein konkretes Beispiel dieses Problems in einem Artikel, der im vergangenen August in *Trabajadores*, der Zeitung der Zentralorganisaion der cubanischen Arbeiter (CTC, der zentrale Gewerkschaftsbund) erschien.

Von der Gesamtbelegschaft von 3685 Leuten in dem Agro-Industriellen Komplex Camilo Cienfuegos waren 2000 in »nicht-produktiven« Tätigkeiten beschäftigt, hieß es in dem Artikel. Gleichzeitig fehlten 250 Industriearbeiter in der Zuckerrohrmühle und 600 Landarbeiter auf den Zuckerrohrfeldern. Ein Viertel der Produktionskosten wurden dem Verwaltungsapparat zugerechnet.

Die Produktivität in dem Komplex ist seit 1985 um 50% gefallen, von nahezu 70000 Pfund Zucker per acre heute auf 33000 pro acre heute.

Nach den Statistiken, die Abgeordneten der Nationalversammlung im Dezember zur Verfügung gestellt worden sind, wuchsen die Subventionen für die Staatsbetriebe von 1989 bis 1993 um 73% an. Der größte Faktor dabei waren die wachsenden Subventionen für Staatsgüter, und vor allem für die Zuckerrohrplantagen.

Wertvolle Treibstoffe und andere Ressourcen wurden auf den Staatsgütern aufgrund von Führungsschwächen und niedriger Moral vergeudet. »Natürlich, mehr Treibstoffe werden verschwendet, wenn es an Organisation fehlt und keine hohen

Anforderungen gestellt werden«, stellte Castro in seiner Rede vom 7. November fest. »Mehr Pflanzenschutzmittel werden verschwendet, wenn es an Organisation fehlt und keine hohen Anforderungen gestellt werden; ohne diese beiden Elemente wird Dünger manchmal ineffizient eingesetzt; ohne diese beiden Elemente wird der Boden manchmal nicht richtig für die Aussaat vorbereitet.«

Es wurde »immer mehr blau gemacht, ... die Arbeitszeiten wurden verkürzt auf vier bis fünf Stunden pro Tag, obwohl die Arbeit mindestens acht nötig machte, und all das wurde hingenommen,« fuhr Castro fort.

»Um höhere Löhne bieten zu können, erhob sich jeder Verwalter zu einem Arbeitsministerium, hat praktisch einen Einheitslohn festgesetzt und die Produktionsnormen derart herabgesetzt, daß die Arbeiter das doppelte und dreifache davon produzieren konnten und noch mehr Lohn einstreichen konnten,« sagte Castro.

Er stellte fest, daß diese Praktiken jedoch nicht in den landwirtschaftlichen Genossenschaften üblich waren, die von Bauern mit eigenem Land gebildet wurden. Diese Genossenschaften erhielten mit der ersten Agrarreform ihr juristisches Fundament und wurden seit den späten 70er Jahren in beschleunigtem Tempo eingerichtet. Heute bearbeiten sie 14% des landwirtschaftlich genutzten Landes in Cuba. Weitere 11% werden von Einzelbauern bearbeitet, die ihr eigenes Land besitzen und es selbst beackern. Staatsgüter machten die übrigen 75% der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus.

»Wir bemerkten, daß die besten Agrargenossenschaften den niedrigsten Treibstoffverbrauch hatten, den niedrigsten Verbrauch an Pflanzenschutzmitteln, den niedrigsten Verbrauch von anderen Hilfsmitteln, und das ist, was wir jetzt in der ganzen Landwirtschaft brauchen,« sagte Castro.

Durchschnittliche Ernten von Gemüse und Knollenfrüchten auf Staatsgütern sind 2600 lbs pro acre wohingegen die Genossenschaften

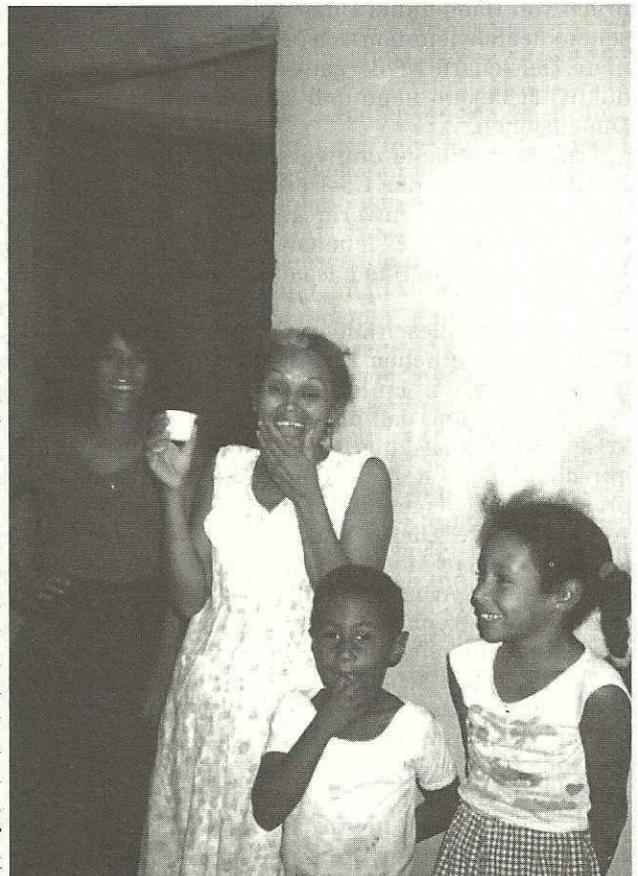
4900, etwa das doppelte, hervorbringen. »Es gab natürlich ein größeres Eigeninteresse des Arbeiters in den Agrargenossenschaften,« stellte Castro fest.

Viele der UBPC Mitglieder, die wir interviewten, machten ähnliche Beobachtungen.

Sinkende Produktivität

Sinkende Produktivität auf den Staatsgütern und anderen staatlichen Betrieben ist nichts neues. Diese Tatsache, und die Gründe dafür in den politischen Praktiken, ähnlich denen der bürokratischen Regimes in der Sowjetunion und Osteuropa, die in Cuba übernommen wurden, stand im Mittelpunkt dessen, was in Cuba als der Prozeß der Berichtigung bekannt ist, und der 1986 eingeleitet wurde.

Die Berichtigung zielte darauf ab, das Bewußtsein und die Kampfbereitschaft der Arbeitervorhut in Cuba zu stärken und ihre führende Rolle zu stärken, indem freiwillige Arbeitsbrigaden gebildet wurden, die Wohnungen, Kindergärten, Bewässerungsanlagen und andere Projekte bauten



und auch anfangen, das Problem der Nahrungsmittelproduktion anzugehen.

Die Brigaden wurden später, zunächst konzentriert auf das Bauwesen, durch besondere Kontingente von Freiwilligen ergänzt. Die Mitarbeit in diesen Kontingenten war freiwillig, erforderte jedoch die Aufnahme durch das Kollektiv. Sie arbeiteten mit flexiblen Arbeitszeiten von 10 Stunden oder mehr pro Tag, je nach dem zu vollbringenden Werk. Es



gab eine einfache Lohnskala ohne Überstundenzuschläge oder Prämien. Die Arbeitsdisziplin wurde nicht von einer besonderen Schicht von Leitungspersonal durchgesetzt, sondern wurde von den Mitgliedern des Kontingents selbst organisiert und aufrechterhalten. Die Ausrüstung wurde von den Arbeitern gewartet und gepflegt, die sie selbst benutzten. Verwaltungsaufgaben wurden mehr und mehr von den Arbeitern selbst übernommen, anstatt an eine gesonderte Gruppe von Spezialisten delegiert zu werden, die von der eigentlichen Arbeit selbst immer weiter entfernt steht.

Der Berichtigungsprozeß kam jedoch ins Stocken, als die Wirtschaftskrise durch den schnellen Zusammenbruch von Handel und Unterstützung seitens der Sowjetunion sich beschleunigte. Der scharfe Niedergang der Produktivität bekam neue und kritische Dimensionen.

Das unerbittliche und verschärfte Handelsembargo der US-Herrschenden hat es noch schwerer gemacht, neue Quellen für lebenswichtige Importe und neue Handelspartner zu finden.

Es war unter diesen äußerst schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen, daß die Regierung im letzten Jahr zu dem Schluß kam, daß die Führungskrise in den Staatsgütern nicht mehr auf dem durch den Berichtigungsprozeß eingeschlagenen Weg behoben werden konnte. Dieser Kurs beinhaltete beträchtliche Mobilisierungen von freiwilligen Arbeitsbrigaden für jeweils zwei Wochen zur Arbeit auf dem Lande und die Bildung von zahlreichen Landwirtschaftskontingenten der Vorhutarbeit.

Statt dessen wurde ein Rückzug beschlossen, die Staatsgüter in Tausende von kleineren genossenschaftlichen Einheiten aufzulösen. Die neuen Genossenschaften sollen sicherstellen, daß die Produzenten selbst größere Kontrolle über die grundlegenden wirtschaftlichen Entscheidungen und Arbeitsbedingungen haben.

Die Staatsgüter — Grundeinheiten der industriellen Produktion auf dem Lande — hatten einen bedeutenden Platz in der sozialistischen Revolution Cubas.

Wie Castro in seinen jüngsten Reden immer wieder erklärt hat, haben »Staatsgüter in unserem Lande Dinge getan, die unter keinem anderen System existieren könnten.«

Viele Staatsgüter wurden in Cuba als Ergebnis der ersten Agrarreform eingerichtet. Das Agrarreformgesetz von 1959 war diejenige Maßnahme, die mehr als jeder andere Schritt »die cubanische Revolution definierte«, wie Castro sich ausdrückte. Ihre schnelle Durchführung festigte das Klassenbündnis, auf dem die Revolution aufbaute — die Allianz von Arbeitern, einschließlich Landarbeitern, und arbeitenden Bauern. Und sie brachte die Revolution in eine direkte Konfrontation mit dem US-Imperialismus und seinen cubanischen Verbündeten.

Die zwei Agrarreformen

Die erste Agrarreform enteignete die großen Plantagen, schaffte das System der Pachten und Grundschulden (Hypotheken) ab, das die Bauernschaft erdrückte, und garantierte die Landnutzung denen, die es bebauen.

Vor der Revolution hatten 85% von Cubas Kleinbauern ihr Land gepachtet und kein eigenes Land besessen. Sie lebten unter der ständigen Bedrohung, von ihrem Land vertrieben zu werden. Ungefähr 200000 Bauernfamilien hatten kein Stück Land, das sie für ihre eigenen Zwecke bebauen konnten. Das Gesetz von 1959 garantierte jeder Bauernfamilie ein Lebensminimum von 67 acres. Jeder, der bis zu 165 acres bearbeitete, sei es als Geldpächter, Naturalpächter oder ohne Pachtvertrag, bekam einen Besitztitel für dies Land.

Land im Privatbesitz konnte nur beim Staat beliehen werden, der Finanzierung für arme Bauern zu günstigen Bedingungen zur Verfügung stellte. Land konnte nicht aufgeteilt



werden und nur an eine Person vererbt werden.

Eine einzelne Familie durfte im allgemeinen nur bis zu 1000 acres besitzen, bei einigen Nutzungsarten wie z.B. Viehzucht bis zu 3300 acres. Das Gesetz untersagte Landbesitz in Cuba durch Ausländer. Vor 1959 war mehr als 50% des fruchtbarsten Bodens im Besitz von Ausländern, vor allem aus den USA.

Große Güter, die bis dahin als eine Einheit bewirtschaftet worden waren, wurden zusammen gelassen und, nachdem sie eine Zeitlang als Genossenschaften betrieben wurden, bald in Staatsbetriebe umgewandelt.

Das Gesetz von 1959 schuf die Grundlage für die Bildung von Genossenschaften durch Bauern, die ihr eigenes Land besaßen. Über die folgenden 30 Jahre haben sich ungefähr die Hälfte der cubanischen Bauern mit ca. 60% des Landes im Privatbesitz freiwillig in Genossenschaften zusammengeslossen.

Die zweite Agrarreform in Cuba vom Oktober 1963 war von anderer Natur als die erste. Sie war eine sozialistische

Maßnahme. Sie kam einige Jahre nach der Nationalisierung der Industriebetriebe im imperialistischen und cubanischen Besitz, und sie zielte darauf ab, die Besitzverhältnisse auf dem Lande mit denen in anderen produktiven Sektoren in Übereinstimmung zu bringen.

Die Reform von 1963 enteignete das Land über 165 acres hinaus, das Eigentum von kapitalistischen Farmern war, die noch 20% der landwirtschaftlichen Nutzfläche ihr Eigentum nannten. Durch die Nationalisierung dieser beträchtlichen Güter, die nur mit Lohnarbeitern bearbeitet werden konnten, hatte die zweite Agrarreform den kapitalistischen Sektor der cubanischen Landwirtschaft abgeschafft.

Debatte über Staatsgüter und Genossenschaften in den 60er Jahren

Während der ersten Jahre der Revolution diskutierten Arbeiter und Bauern in Cuba, wie die großen Zuckerrohrplantagen organisiert werden soll-

ten, die zu den ersten kapitalistischen Besitztümern gehörten, die nationalisiert wurden.

Das Landproletariat in Cuba mit seinem Schwerpunkt in der Zuckerindustrie war eine der stärksten Abteilungen der Arbeiterklasse und eine entscheidende Bastion, die den revolutionären Kampf zum Sturz des US-gestützten Diktators Fulgencio Batista trug. ★

Ursprünglich wurden die Landarbeiter auf den Zuckerrohrfeldern in etwa 600 Genossenschaften organisiert. Aber Rinderzuchtbetriebe, Reisplantagen und jungfräuliches Land wurde von Anfang an in granjas (Staatsgütern) organisiert.

Zwei Jahre später haben Revolutionäre in Cuba diese Erfahrung diskutiert und auf einem Kongreß von Zuckerrohrgenossenschaftlern im August 1962 beschlossen, die Genossenschaften als Staatsgüter zu reorganisieren. Castro erklärte in einer Rede an diesen Kongreß, warum dieser Schritt nötig war, um die proletarische Vorhut der Revolution zu stärken.

Während die Bildung der Zuckerrohrgenossenschaften ursprünglich eine Schritt vorwärts über die kapitalistischen Eigentumsformen gewesen sein mag, sagte Castro, waren vom Standpunkt der Arbeiterklasse »die Genossenschaften ein Schritt zurück«.

»Diejenigen die auf den Staatsgütern arbeiteten waren Arbeiter, die niemanden ausbeuteten,« sagte Castro. »Alle waren gleich. Aber in den Genossenschaften, wo eine bestimmte Zahl von Leuten Mitglieder waren, die sich die Gewinne aufteilten, gab es ein Problem. Was waren die anderen? Arbeiter, Bürger zweiter Klasse, am Rande. Sie waren nichts. Da sie keine Mitglieder der Genossenschaft waren, waren sie Arbeiter und die Mitglieder waren ihre Arbeitgeber. Wenn die Gewinne verteilt wurden, erhielten sie nichts. Die Mitglieder der Genossenschaften bekamen die ersten Häuser und andere Vorteile.«

Die Zuckerindustrie war die größte und älteste in Cuba, die Hunderttausende von Landarbeitern in einer Generation nach der anderen beschäftigte. »Traditionell war die Gruppe mit dem besten Kampfgeist, die am meisten revolutionären der Landarbeiter eben die Zuckerrohrarbeiter, die Arbeiter auf den großen Zuckerrohrplantagen,« sagte Castro.

»In dem Moment, wo das Proletariat begann, die Geschicke des Landes zu lenken, hörte eine große proletarische



und ausgebeutete Gruppe von gestern auf, Proletarier zu sein,« sagte Castro über die Arbeiter, die in Zuckerrohrgenossenschaften organisiert wurden.

Um diese Lage richtigzustellen, schlug Castro vor, die Zuckerrohrgenossenschaften als Staatsgüter in der Hand ihrer Arbeiter zu reorganisieren.



»Ein Proletarier zu sein ist eine Ehre und ein Titel über allen anderen in unserer Gesellschaft,« sagte Castro, »mehr als materielle Vorteile, die man bekommen könnte. Heute ist die größte Ehrbarkeit, der Herr des Landes, weder der Yankee, noch der ausbeuterische Gutsbesitzer. Es ist der Proletarier!« fügte er hinzu. »Ist es nicht richtig, einen weiteren Schritt nach vorne zu tun?«

»Mit diesem Schritt beginnt das Landproletariat vorwärts zu gehen, wird zur zahlreichsten Abteilung der Arbeiterklasse in unserem Lande ... eine große und mächtige Kraft der Revolution.« Castro betonte den Unterschied zwischen den Genossenschaften von Landarbeitern auf den Zuckerrohrplantagen und »der echten Genossenschaft, in der sich unabhängige Produzenten zusammenschließen, die keine Proletarier sind.«

Castro wiederholte diese Argumente bei späterer Gelegenheit. »Ich habe immer gedacht und denke auch heute noch, daß Staatsunternehmen die höchste [Form der Produktion]« sind, erklärte er in einer Rede vor dem Kongreß der ANAP (Nationalverband der Kleinproduzenten) im Jahre 1982. »Ich habe immer die Idee gemocht, daß sich die Landwirtschaft wie eine Industrie entwickelt und die Landarbeiter wie Industriearbeiter sind,« sagte

Castro. »Ein individueller Arbeiter besitzt nicht den Betrieb oder die Produktion, außer als Teil des Volkes, denn das Volk ist Besitzer der Betriebe und der Produktion.«

Der cubanische Präsident hat diesen Standpunkt durchgehend verteidigt. Gleichzeitig erklärte er kürzlich in vorsichtiger Weise, daß die Entscheidung, die UBPCs zu bilden, in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise notwendig ist.

Reorganisation in UBPCs

Ende Januar waren bereits 1563 von insgesamt 2000 geplanten UBPCs in der Zuckerrohrwirtschaft eingerichtet.

Darüber hinaus sind 838 UBPCs in anderen Bereichen der Landwirtschaft eingerichtet worden. Darunter sind 407 Genossenschaften in der Viehzucht, 226 in gemischten Feldfrüchten, 65 in Tabak, 29 in Zitrusplantagen, 23 in Fischfarmen, 14 in Reis, 12 in Kaffee und einer in der Forstwirtschaft. Die Genossenschaften außerhalb des Zuckerrohrs umfassen 2 Millionen acres mit 78000 Arbeitern.

Wie schnell in diesen anderen Bereichen die UBPCs eingerichtet werden, wird davon abhängen, wie erfolgreich sie im Zuckerrohr sind.

Castro sagte, daß 10 Millionen acres Land für die Umwandlung in UBPCs vorgesehen sind, was etwa eine Million Arbeiter umfaßt, oder drei bis vier Millionen Menschen mit Familienangehörigen. Das ist die Mehrheit der Staatsgüter.

Die Genossenschaften werden gebildet, indem die Staatsgüter in kleinere Einheiten von 850 bis 1000 acres eingeteilt werden. La Esperanza z.B. ist eine von 16 UBPCs, die aus dem vorherigen Staatsgut hervorgegangen sind. In jeder UBPC sind etwa 100 Arbeiter.

Das Land bleibt Staatseigentum und kann nicht verkauft, verpachtet oder von den Mitgliedern vererbt werden. Aber die Genossenschaftsmitglieder sind Eigentümer der Maschinen und der Produkte, die sie dann an den Staat verkaufen. Sie bezahlen für das Saatgut, Dünger, Pflanzenschutzmittel, Treibstoffe und was immer sie sonst verbrauchen.

Der staatliche Komplex Guillermo Moncada, ein früheres Staatsgut nahe bei der Stadt Abréus in der Provinz Cienfuegos, zu dem das Land von La Esperanza gehörte, ist jetzt auf die Zuckerrohrmühle und die Saatgutbank reduziert. Dies Unternehmen

gewährte einen Kredit von 162000 cubanischen Pesos an La Esperanza an ihrem Gründungstag, dem 1. November 1993, so daß die Mitglieder zwei Erntemaschinen, drei Lastwagen und andere Landmaschinen kaufen konnten, sagte Tania Corcho, die jetzt die Bücher für die Genossenschaft führt. Corcho arbeitete vorher im Büro des staatlichen Komplexes.

Alle Kredite müssen nach einer dreijährigen Pause innerhalb von 25 Jahren zurückgezahlt werden, mit 14% Zinsen pro Jahr. Als Starthilfe gibt das Staatsunternehmen der Genossenschaft auch einen Vorschuß, um Löhne zu bezahlen.

Erlöse werden aufgeteilt, um den Kredit an den Staat zurückzuzahlen, in Maschinen und andere Verbesserungen zu investieren, und Prämien an die Mitglieder der Genossenschaft zu bezahlen.

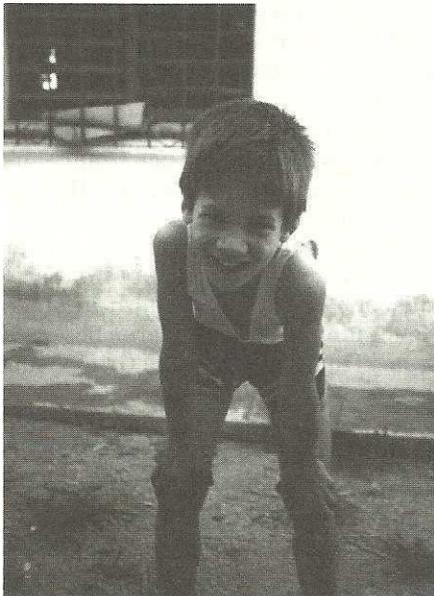
Arbeiterdemokratie und Arbeitsanreize

»Die UBPC ist 100% demokratischer,« sagte Corcho im Vergleich mit dem vorherigen Staatsgut. Viele Genossenschaftsmitglieder teilten die gleiche Einschätzung.

Eine Versammlung aller Mitglieder jeder Genossenschaft tritt einmal monatlich zusammen. Die Versammlung wählt einen Lenkungsausschuß und einen Manager und diskutiert und beschließt Arbeitsnormen. In La Esperanza wählten die Mitglieder einen Ausschuß von drei Männern und zwei Frauen, der wöchentlich tagt, um Probleme zu besprechen, die zwischen den Versammlungen aufkommen und um die Tagesordnung für die monatlichen Mitgliederversammlungen vorzubereiten.

Wenn die Genossenschaft eingerichtet wird, bringt die Verwaltung des Staatsbetriebes einen Vorschlag für einen Manager ein, der von der Versammlung bestätigt werden muß. Aber die Mitglieder der UBPC können jemand anders aus ihren Reihen für diesen Posten vorschlagen. Der Manager muß 70% der Stimmen erhalten, wurde uns berichtet.

Löhne hängen von der zu leistenden Arbeit ab. In La Esperanza z.B. sind die Fahrer der Erntemaschinen die am besten bezahlten mit 11 Pesos pro Tag. Andere erhalten unterschiedliche Löhne bis hinunter zu 7 Pesos pro Tag. Prämien werden auf der gleichen Grundlage verteilt. Die Versammlung kann auch ein Mitglied ausschließen, wenn es sich nicht an die Arbeitsnor-



men oder andere Regeln hält, die das Kollektiv aufgestellt hat.

Diejenigen, die als Landarbeiter auf dem Staatsgut Gewerkschaftsmitglieder bei der CTC waren, bleiben es auch in der Genossenschaft.

Mitglieder der CTC haben diese Reorganisation der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte als einen Schritt hin zu einer größeren Kontrolle durch die Mitglieder der neuen Genossenschaften über die Arbeitsorganisation und Haushalten mit den Ressourcen begrüßt.

Salvador Valdés, der Generalsekretär der Nationalen Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter, sagte in einem Interview mit Trabajadores, daß sich die hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre der Staatsgüter in die Arbeiterschaft der UBPCs eingliedern werden.

Uns wurde auch gesagt, daß es einen regelrechten Widerstand gegen die Bildung der UBPCs aus den Ministerien gab, die die Staatsgüter verwalteten. Innerhalb des aufgeblasenen Verwaltungsapparats geht die Angst um, daß die relativ besser bezahlten nicht-produktiven Verwaltungsjobs beseitigt werden, wenn die Bildung der UBPCs bis zum Ende durchgeführt wird.

Wo die Genossenschaftler herkommen

Die Mitglieder der UBPC, die alle freiwillig beigetreten waren, setzen sich hauptsächlich aus früheren Landarbeitern der Staatsgüter zusammen. Regierungsvertreter hoffen jedoch, daß diese Genossenschaften andere anziehen werden. Bei vielen ist das schon geschehen. Die meisten Mitglieder der freiwilligen Landwirtschaftskontingente schließen sich jetzt den neuen Genossenschaften an, wurde uns gesagt.

»In einem Gebiet von 10000 caballerías [1 caballería = 33 acres] um Cienfuegos herum stieg die Zahl der Zuckerrohrarbeiter von 5000 im Oktober auf 8500 im Januar,« sagte Gonzalo Nuñez Cruz, ein Führer der UJC (Kommunistischer Jugendverband) in der Provinz, der uns bei der Fahrt nach La Esperanza begleitet hatte.

María de los Ángeles Gonzáles Miranda, eine 26 Jahre alte frühere Sonderschullehrerin, war drei Monate vorher La Esperanza beigetreten. Ihr Gehalt stieg von 148 Pesos pro Monat, die sie als Lehrerin bekommen hatte,

auf 198 Pesos an, sagte sie. Aber sie fügte schnell hinzu, daß »der größte Unterschied in der Möglichkeit liegt, unser eigenes Essen zu produzieren.«

Mitglieder der Genossenschaft haben 125 acres Buschland gerodet, wo bereits frisch gepflanzte Gemüse, Kartoffeln und andere Knollenfrüchte wachsen. Außer ihren neun Pferden besitzen die Genossenschaftler jetzt 70 Schafe, 6 Milchkühe und eine Hühnerfarm, die Nahrungsmittel liefern, die in der Stadt schwer zu finden sind. Ein Überschuß, den sie vielleicht schließlich erwirtschaften, kann mit anderen Genossenschaften getauscht werden oder an den Staat verkauft werden.

Das cubanische Recht verbietet den Verkauf an Endverbraucher. Aber angesichts des Ausmaßes der Engpässe und der Ausdehnung des Schwarzen Marktes, glauben wenige, daß man das wird verhindern können.

Mit den gegenwärtigen Änderungen auf dem Lande »bekommen Landarbeiter den Vorrang dabei, ihre Familien zu Selbstversorgern bei Lebensmitteln zu machen und Wohnungen bauen zu können,« sagte Carlos Lage, Sekretär des ständigen Ausschusses des Ministerrates. Lage sagte, daß in der kommenden Periode »70% des Wohnungsbauprogramms für Landgemeinden sein wird, für Arbeiter in der Zuckerindustrie und Landarbeiter.«

Auf La Esperanza und der nahegelegenen UBPC 12. November planen die Mitglieder den Bau von jeweils 10 Häusern in diesem Jahr. »Der Staat versorgt uns mit Sand, Zement, Holz und anderen Baumaterialien zu niedrigen Preisen,« sagte Raúl Santana Ramos von der Genossenschaft 12. November.

Arbeiter bauen die Häuser in freiwilliger Arbeit nach Feierabend und am Wochenende. Die Mitgliederversammlung entscheidet dann die Zuteilung entsprechend den größten Bedürfnissen. Die Häuser werden dann zu niedrigen Preisen an die Mitglieder der UBPC verkauft — 1800 Pesos verteilt auf 20 Monate. Aber wenn ein Mitglied die Genossenschaft verläßt, verliert es auch das Haus.

Inmitten der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Cuba ist dies für viele die beste Möglichkeit, eine Wohnung zu bekommen.

Mehr Arbeitskräfte auf den Feldern

Auf was jetzt La Esperanza ist, waren »43 caballerías [1419 acres] Zuckerrohrfelder in schlechtem

Zustand, gepflegt nur von neun Landarbeitern,« sagte Corcho. »Außerdem niemand arbeitete gut, weil sie dasselbe Geld erhielten, ob sie nun zwei Stunden arbeiteten oder acht.«

Corcho sagte, daß es eine wachsende Knappheit von Landarbeitern gab, was durch die UBPCs in dem Gebiet geändert wurde. Es gibt jetzt 43 Arbeiter in La Esperanza anstatt von neun. »Jetzt verbessern wir den Zustand der Felder,« sagte sie. Corcho und andere Genossenschaftler sagte, daß keine qualitativ größere Ernte in diesem Jahr aufgrund der Reorganisation erwarten. Sie hoffen, daß sich die Ergebnisse im Jahr 1995 zeigen werden.

Die UBPC bezahlt auch jedwede zusätzliche Arbeitskräfte, die sie beschäftigen. Das hat dazu geführt, daß die kurzfristigen Mobilisierungen weniger gefragt sind, da die Genossenschaften Kosten sparen wollen.

Mehrere Genossenschaftler sagten uns, daß sie keine freiwillige Arbeitsmobilisierungen von städtischen Arbeitern oder Studenten haben wollen, weil das viel kostet und weil die meisten der Freiwilligen keine Erfahrungen haben.

Trabajadores berichtete, daß in der Provinz Havanna ungefähr 6000 Leute weniger für die Ernte in diesem Januar mobilisiert wurden, als in der gleichen Zeit 1993.

Niedergang der freiwilligen Brigaden

Die vierzehntägigen freiwilligen Landwirtschaftsbrigaden wurden 1991 und 1992 vermehrt eingesetzt, um der zunehmende Lebensmittelknappheiten zu entgegnen. Die Organisation dieser massiven Mobilisierung trug zunächst den Schwung der Berichtigungskampagne mit sich. Hunderttausende von Studenten, Arbeitern und Akademikern schlossen sich diesen Brigaden an, um beim Pflanzen, Ernten und anderen Arbeiten zu helfen.

Im ersten Stadium dieses Prozesses, so hatten viele Freiwillige berichtet, bewirkten die Arbeitsbrigaden höhere Produktion von Gemüse und Obst und daraus resultierend ein gestiegenes Selbstbewußtsein, das Nahrungsmittelproblem lösen zu können.

Mehrere Leute jedoch, die wir interviewten, sagten, daß mit der Zeit die massiven freiwilligen Arbeitsmobilisierungen weitgehend zu einem weiteren administrativen Mittel geworden

waren, bürokratisch aufgestellte Pläne auf Staatsgütern zu erfüllen — nicht ein Hebel, um das Bewußtsein, die Führung und die Organisation der Arbeiter in einem demokratischen und proletarischen Sinne zu verändern.

»Vorher benutzten Verwalter von Staatsgütern große Mengen von Leuten, die als Freiwillige kamen, um die sinkende Effizienz der Staatsgüter auszugleichen,« sagte Sergio Lamote, Sekretär der Kommunistischen Partei im Agroindustriellen Komplex Guillermo Moncada.

Das Fehlen einer ernsthaften Führung von Seiten vieler der Verwalter auf den Staatsgütern, fügte Lamote hinzu, brachte Desorganisation und Verschwendung mit sich und bewirkte die Demoralisierung vieler Freiwilliger.

Mehrere Mitglieder der UBPC und andere, die an landwirtschaftlichen Mobilisierungen teilgenommen hatten, hatten ähnliche Beobachtungen mitgeteilt.

Im Gebiet um die Stadt Güines z.B., 50 Meilen außerhalb von Havanna, haben Freiwillige ohne etwas zu tun zu haben auf den Feldern gesessen, manchmal für einen ganzen Tag, nachdem sie den Kohl oder andere Früchte gepflückt hatten. Mangel an politischer Führung führte zur Desorganisation. Die Lastwagen, die den Kohl aufladen sollten, kamen einfach nicht, und häufig nicht wegen Treibstoffmangel oder mechanischer Probleme. Die Produkte verrotteten auf den Feldern und viele Stunden Arbeit wurden unnötig vertan und die Freiwilligen damit demoralisiert.

Castro pries jedoch die Leistungen der Mitglieder der Kontingente in seiner Rede am 7. November. »Die Kontingente und die Gruppen für die 14-tägigen Einsätze haben eine gewaltige Arbeit in der Landwirtschaft vollbracht, eine gewaltige Arbeit!« sagte er.

»Das Lebensmittelprogramm war eine bewundernswerte Anstrengung. Mehr als eine Million Bewohner von Havanna haben für kurze Perioden in den vergangenen eineinhalb Jahren in der Landwirtschaft gearbeitet,« sagte er. »Es ist angemessen, dies zu erklären, weil einige Leute fragen, ob die Kontingente in der Landwirtschaft erfolgreich waren.«

Die Debatte über die Rolle der freiwilligen Arbeitsbrigaden und Kontingente bleibt eine vitale Frage, die in vielen Interviews immer wieder auftauchte. Wie Castro in seiner Rede zum

20. Todestag von Ernesto Che Guevara, einem der zentralen Führer der cubanischen Revolution, am 20.10.1987 erklärte, waren viele Technokraten immer gegen massive Mobilisierungen zur freiwilligen Arbeit. »Die Bürokraten, die Technokraten,« sagte Castro, »halten die freiwillige Arbeit weder für grundlegend noch für wesentlich. ... Deren Idee war, daß freiwillige Arbeit lächerlich ist, eine Zeitverschwendung.«

Viele Ökonomen und Verwalter denken heute, daß die freiwilligen Arbeitsbrigaden, ob auf dem Bau, in der Landwirtschaft oder sonstwo, immer eine Abweichung waren.

Aber andere, mit denen wir gesprochen hatten, betonten das Gegenteil, wie Castro es in seiner Rede vom 7. November tat.

»Jetzt schließen sich viele Tausend von Mitgliedern der Kontingente, die überwältigende Mehrheit, freiwillig und enthusiastisch den Grundeinheiten der genossenschaftlichen Produktion an,« sagte Castro.

Alle diese Ansichten sind Teil einer realen Debatte in Cuba heute über den kommunistischen Weg und wie man die Revolution weiterführen kann.

Gegensätzliche Perspektiven

Jorge Domínguez, ein US-Cubaner, der an der Harvard Universität lehrt und gegen die Revolution ist, drückte dem Miami Herald¹ gegenüber seine Hoffnung aus, daß die Bildung der UBPC »der erste Schritt auf dem Weg zur Privatisierung der staatlichen Landwirtschaft« ist. Die Ansicht wird von mehr als nur wenigen auch in Cuba geteilt.

Domínguez verwies auf die Tatsache, daß der Boden weiterhin nationalisiert ist, als ein ernsthaftes Hindernis gegen diese Perspektive. »Wenn man den Boden nicht als Eigentum haben kann, wenn man ihn nicht aufteilen kann, wenn man ihn dem Staat verkaufen muß, dann werden die Änderungen nicht wirklich radikal sein,« sagte er der Washington Post.

Mitglieder der UBPC, mit denen wir sprachen, hatten eine andere Ansicht. Gefragt, ob die Tatsache, daß die Mitglieder der Genossenschaft nun Eigentümer ihrer Produkte sind, ihre Ansichten von sich selbst veränderten, antwortete selbst der frisch gewählte Manager von La Esperanza, Gualberto Hernández, ganz entschieden: »Wir sind Arbeiter, keine Eigentümer.«

»Es hat sich nichts verändert,« fügte Urbano Ferrer Sarmiento, ein Erntemaschinenfahrer hinzu, als er von seiner Arbeit auf den Feldern zurück kam.

Jesús Sacerio Vidal hingegen, ein Verwalter in dem staatlichen Komplex Guillermo Moncada, verwies auf diese Haltung als ein Problem. »Die Tatsache, daß sie sich weiterhin als Arbeiter betrachten und von Löhnen sprechen ist ein Anzeichen für die Probleme, die noch vor uns stehen,« sagte er.

Die meisten Arbeiter in den UBPCs La Esperanza und 12. November sehen diese Reorganisierung als eine Chance, demokratische Kontrolle zu gewinnen über die Entscheidungen zu Arbeitsorganisation und wie man die Produktivität steigern und Verschwendung verhindern kann.

»Jetzt haben die Arbeiter viel mehr Kontrolle über die Produktion,« sagte Ernesto Rodríguez, ein Mitglied von La Esperanza. »Die Genossenschaften führen zu einer Verminderung des Verwaltungspersonals.«

1Dieser Artikel ist übersetzt aus The Militant Nr. 15 vom 18. April 1994. The Militant ist eine internationale Wochenzeitung, die in New York erscheint. Unverbindliche Probeabonnements von 12 Wochen kann man für 15 DM beziehen über: Lüko Willms, Nußzeil 54, D-60433 Frankfurt/Main, Tel. (069)529208, Fax (069)519886, Konto 94327-600 bei Postbank Frankfurt/M, BLZ 50010060.

2UBPC = Unidad Basica de Produccion Cooperativa

3La Esperanza heißt auf deutsch »Hoffnung«

4Tageszeitung in Miami, Florida, USA.



Carlos Tablada in München

Am 8. April 1994 fand im Gewerkschaftshaus in München eine Veranstaltung mit dem cubanischen Ökonomen Carlos Tablada statt, dem langjährigen ökonomischen Leiter eines Staatsbetriebes und Professor für Philosophie der Universität Havanna. Als sein bekanntestes Werk gilt »Che Guevara: Ökonomie und Politik beim Übergang zum Sozialismus«.

Zunächst ging Carlos Tablada auf die konkreten Auswirkungen der gegenwärtigen ökonomischen Krise Cubas ein. So fehlen beispielsweise 280 Erzeugnisse des täglichen Bedarfs (Seife, Spülmittel usw.) ein öffentlicher Nahverkehr besteht praktisch nicht mehr, Stromabschaltungen von bis zu 16 Stunden pro Tag sind nicht selten. Die cubanische Bevölkerung kämpft nicht nur mit dem Problem der Rohstoffknappheit, sondern mit einer latenten Unterernährung.

Als einen der Gründe für die Situation auf Cuba heute, führte Carlos Tablada zunächst die cubanische Wirtschaftsstruktur an, die zu einem hohen Maße von Außenhandel abhängig sei. War es vor der Revolution hauptsächlich die Abhängigkeit von den USA, so war es nach der Revolution die Abhängigkeit von der Sowjetunion. Diese Abhängigkeit sei trotz der Entwicklung neuer Wirtschaftszweige wegen der Blockade durch die USA und die Logik des RGW-Blocksystems gestiegen. Die cubanische Gesellschaft habe es versäumt, Gelegenheiten für eigenständige Entwicklungen zu nutzen. So habe man sich auf dem Gebiet der Landwirtschaft zum Beispiel nicht unabhängig gemacht.

Erst als zweiten Grund nannte Carlos Tablada den Zusammenbruch des Sozialismus. Der Warenaustausch mit der Sowjetunion, mit der noch 1989

85% der gesamten cubanischen Handelsbeziehungen bestanden, sicherte Cuba den höchsten Standard in ganz Lateinamerika. Es kamen 98% der Brennstoffe, 65% der Nahrungsmittel, 80% der Maschinen, 70% der Leichtindustrieerzeugnisse und 80% der Rohstoffe für die Industrie aus der Sowjetunion.

Als dritter und letzter Grund erst wurde die Blockade durch die USA erwähnt. Bei der Diskussion, die im Anschluß an den Vortrag stattfand, bekräftigte Carlos Tablada noch einmal, daß er in der genannten Reihenfolge auch eine Prioritätenfolge der Gründe sieht.

Daß Cuba trotz aller Schwierigkeiten weiterexistiert, verdankt es Carlos Tablada's Meinung nach, einer selbständig ohne ausländische Hilfe durchgeführten Revolution und einer 1980 begonnenen Korrekturphase, deren Maßnahmen gegen die Korruption und die Privilegien der Bürokratie gerichtet sind. Er stellt dabei historisch die alte Kommunistische Partei Cubas einer anderen marxistischen Denkströmung gegenüber, deren Hauptvertreter Fidel Castro und Che Guevara sind. Während die erstgenannte Strömung das gesellschaftliche Modell der Sowjetunion kopieren wollte, stehe die zweite Denkströmung für einen Weg, der eine intensive Teilnahme der Bevölkerung bei der Entwicklung des

Sozialismus vorsehe und vor den bürokratischen Verkrustungen des sowjetischen Systems warnte.

Beide Denkströmungen existierten in den 70er Jahren parallel zueinander, mit einem Übergewicht der prosovietischen Strömung. Diese sei denn auch verantwortlich für die niedrige Effektivität der Wirtschaft und das Versäumnis, mit den Ressourcen die aus der Sowjetunion kamen, eigene Strukturen aufzubauen, um eine größere Unabhängigkeit vom Außenhandel zu erlangen. ★

Eine wichtige Maßnahme der Korrekturphase sieht Carlos Tablada in der Wiederbewaffnung der Volksmilizen 1981. Das Volk sei nun wieder bereit und in der Lage, für sich selbst zu kämpfen. Er sieht heute bessere Möglichkeiten, den Sozialismus zu verteidigen als vor 15 Jahren. Damals ging es dem cubanischen Volk zwar so gut wie nie, doch seien kapitalistische Maßnahmen im Namen des Sozialismus eingeführt worden und das Volk nicht mehr mobilisierbar gewesen. Heute dagegen würde gesagt, wenn kapitalistische Maßnahmen eingeführt werden. Abschließend machte er jedoch darauf aufmerksam, daß das Maß des Fortschrittes vom Imperialismus diktiert werde.

Nach einer kurzen Pause stellte sich Carlos Tablada den Fragen der Zuhörer. Diese richteten sich natürlich hauptsächlich auf die von der cubanischen Regierung durchgeführten Maßnahmen, wie zum Beispiel die Möglichkeit zur Bildung von Joint Ventures und ihre Auswirkungen auf die cubanische Gesellschaft. Auf die etwas absurde Frage, ob die Blockade nicht auch eine Chance für Cuba böte, wußte Carlos Tablada zu antworten, daß Cuba ohne die Blockade 40 MRD \$ gespart hätte. Er sieht aber eine Gefahr darin, die gesamte Schuld für die jetzige Situation auf die Blockade zu schieben, anstatt zu sehen, daß die Gründe hauptsächlich bei internen Problemen zu suchen sind.

Auf die Joint Ventures angesprochen, machte er deutlich, daß es für den cubanischen Staat mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, westliche Waren zu bekommen bzw. eigene Waren im Westen abzusetzen. Es sei unbestreitbar, daß Joint Ventures negative Auswirkungen auf die cubanische Gesellschaft haben und die soziale Ungleichheit verstärkt werde, doch sei das der Preis dafür, daß man nicht am Hunger sterbe. Die Ungleich-

heit sei nicht selbst geschaffen, sondern durch die Krise bedingt, deren Gefangene sie seien. Man wähle die kapitalistischen Partner allerdings nach eigenen Interessen aus, und kein Privatmann könne auf cubanischer Seite beteiligt sein, sondern entweder der Staat oder die Gewerkschaften.

★ Er hob besonders hervor, daß die cubanische Regierung nicht mit repressiven Entscheidungen auf die Krise reagiert habe, sondern im Gegenteil die Bürokratie an Macht verloren habe und das gesamte Volk mit in den Entscheidungsprozeß eingebunden sei. So haben bisher 80.000 Versammlungen unter der Führung der Gewerkschaften (nicht der Regierung) stattgefunden. Die Ergebnisse der Diskussionen sind der Nationalversammlung übergeben worden.



Joachim Berner
Fotos: Ildana Blüml



Konferenz: Nation und Emigration

Grundgedanken und Ergebnisse:

(Quelle: Cubanische Botschaft)

- Das Entscheidendste ist vielleicht die Vereinbarung, diese Art von Zusammentreffen zu institutionalisieren. Damit wird die Kontinuität der dort behandelten Fragen sichergestellt, ebenso auch im Hinblick auf andere Punkte, die sich im Verlauf der Beziehungen ergeben können.
- Das cubanische Außenministerium hat beschlossen, eine spezielle Abteilung für die Angelegenheiten einzurichten, die die im Ausland lebenden CubanerInnen betreffe. Diese Entscheidung hat eine deutlich politische Dimension.
- Die cubanische Regierung hat angekündigt, daß sie gegenüber Washington ihr Interesse an der Eröffnung eines Konsulates in Miami zum Ausdruck bringen wird.
- Es ist vereinbart worden, jungen CubanerInnen, die im Ausland leben, die Möglichkeit zu einem Studium an cubanischen Universitäten einzuräumen, sofern sie die dazu noch festzulegenden Gebühren bezahlen.
- In Cuba soll eine Zeitschrift mit Themen herausgebracht werden, die vornehmlich im Ausland lebende CubanerInnen ansprechen sollen.
- Die Bestimmung, daß erst fünf Jahre nach der Ausreise wieder ein zeitlich begrenzter Besuch der Insel möglich ist, wird aufgehoben. Diese Voraussetzung bleibt jedoch für diejenigen weiterbestehen, die das Land nicht auf regulärem Wege verlassen haben.
- Die Verpflichtung für vorübergehende BesucherInnen, eine Hotelreservierung im Rahmen einer Pauschalreise nachzuweisen, wird aufgehoben, da die meisten lieber bei ihren Familien übernachten.

Verlag Freies Buch Neuerscheinung

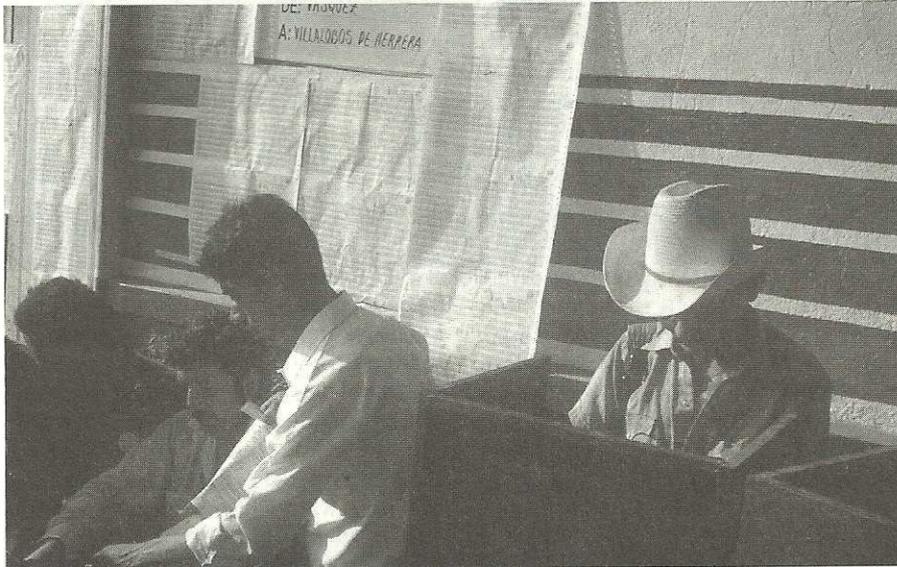
Carlos Lage Dávila
Wir stellen uns
der Herausforderung

Carlos Lage Dávila, Abgeordneter der Nationalversammlung und Sekretär des Exekutivkomitees des Ministerrates, ist einer der jungen Führungskader Cubas. 1992 gab er Mario Vazquez Raña von der Zeitung „El Sol de Mexico“ ein Interview über die heute zentralen Fragen der cubanischen Revolution: das Torricelli-Gesetz und seine Auswirkungen auf das Leben in Cuba, die Bedeutung der Wahlen, die Demokratie und die Frage der Zulassung mehrerer Parteien, Zerfall der Systeme in den osteuropäischen Ländern und die Konsequenzen, die die cubanische Führung und das Volk von Cuba daraus ziehen, die Schritte zurück zum Kapitalismus, die Cuba zu gehen gezwungen ist – und immer wieder im Mittelpunkt: das Verhältnis von Ökonomie und Politik, von Volksmacht und Wirtschaft auf Cuba.

Autorisierte deutsche Ausgabe.
58 Seiten DM 4,50

Verlag Freies Buch
Tulbeckstr. 4, 80339 München
Telefon/Fax: 089/5026499

Wahlen in Lateinamerika - Eine Perspektive für die Linke?



El Salvador 20. 3. 94

Parlatino verteidigt die Ein- beziehung Cubas bei dem Gipfel- treffen der Amerikanischen Staaten

Sao Paulo, Brasilien,
am 23. April, IPS.

Der Präsident des Lateinamerikanischen Parlamentes, der Venezolaner Humberto Celli, verteidigte die Teilnahme Cubas am Gipfeltreffen der Amerikanischen Staaten, das im nächsten Dezember in Miami stattfinden wird.

»Cuba muß schon deshalb anwesend sein, weil es ein wesentlicher Bestandteil Lateinamerikas ist.« erklärte Celli vor der Presse.

Der venezolanische Senator versicherte, daß keine Politik für diese Region Cuba ausschließen könne, auch wenn dies »nicht ausschließe, einen ständigen Druck auf die Regierung von Fidel Castro auszuüben, damit eine politische Öffnung eintrete, die das freie Auftreten verschiedener Parteien und eine offene Wirtschaft erlaube,« wie er ausführte.

Der Gipfel der Amerikanischen Staaten, der von Präsident Bill Clinton für Dezember in Miami einberufen wurde, wird »eine gute Gelegenheit bieten, daß die Vereinigten Staaten verstehen, daß ihre Rolle auf dem Kontinent eine andere ist, als die eines Vor-

mundes, der manchmal auf die Gewalt zurückgreift,« sagte Celli.

»Das Fortbestehen der USA als Großmacht selbst hängt ab von einem Lateinamerika, das ökonomisch, sozial und politisch gesund ist,« führte er aus.

Das Lateinamerikanische Parlament bot an, seinem ständigen Sitz in Sao Paulo, den Tagungsort für das vierte Regelmäßige Zusammentreffen auf Kanzlerebene der Rio-Gruppe mit der Europäischen Gemeinschaft.

In seiner Rede vor den versammelten Kanzlern, forderte Celli erste Priorität für das Problem der Armut in Lateinamerika.

»Die Wechselwirkung zwischen der Armut, dem Bevölkerungswachstum und der Zerstörung der Umwelt« hat ihre Ursache in »ökonomischen Einbrüchen, politischen Unruhen, Rückschlägen in der Demokratie und Instabilität,« die die gewählten Regierungen in Lateinamerika und der Karibik bedrohen, fügte er hinzu.

Es existiert eine deutliche Gefahr, daß ein Klima sich auszubreiten beginnt, das günstig ist für einen Rückkehr der Diktatoren und Demagogen.

(AdSp msw)

In diesem Jahr finden in vielen Ländern Lateinamerikas wichtige Präsidentschaftswahlen statt. Ehemalige Befreiungsbewegungen und linke Oppositionsparteien, die früher Wahlen aus begrifflichen Gründen ablehnten, haben heute die Hoffnung, dem gescheiterten Neoliberalismus an der Wahlurne eine Absage zu erteilen und sich eine fette Scheibe von der formalen Macht in Parlamenten und Regierung abzuschneiden.

Ein Wahlsieg der Linken ist bei der langen Tradition des Wahlbetrugs, die es in vielen Ländern Lateinamerikas gibt, keineswegs so sicher. Jedoch auch eine linke Regierung wird an der wirtschaftlichen Misere ihrer Länder vermutlich nur wenig ändern können. Desweiteren gibt es in den Ländern Lateinamerikas starke Unterschiede hinsichtlich der Wahlprozesse und in Bezug auf die Organisierung der Linken. Im folgenden werden ich meine Eindrücke vom Regierungswechsel in Honduras, von den Wahlen in El Salvador und den Umwälzungen in Mexiko berichten.

Regierungswechsel in Honduras

Im traditionellen Zwei-Parteien-System von Honduras kam es im Januar zum routinemäßigen Regierungswechsel. Die Nationale Partei verlor vor allem deshalb, weil sie ihre Regierungszeit dazu benutzt hatte, sich schamlos auf Kosten der Bevölkerung persönlich zu bereichern. Außerdem hätte ein Wahlsieg ihres erzkonservativen Kandidaten eine Rückkehr zu den Verhältnissen der Militärdiktatur Anfang der 80er Jahre bedeutet.

Der neue Präsident Reina von der Liberalen Partei gilt als Modernisierer mit sozialdemokratischer Tendenz. Für seine angekündigte »moralische Revolution« gibt es bei hoher Auslandsverschuldung und mit abgewirtschafteten Staatsbetrieben jedoch nur wenig Spielraum. Außerdem fehlt es ihm an Rückhalt in seiner eigenen Partei, die von einer mächtigen Bankier- und Unternehmerfraktion dominiert wird. Auch zwei weitere Regierungsziele - die Einrichtung eines freiwilligen Militärdienstes und die zivile Kon-

trolle der Polizei - dürften sich schwer umsetzen lassen. Auf sein Verbot der Zwangsrekrutierung antwortete die Armeeführung lapidar, dann müßten die bereits rekrutierten Soldaten halt solange dienen, bis sich Ersatz findet. Das neue linke Parteienbündnis kam nicht einmal ins Parlament.

★ Von ihrer Zerschlagung Anfang der 80er Jahre, als Honduras von den USA zum Bollwerk gegen den »Kommunismus« in den Nachbarländern aufgebaut wurde, hat sich die Linke nie erholt. Außerdem identifiziert sich ein Teil der Bauernschaft, die Anfang der 70er Jahre von einer partiellen Agrarreform profitierte, weiterhin mit der Liberalen Partei.

Die Volksbewegungen befinden sich jedoch seit dem Regierungswech-



Reina: Freiwilliger Militärdienst
Armeechef: Freiwillig nur der Kino-Besuch

sel im Aufwind. Jede Woche wird zum Parlament demonstriert und die Abschaffung des Zwangsmilitärdienstes gefordert. In der Maquila-Industrie (Teilfertigungsfabriken v.a. im Textilbereich mit einem hohen Anteil an Frauenarbeit) gibt es Betriebsbesetzungen, um die Anerkennung von Gewerkschaften zu erkämpfen. LandarbeiterInnen nehmen sich massiv Ländereien, die ihnen seit Jahren vom staatlichen Agrarinstitut versprochen wurden. Die Kooperativenverbände und indianischen Organisationen fordern vom Landwirtschaftsministerium eine Änderung des Agrarmodernisierungsgesetzes von 1992, das u.a. die freie Verkaufsmöglichkeit für kollektiven Landbesitz vorsieht.

Ende Januar schlossen sich vier wichtige Gewerkschafts- und Campesinodachverbände zur »Ersten Nationalversammlung der honduranischen Volksbewegung« zusammen. Diese warnte in ihren Resolutionen davor, sich falsche Hoffnungen über die neue Regierung zu machen. Die wirtschaftliche Lage des Staates, die Verpflichtungen gegenüber der internationalen Organisationen und den wirtschaftlich Mächtigen des Landes werde die Regierung ohne Zweifel dazu bringen, neue Wirtschaftsadjustierungen vorzunehmen.



Vor einem Wahllokal in El Salvador

Wahlen in El Salvador

Die Wahlen am 20. März markierten einen wichtigen Höhepunkt des ins Stocken geratenen Friedensprozesses. Die ehemalige Befreiungsbewegung FMLN und die rechte Regierungspartei ARENA buhlten um die Gunst der wenigen Stimmberechtigten. Der Wahlsieg von ARENA war vorhersehbar: Zu stark waren die Propagandamaschine von ARENA und die Manipulationen der Regierung am WählerInnenregister, während des Urnengangs und bei der Auszählung.

Die FMLN wurde zweitstärkste Fraktion im Parlament und erreichte eine Stichwahl für die Präsidentschaft am 24. April. Dies war jedoch kein wirklicher Erfolg für die FMLN, da sie noch einmal einen teuren Wahlkampf führen mußte und es ihr diesmal auch nicht gelang, die Manipulationen zu verhindern. Die Vereinten Nationen als Garanten des Friedensprozesses hatten kein Interesse daran, die Wahlen anzufechten, da sie El Salvador als Erfolgsbeispiel in ihren anderswo gescheiterten internationalen Missionen benötigen.

Der neue Präsident Armando Calderón Sol von der ARENA-Partei läßt nichts Gutes für den Friedensprozeß hoffen. Er beabsichtigt, die verschleppte Landumverteilung an ehemalige FMLN-Guerilleros/os zu stoppen. Außerdem will er die restlichen Einheiten der alten Nationalpolizei - die Hauptverantwortlichen der jüngsten Menschenrechtsverletzungen - mit der neuen zivilen Polizei verschmelzen. Auch die Todesschwadronen können sich unter ihrem alten Freund und Helfer Armando Calderón ermutigt fühlen.

Ein weiterer Grund für den Wahlsieg von ARENA liegt in der Uneinig-

keit innerhalb der FMLN sowie mit den beiden Bündnispartnern, was sich vor allem bei den Bürgermeister- und Parlamentswahlen fatal auswirkte. Die »Tendencia Democratica« denkt bereits daran, die FMLN zu verlassen und eine weitere Linkspartei zu gründen. An der Basis der FMLN macht sich Enttäuschung breit, nicht nur weil ihr Präsidentschaftskandidat Rubén Zamora das Blaue vom Himmel versprach. Die Landumverteilungen, Kernstück des Friedensprozesses, haben sich in bürokratischen Mühlen verstrickt. Während einige Kooperativen der Ex-Guerilleros/os große Kredite und Hilfen aus der EG erhielten - z.B. für den Bau eines riesigen Kaffee-Beneficios -, so haben andere noch nicht einmal die zugesagten Kredite für den Landerwerb und Hausbau erhalten.

Die FMLN kann andererseits dankbar sein, nicht die Präsidentschaft gewonnen zu haben, denn sie hätte bald unpopuläre Maßnahmen ergreifen müssen, was die Spanne zwischen Führung und Basis noch mehr vergrößert hätte. Aber auch in der Opposition sind ihre Möglichkeiten beschränkt, da die Rechtsparteien im Parlament dank der vielfältigen Manipulationen die Mehrheit errungen haben.

Der Wahlkampf und die Wahlen haben der FMLN sehr viel Zeit und Kraft gekostet, Aktionen wie die Besetzung des Finanzministeriums durch protestierende StudentInnen und Hochschulangestellte vier Tage vor der Wahl waren eher die Ausnahme. Nach den Stichwahlen können sich FMLN und Volksorganisationen endlich wieder verstärkt anderen wichtigen Aufgaben zuwenden. Wenn es der FMLN gelingt, die inneren Unstimmigkeiten zu überwinden, wird sie den Roll Back im Friedensprozeß aufhalten können.

Umwälzungen in Mexiko

Ende 1995 hatte es sich der mexikanische Präsident Salinas so schön ausgedacht: Nach dem erfolgreichen Abschluß des Freihandelsabkommens mit den USA und Kanada (NAFTA) wollte er als graue Eminenz mit Hilfe seiner »Marionette« Colosio weiterregieren, um sein neoliberales Projekt zu vollenden. Dieser Plan wurde vom zapatistischen Aufstand der EZLN durchkreuzt, der die Forderungen nach einer Demokratisierung von ganz Mexiko und einer Agrarreform in Chiapas auf die oberste Tagesordnung brachte. Um die Art, wie mit dem Aufstand umzugehen sei, entwickelten sich heftigste Flügelkämpfe in der seit Jahrzehnten regierenden Partei der institutionalisierten Revolution (PRI). Am wenigsten geeignet, das Problem aus Chiapas zu lösen, war der farblose »Kronprinz« Colosio, der zudem noch verantwortlich war für das Desaster

kündet noch kurz vor seiner Ermordung, daß Mexiko jetzt bereit sei, internationale Beobachter für die Wahlen im August zuzulassen - was eine Verarschung ist, wo nicht einmal El Salvador bei viel längerer Vorbereitung ganz mit Beobachtern abgedeckt werden konnte. Auf der Wahlkampfveranstaltung in Tijuana schaffen die Bodyguards extra Raum, damit die Mörder ihre tödlichen Schüsse auf Colosio abgeben können. Ein Tag später verkündet Salinas den Eintritt Mexikos in die Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, ein erlauchter Kreis der Industriestaaten (sic!).

Trotz kleiner Zugeständnisse der PRI ist es mehr als fraglich, ob es der zapatistischen Aufstandsbewegung und den Oppositionsparteien noch gelingen wird, umfassende Konditionen für faire Wahlen auszuhandeln. Ohne einen Wahlbetrug wird die PRI trotz eines gewissen Colosio-Sympa-

germaßen stabile und demokratische Verhältnisse in Mexiko benötigt. Aber die US-Regierung, die auch vom Aufstand in Chiapas völlig überrascht wurde, hat keinen Plan, wie es in Mexiko weitergehen wird. Um so größer sind die Chancen der EZLN und der linken Oppositionsparteien, an der Zukunft Mexikos ein gewichtiges Wort mitzureden zu können. Dabei gehören die Demokratisierung Mexikos und die Lösung des sich im Zuge des NAFTA verschärfenden Landproblems zu den wichtigsten Zielen. ★

Fazit

So wie es sich die linken Parteien Lateinamerikas auf ihren Sao-Paulo-Nachfolgetreffen vorgestellt haben, scheint sich ihre »Machtübernahme via Wahlen« nicht zu ereignen. In El Salvador, wo mit der FMLN und einer starken Volksbewegung die besten Voraussetzungen dafür bestanden, haben sich diese Erwartungen nicht erfüllt. Wenn aber die Wahlperiode nicht nur für eine kurzfristige Mobilisierung sondern auch zur tieferen Organisierung genutzt wurde, dann könnte es der FMLN und der Volksbewegung gelingen, die Krise im Friedensprozeß zu überwinden.

Die Abwahl einer neoliberalen Regierung wie in Honduras ist immer ein freudiges Ereignis. Da jedoch in Honduras kein wesentliches linkes Projekt besteht, waren an diese Wahlen von den Sao-Paulo-Linken keine Hoffnungen geknüpft. Der erhebliche Auftrieb der Volksbewegung seit Regierungswechsel ist eine andere positive Entwicklung. Die Vorsicht gegenüber der neuen Regierung zeugt von einer eher kritischen Haltung in Bezug auf zuviel Wahlhoffnungen.

In Mexiko ist es in erster Linie der bewaffneten Aufstandsbewegung - und nicht einer linken Oppositionspartei - zu verdanken, daß der Zerfall der PRI-Diktatur voranschreitet. Von der Demokratisierung Mexikos werden alle Oppositionsparteien (linke wie rechte) profitieren. Für die EZLN gehört zu einer Demokratisierung jedoch mehr als faire Wahlen. Ein erneuter Wahlbetrug der PRI im August könnte der Anlaß für einen weit aus größeren bewaffneten Aufstand sein, der dann nicht mehr auf Chiapas begrenzt bliebe.

Wir danken dem El Rojito Info 4/94 für die Erlaubnis zum Abdruck.



Demonstration zu Chiapas.

16. 1. 1994 Guadalajara / Mexico

mit dem nationalen Solidaritätsprogramm, das lediglich die lokalen PRI-Bonzen in Chiapas und anderswo bereichert hatte. Camacho Solis, ein Konkurrent Colosios um das Präsidentenamt, wurde von Salinas zum Verhandeln nach Chiapas geschickt und klaute Colosio so die Wahlkampfshow. Seitdem war die bevorstehende Beseitigung Colosios ein offenes Geheimnis.

Anfang März nach Beendigung der ersten Verhandlungen überschlugen sich erneut die Ereignisse: Zuerst wird der Chef der wichtigsten Finanzgruppe Mexikos entführt, was zu einer weiteren Destabilisierung von Salinas' neoliberalem Projekt führt. Unerwartet söhnt sich Colosio mit seinem Konkurrenten Camacho Solis aus und ver-

thie-Effekts nicht mehr gewinnen können, ihre Fähigkeit zur Manipulation stellte die PRI am 20. März bei den Wahlen im Bundesstaat Morelos - Heimat Zapatas und Hochburg der linken Opposition - zur Schau. Ein erneuter Betrug bei der Präsidentenwahl im August wird jedoch massive gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen PRI und Oppositionsparteien bedeuten.

Es wird gemunkelt, daß Salinas durch einen Selbstputsch, durch Verschiebung oder durch Annulierung der Wahlen nach gewalttätigen Auseinandersetzungen versuchen wird, seine Amtszeit zu verlängern. Dies dürfte jedoch weniger der US-Regierung gefallen, die im Zuge des NAFTAs eini-

Nachfolgendes Dokument wurde von der cubanischen Vertretung auf der Tagung der UN-Menschenrechtskommission Anfang März 1994 in Genf offiziell vorgelegt. Der Leiter der US-Interessenvertretung in Havanna, von Journalisten nach der Echtheit dieses offenbar aus seinem Hause stammenden Schriftstücks befragt, hatte zur Antwort darauf nur zwei Worte zu sagen: »No comment.«



Nicht amtliche Übersetzung

STRENG GEHEIM

Von: US-Interessenvertretung in Havanna
An: Sec. State, Washington
CIA
INS (US-Einwanderungsbehörde)

Datum: Januar 1994

Az.: H/18422/693-4

Betr.: Aktueller Stand des Programms für
kubanische Flüchtlinge

I. ÜBERBLICK

Bei der Bearbeitung der Visaanträge von Flüchtlingen treten nach wie vor wenig begründete Fälle auf. Ein Großteil der Anträge wird eher wegen der sich verschlechternden Wirtschaftslage gestellt denn aus echter Angst vor Verfolgung. Für die Beamten der US-Interessenvertretung und die Mitarbeiter des INS sind besonders diejenigen Fälle problematisch, die von Menschenrechtlern vorgebracht werden, obwohl wir alles getan haben, um mit den Menschenrechtsorganisationen zusammenzuarbeiten, auf die wir eine stärkere Kontrolle bei der Ermittlung von tatsächlich durch die Regierung verfolgten Aktivisten ausüben. Die Menschenrechtsfälle bilden die am wenigsten fundierte Kategorie des Flüchtlingsprogramms.

Die von Mitgliedern der Menschenrechtsgruppen eingereichten Anträge zeichnen sich durch allgemeine, ungenaue Beschreibungen angeblicher Menschenrechtsaktivitäten und einen Mangel an stichhaltigen Beweisen für eine Verfolgung aus. Sie erfüllen für eine Aufnahme in das Programm nicht die grundlegenden Voraussetzungen.

In den letzten Monaten gab es immer wieder Beschwerden über falsche Angaben von Aktivisten bei der Antragstellung und den Verkauf von Zeugnisaussagen durch führende Menschenrechtler. Aufgrund des Mangels an stichhaltigem Beweismaterial haben die Beamten der US-Interessenvertretung und die Mitarbeiter des INS die Menschenrechtsfälle als diejenigen eingeschätzt, die in der Regel am ehesten Betrug nahelegen.

II. BEWERTUNG

Als die Zahl der politischen Gefangenen zurückging, begannen das State Department und der INS vor drei Jahren, gemeinsam eine Erweiterung der Kategorien zur Einstufung von Fällen im Rahmen des Programms für kubanische Flüchtlinge zu erarbeiten. Als neue Kategorie kamen die aus ihren Betrieben entlassenen Fachkräfte hinzu; des weiteren die Menschenrechtsaktivisten und die Angehörigen von verfolgten Religionsgemeinschaften. Dazu wurden Richtlinien zur Behandlung jedes einzelnen Falles aufgestellt, um eine faire Bewertung zu gewährleisten.

Bei späteren Besuchen von Vertretern des INS bemühte sich die US-Interessenvertretung gezielt, Fälle aus sämtlichen Kategorien aufzunehmen. Im Querschnitt gehörten dazu ehemalige politische Gefangene, Mitglieder von Religionsgemeinschaften, Menschenrechtsaktivisten und sonstige Fälle.

Wir wählen weiterhin nur solche Fälle für eine Vorauswertung aus, bei denen die größte Wahrscheinlichkeit für eine Anerkennung durch den INS besteht. Die Anerkennungen spiegeln die sorgfältige Analyse der Fälle und das gute Einvernehmen zwischen den Beamten der US-Interessenvertretung und der Besucher des INS wider.

Wenngleich sich die US-Interessenvertretung bemüht hat, diejenigen Fälle zu berücksichtigen, die die Aufnahmekriterien erfüllen, hat sie dennoch ihre Flexibilität bei solchen Fällen gewahrt, die vielleicht nicht allen Anforderungen genügen, für die Interessen der USA jedoch von Bedeutung sind.

Infolge der sich verschlechternden Wirtschaftslage versuchen neue Wirtschaftsimmigranten, das Flüchtlingsprogramm in Anspruch zu nehmen.

Die Ausweitung der Kriterien hat zu einer wachsenden Zahl von Antragsstellungen geführt.

Einige der reintegrierten politischen Gefangenen haben offen zugegeben, daß sie die Anerkennung als Flüchtling beantragen, um der sich verschlechternden Wirtschaftslage zu entgehen, und nicht, weil sie in ständiger Furcht vor Verfolgung und Schikane lebten. Andere sind offensichtlich von ihren erwachsenen Kindern dazu gedrängt worden, den Flüchtlingsstatus zu beantragen, dies in der Hoffnung, das Land mit ihren Eltern verlassen zu können. Die meisten der erwachsenen Kinder dieser älteren, häufig bereits pensionierten ehemaligen politischen Gefangenen erfüllen selbst nicht die Voraussetzungen für eine eigenständige Anerkennung als Flüchtling.

Bedauerlicherweise ist die Qualität vieler Anträge meist gering. Nur wenige der ehemaligen politischen Gefangenen, die jetzt als Flüchtlinge anerkannt worden sind, hätten in früheren Jahren diesen Status erhalten. Im Regelfall haben sie viel kürzere Strafen verbüßt als die ersten, die in das Programm aufgenommen wurden. Die meisten haben eine weniger bedeutende Rolle in konterrevolutionären Gruppen gespielt und eine politische Umerziehung durchlaufen, um ein geringeres Strafmaß zu erhalten. Später haben sie dann von ihren politischen Aktivitäten Abstand genommen, um sich in die kubanische Gesellschaft zu reintegrieren.

Ebenso ist eine bedeutende Zahl von Anträgen von Einzelpersonen eingegangen, denen der Versuch der illegalen Ausreise vorgeworfen wurde. Mit der Entpolitisierung der »illegalen Ausreise« durch die kubanische Regierung sind die Verurteilungen wegen dieses Delikts zurückgegangen. Der INS hat die Fälle von »illegaler Ausreise« gemeinhin als Fälle mit mangelndem politischen Hintergrund eingestuft.

Trotz der im allgemeinen geringen Qualität der Fälle - einschließlich der 1991 neu hinzugekommenen Kategorien - stützt sich die US-Interessenvertretung weiterhin auf Urkundenbeweise (d.h. legale Dokumente, Kündigungsschreiben, Entlassungspapiere aus dem Gefängnis), um eine Einstufung in das Flüchtlingsprogramm vorzunehmen. Dies ist jedoch bei den meisten Anträgen von Menschenrechtlern nicht der Fall.

Seit 1992 haben wir eine wachsende Zahl von Menschenrechtsfällen

festgestellt. Diese Steigerung geht jedoch nicht auf ein höheres Maß an Menschenrechtsaktivitäten, höhere Mitgliederzahlen oder eine verschärfte Repression seitens der Regierung zurück. Die meisten Fälle enthalten kaum einen stichhaltigen Beweis für eine Verfolgung und häufig nur minimale, wenig glaubwürdige Hinweise auf eine Beteiligung an Menschenrechtsaktivitäten.

In den Zeugenaussagen führender Menschenrechtler finden sich meist nur vage Beschreibungen von Menschenrechtsaktivitäten wie z.B. die moralische Unterstützung von Familienangehörigen politischer Gefangener. Diese Beschreibungen belegen deutlich das geringe Maß an Aktivitäten und die Konfrontationsvermeidung der meisten Menschenrechtsgruppen.

Darüber hinaus können in kaum einem Fall Hausdurchsuchungen, Verhöre, Festnahmen oder Inhaftierungen nachgewiesen werden. Meistens behaupten die Aktivisten, daß sie von der Staatssicherheit verfolgt werden, können jedoch selten einen angemessenen dokumentierten Beweis für ihre Aussagen erbringen. In einigen Fällen hat der Antrag-

STRENG GEHEIM

steller behauptet, Schikanen ausgesetzt gewesen zu sein, ohne daß eine Festnahme erfolgt sei. Den Beamten, die die Befragung durchführen, bleibt letztlich nichts anderes übrig, als sich auf die Aussagen der Aktivisten zu stützen.

Als allgemeine Tendenz ist ein Mangel an Beweisen dafür festzustellen, daß die Antragsteller tatsächlich Aktivisten sind. Damit steht diese Kategorie praktisch jedem offen, der sie beantragt. Junge Männer, die aufgrund des wirtschaftlichen Zusammenbruchs von 1989 einen illegalen Ausreiseversuch unternommen haben und dabei ertappt wurden, haben seitdem begonnen, Anträge als Menschenrechtsaktivisten einzureichen. Führende Menschenrechtler haben gegenüber Beamten der US-Interessenvertretung erklärt, sie seien sich bewußt, daß sich die meisten Mitglieder ihren Gruppen anschließen, weil sie sich davon Vorteile im Rahmen des Flüchtlingsprogramms verschaffen könnten.

Seit der Aufnahme der Menschenrechtsaktivisten als zusätzliche Kategorie haben wir eine flexiblen, großzügigen Umgang mit diesen Fällen gewahrt. Führende Menschenrechtler

wie Paula Valiente, die Aspillaga-Brüder und andere sind angemessen und rasch bearbeitet worden. Ähnlich wurde bei einfachen Aktivisten vorgegangen. In solchen Fällen, in denen die Beweise der Aktivisten wenig stichhaltig sind, ihr Engagement für die Vereinigten Staaten jedoch klar erwiesen ist, haben die für die Vorauswahl zuständigen Beamten im Zweifelsfall zugunsten des Antragstellers entschieden. ★

Der führende Vertreter einer Gruppe sagte aus, viele Personen hätten seine Organisation verlassen, als sie erfuhren, daß dort keine Zeugenaussagen für Mitglieder ausgegeben würden. Er beklagte sich darüber, daß Mitglieder ihn unter Druck gesetzt hätten, um dadurch stichhaltige Beweise für ihre Menschenrechtsaktivitäten zu bekommen.

Die letzten Besucher des INS sind wiederholt Zeugen von Betrug bzw. mutmaßlichem Betrug durch Menschenrechtsaktivisten geworden. Die US-Interessenvertretung hat daraufhin versucht, das Problem durch eine Überprüfung des internen Verfahrens zur Ermittlung schwerwiegender Menschenrechtsfälle in den Griff zu bekommen. Darüber hinaus hat sie sich mit führenden Vertretern der Menschenrechtsorganisationen getroffen, um die Ziele, die Mitgliederzahlen und andere Aspekte der wichtigsten Menschenrechtsgruppen zu ermitteln. Die US-Interessenvertretung beschränkte die Anerkennung von Zeugenaussagen aus Gruppen lediglich auf die Aussagen führender Vertreter, zu denen wir Vertrauen haben; dies in dem Bewußtsein, daß die frühere Spaltung der Menschenrechtsgruppen vermutlich zur Bescheinigung nicht autorisierter und betrügerischer Zeugenaussagen geführt hat.

Zu unserem Bedauern haben nicht einmal diese Schritte mutmaßlichen Betrug und gegenseitige bittere Vorwürfe der führenden Menschenrechtler verhindern können. Kurz vor dem Dezember-Besuch des INS beschuldigten Gustavo Arcos und Jesús Yanez vom Comité Cubano Pro-Derechos Humanos (Kubanisches Komitee für Menschenrechte) Aida Valdés, gefälschte Bescheinigungen verkauft zu haben. Aida Valdés wiederum wirft Arcos und Yanez ähnliche Praktiken aus Profitgier vor.

Diese Situation verstärkt die allgemeine Sorge hinsichtlich der Gefahr, sich auf Zeugenaussagen zu verlassen.

Aufgrund der tiefen Rivalitäten und internen Kämpfe zwischen den Menschenrechtsgruppen ist es schlichtweg nicht zu vermeiden, daß es zu den bestehenden Anschuldigungen wegen Betrugs kommt.

★ Prominente Aktivisten haben ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, daß ihnen das Flüchtlingsprogramm die wenigen engagierten Mitglieder entziehe, während es gleichzeitig zum Anziehungspunkt für Opportunisten geworden sei. Bei einem Treffen mit der US-Interessenvertretung und dem INS hat der Führer der Gruppe »Corriente Cívica«, Felix Bonne, das Flüchtlingsprogramm als »vorrangigen Bezugspunkt für zahlreiche führende Menschenrechtler und Menschenrechtsorganisationen« bezeichnet.

Die Verwicklung einiger der besten Menschenrechtler in Kuba in diese schwerwiegenden Anschuldigungen machen deutlich, daß unser Flüchtlingsprogramm zu einem Faktor der Spaltung und zunehmenden Auseinandersetzung für zahlreiche Menschenrechtsgruppen geworden ist, deren Führer fast schon von dem Programm besessen sind. Die US-Interessenvertretung ist sogar aufgefordert worden, den Menschenrechtsorganisationen eine formale Rolle im Flüchtlingsprogramm zuzugestehen.

Von den 225 Fällen, die dem INS im Dezember von der US-Interessenvertretung vorgelegt wurden, gaben 47 eine Beteiligung an Menschenrechtsaktivitäten an. Viele davon fielen

jedoch unter andere Kategorien, wie z.B. Fachkräfte, die aus ihren Betrieben entlassen worden waren, oder Personen, die versucht hatten, illegal auszureisen. Obwohl wir uns nach besten Kräften bemüht haben, mit den Menschenrechtsgruppen dahingehend zusammenzuarbeiten, daß nur die schwerwiegendsten Fälle vorgebracht werden, so wurde aus den Gesprächen deutlich, daß die meisten Fälle nicht stichhaltig waren.

STRENG GEHEIM

Von den 47 Menschenrechtsfällen gab lediglich einer an, wegen Menschenrechtsaktivitäten insgesamt mehr als 30 Tage innerhalb der letzten fünf Jahre inhaftiert gewesen zu sein, und selbst dieser konnte den Beweis für seine Festnahmen nicht erbringen. Die übrigen brachten meist nur Hausdurchsuchungen oder einige nicht dokumentierte Vorladungen zu Polizeidienststellen vor. Die meisten Aktivisten gaben lediglich vage Beschreibungen von ihrer Mitarbeit in Menschenrechtsgruppen, und schließlich wurden nur 19 Fälle anerkannt.

Obwohl der Anteil der Menschenrechtsfälle lediglich 20% aller Anträge ausmachte, lag ihr Anteil an den Ablehnungen bei über 50%. Die gesamte Ablehnungsquote betrug im Dezember 22%. Dieser Prozentsatz liegt zwar bedeutend höher als bei den früheren Besuchen des INS, hat jedoch den Vorteil, daß er im Ergebnis hoffentlich zu

einer Steigerung der Aktivitäten der Gruppen führt.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Angesichts des allgemeinen Rückgangs der Qualität von Fällen einschließlich derer der ehemaligen politischen Gefangenen, wird die US-Interessenvertretung intensiver an der Ermittlung der besten Fälle arbeiten müssen. Im Hinblick auf eine Unterstützung dieser Anstrengungen wird sie zusätzliche Änderungen bei der Bearbeitung der Fälle vornehmen.

Die bei der Bearbeitung der meisten Menschenrechtsfälle festgestellten Schwierigkeiten deuten auf die Notwendigkeit hin, daß die US-Interessenvertretung ihre enge Zusammenarbeit mit dem INS bei der Auswahl der schwerwiegenden Fälle fortsetzt.

Die US-Interessenvertretung wird jedoch ihren flexiblen Umgang mit Fällen beibehalten, die möglicherweise nicht alle Kriterien erfüllen, aufgrund ihres Charakters jedoch letztlich den US-amerikanischen Interessen von Nutzen sein können.

Mit Blick auf das ausdrückliche Interesse des CIA an dem Thema Menschenrechte sowie seine stärkere Einbindung in und seine verbesserten Kenntnisse über die verschiedenen Gruppen regen wir eine engere Zusammenarbeit mit der US-Interessenvertretung in Übereinstimmung mit unseren gemeinsamen Zielen an.

Sullivan



Der Kolumbien Rundbrief

informiert über Vorgänge und Entwicklungen in Kolumbien, über die Arbeit der Basis- und Menschenrechtsorganisationen und über die Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik.

Neben den aktuellen Berichten setzen wir uns in besonderen Schwerpunktausgaben mit bestimmten Themen auseinander: *Indianer- und Schwarzenbewegung in Kolumbien* (RB33, Mai 1994) *Jugend in Kolumbien* (RB Nr. 30/31, 8/93). *Die Guerillabewegung zwischen Friedensdialog und bewaffnetem Kampf* (RB Nr. 27, 8/92). *Frauen in Kolumbien - Kolumbianerinnen in der BRD* (RB Nr. 26, 4/92). *Die christlichen Basisgemeinden in Kolumbien* (RB Nr. 25, 12/91).

Der Kolumbienrundbrief erscheint mit 3 Ausgaben im Jahr und kostet im Abo 25.-DM. Bestellung durch Überweisung auf das Konto Nr. 500 660 000, Volksbank Nürtingen, BLZ 612 901 20 (Absender!) oder mit Briefmarken an:

Kolumbiengruppe e. V. Postfach 1347, 72603 Nürtingen, Tel.: 07022/36242, Fax: 07022/37270

Kennenlernangebot: für 10 DM gibt es zwei Ausgaben. Bitte ankreuzen !

o - ton

Companero Nelson Mandela
Präsident des Afrikanischen Nationalkongreß
und Präsident der Republik Südafrika

Werter Companero,

Mit tiefempfundener Freude hat das Cubanische Volk die Nachricht aufgenommen von der Bildung einer demokratischen Regierung in Südafrika, unter Einbeziehung von Menschen aller Hautfarben und unter Ihrer Führung. Das bedeutet das Ende einer Epoche von heftigen Kämpfen gegen die Rassentrennung auf der Südafrikanischen Landspitze. Unter diesem Vorzeichen stellt Ihre Wahl zum Präsidenten der Republik Südafrika, Genosse Mandela, in dem Prozeß der Umbildungen, die in diesem Lande durchgeführt werden, ein Ereignis von großer Tragweite dar.

Diese repräsentative Willensentscheidung Ihres Volkes verkörpert die Anerkennung Ihres unermüdlichen Kampfes um die Befreiung Südafrikas vom Apartheidssystem, das die schwarze Bevölkerung für mehrere Jahrzehnte in der Unterdrückung hielt. Ihr persönlicher Beitrag für die Sache der Gleichheit und Gerechtigkeit für Ihr Volk, stellt eine schöne und weltbewegende Seite in der Geschichte Ihres Landes und der Menschheit dar.

Wir wissen, daß Sie, der ANC, sowie die staatlichen Organisationen und die Gremien der Regierung vielfältige und schwierige Aufgaben vor sich haben. Aber wir vertrauen darauf, daß unter Ihrer Führung die Ziele der nationalen Einheit, des Friedens und des Wohlstands für Ihr Volk erreicht werden, die es Südafrika erlauben, kräftig voranzukommen und entschlossen den Platz in der internationalen Gemeinschaft einzunehmen, der ihm zusteht.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir zum Ausdruck bringen, daß wir mit der gleichen solidarischen und geschwisterlichen Verbundenheit, mit der wir den gerech-

ten Kampf des südafrikanischen Volkes gegen die Rassentrennung unterstützt haben, unsere Bereitschaft erklären, diplomatische Beziehungen mit der neuen Regierung aufzunehmen, und ihr unseren Beitrag und unsere Unterstützung in dieser neuen Etappe anbieten. ★

Companero Mandela, nimm diese brüderliche Umarmung und einen revolutionären Gruß entgegen, begleitet von unseren besten Wünschen für Erfolg bei der Erfüllung Ihrer neuen Aufgaben und für das Wohlergehen des geliebten südafrikanischen Volkes.

Unter Bezeugung meiner allergrößten Hochachtung,

Fidel Castro Ruz

Erster Sekretär der Kommunistischen Partei Cubas, Präsident des Staatsrates und der Regierung der Republik von Cuba

*Granma international, 18.5.94
(AdSp msw)*

SANDINO SIMPÁTICO säurearm

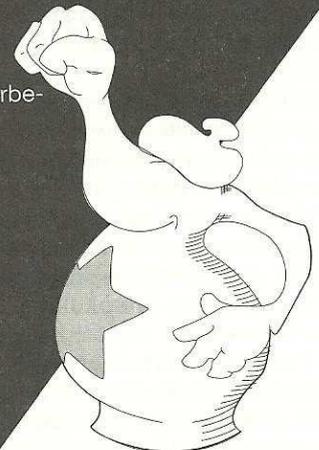
direktimportierter Kaffee aus Nicaragua

Der Rohkaffee vom Simpático wird in einem speziellen Wasserdampfverfahren veredelt. Dadurch können wir ab sofort einen säurearmen, magenfreundlichen Solidaritätskaffee anbieten.

Wir suchen noch Verkaufsstellen, Betriebe, Kneipen etc., die unseren Kaffee verkaufen bzw. ausschenken wollen. Über genaue Lieferbedingungen informieren wir gern.

Unsere Kaffeesorten:

Dröhnung normal oder mild (suave)	500g - 9,- DM
La Cortadora (aus El Salvador)	500g - 9,- DM
Simpático (säurearm)	500g - 9,50 DM
Organico (biologischer Anbau) und Espresso	500g - 10,- DM



El Rojito, Große Brunnenstr. 74, 22763 Hamburg, Tel. 040 / 390 68 98 • Fax. 040 / 390 45 12

Bundesweite Solidaritätskarawane ★ für Cuba

Beim Treffen der europäischen Cuba-Solidaritätsgruppen (06.-11.12.1993) in Havanna, an dem auch eine Delegation des Bundesvorstandes der Freundschaftsgesellschaft teilnahm, unterbreitete Rev. Lucius Walker jun. den Delegierten den Vorschlag, den Gedanken einer Solidaritätskarawane auch in den europäischen Ländern umzusetzen.



Diese Idee wurde u.a. von der Delegation aus der BRD begeistert und einmütig aufgenommen und fand ihre Konkretisierung beim IV. Bundestreffen (21.-23.01.1994) in Berlin.

In der entsprechenden Arbeitsgruppe wurden konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der US-Karawane festgelegt und erste Überlegungen für eine Sternfahrt in Deutschland angestellt.

Es bestand u.a. Übereinstimmung darüber, daß unser Projekt keine Kopie der US-Karawane, sondern von den hiesigen gesellschaftlichen Bedingungen und der Breite der Solidaritätsbewegung in der BRD geprägt sein soll. Dementsprechend sollen auch BRD-spezifische politische Forderungen wie die Erfüllung der Verträge BRD-Cuba seitens der Bundesregierung eine Rolle spielen.

Angestrebt wird hierbei eine größtmögliche Bündnisbreite »von der anti-imperialistischen Bewegung über Lateinamerikagruppen bis hin zu engagierten Geistlichen und bekannten Einzelpersonlichkeiten.

Der Adressat unserer Solidarität ist das gesamt cubanische Volk. Über welche Organisationen die Spendengüter in Cuba verteilt werden, soll gemeinsam mit unseren cubanischen Freundinnen und Freunden festgelegt werden.« (aus dem Protokoll der Berliner AG Karawane)

Es wurde vereinbart, daß die Trägerschaft und Koordination beim NETZWERK CUBA und die detaillierte Planung und Vorbereitung bei einer Arbeitsgruppe (die sich vor Ort gründete) liegen soll.

Viele Gruppen der Freundschaftsgesellschaft arbeiten seit langem kontinuierlich an materiellen Solidaritätsprojekten (siehe cl Nr. 3/93: Solidaritätsprojekte von FG-Gruppen, S. 41f.). Die Palette von Spendengütern reicht hierbei von Medikamenten über Schulmaterial und Fachzeitschriften bis hin zu Druckerei-Materialien.

Die von vielen Cuba-Solidaritätsgruppen in der BRD gemeinsam getragene Solidaritätskarawane bietet die große Chance, neben einer Konzentration der politischen Aktivitäten auch die sowieso laufenden materiellen Projekte unserer Gruppen in einem bundesweiten Höhepunkt einzubringen.

Werden dadurch nicht unnötig Kräfte gebunden?

Wir meinen: Nein.

Seit Jahren ist es das erklärte Ziel vieler Cuba-Solidaritätsgruppen -incl. vieler FG-Gruppen- die vorhandenen Kräfte zur Durchführung bestimmter, gemeinsamer Projekte zu bündeln. Verwiesen sei an dieser Stelle auf die fruchtbaren alljährlichen Bundstreffen, den Cuba-Kongreß '92, die Cuba-Solidaritätsdemonstration '93 und diverse regionale Projekte. Gemeinsame, konzentrierte Aktionen sollten vor allem dem Ziel der öffentlichen Wirkung und der praktischen Intensivierung der Solidaritätsbemühungen dienen und gleichzeitig die Autonomie aller beteiligten Gruppen gewährleisten.

Eben diese Kriterien werden bei dem Projekt Solidaritätskarawane erfüllt.

Es ist nicht geplant, daß eine »Zentrale« Direktiven an die örtlichen Gruppen ausgibt und dadurch z.B. die laufenden Schwerpunkte durcheinanderwirbelt.

Vielmehr war bei allen Beteiligten Bedingung, daß alle Gruppen sich mit den eigenen Schwerpunkten, Ideen und phantasievollen Aktionen einbringen können.

Mit unserer Beteiligung an der Solidaritätskarawane haben wir die Chance, für einen bestimmten Zeitraum unsere vorhandenen Projekte zu forcieren, um als Höhepunkt dieser Anstrengung eine größere Menge Spendengüter als »gewöhnlich« auf die - in diesem Falle spektakuläre = öffentlichkeitswirksame - Reise nach Cuba zu bringen.

Aktueller Stand der Vorbereitungen

* Inhaltliche Vorbereitung

Im Anhang findet Ihr den kurz vor Redaktionsschluß von der bundesweiten Arbeitsgruppe Solidaritätskarawane beschlossenen zentralen Aufruf. Er hat vorrangig humanitären Charakter, was ausdrücklich die Möglichkeit offen lassen soll, regionale und örtliche Aufrufe bei Bedarf mit dezidierten politischen Inhalten, örtlichen Bezugspunkten etc. zu entwickeln.



Für den bundesweiten Aufruf sollen im eingangs erwähnten Sinne der größtmöglichen Bündnisbreite bis Mitte Juni repräsentative Erstunterzeichner/innen gewonnen werden, um damit an die regionale und bundesweite Presse heranzutreten. Die Unterschriftensammlung soll aber auf jeden Fall bis zur Beendigung des Projekts fortgeführt werden.

Wir rufen die Mitglieder und Gruppen der Freundschaftsgesellschaft dazu auf, nach ihren Möglichkeiten Erstunterzeichner/innen zu gewinnen sowie mit dem Aufruf vor Ort die Öffentlichkeitsarbeit für die Solidaritätskarawane zu beginnen.

Der Aufruf wird z.Zt. in mehrere Sprachen übersetzt. Diese Übersetzungen sind im NETZWERK-Büro (Achtung: Neue Adresse. Reuterstr.44, 53113 Bonn, Tel.& Fax: 0228 - 24.15.05) anzufordern.

Parallel hierzu wird ein zentrales Plakat mit Eindruck-Fläche für örtliche Aktionen erstellt. Dieses Plakat sollte wegen des Wiedererkennungseffekts möglichst flächendeckend vertrieben werden.

* Was wird gesammelt?

Alle Gruppen werden gebeten, ihre sowieso laufenden Spendensammlungen (s.o.) einzubringen. Darüberhinaus bitten die cubanischen Freundinnen und Freunde um Berücksichtigung folgender Prioritätenliste:

- Medikamente
- Milchpulver
- Schulmaterial
- Güter für Projekte für alternative Energien
- Geld für o.g. Prioritäten

* Zeitrahmen

Der in Berlin verabredete Zeitrahmen 2. bis 30. September wurde bestätigt.

* Form

Es wird zu regionalen Sternfahrten aufgerufen. In den Bundesländern/ Ballungszentren sollten in den Städten und Gemeinden Spendensammlungen geplant und im September durchgeführt werden, die an einer zentralen Stelle gelagert werden (Achtung: Hierzu frühzeitig Lagermöglichkeiten organisieren!).

* Aktionsformen

Hierzu gibt's nur ein einziges Kriterium: Die Phantasie und Kreativität der engagierten Gruppen vor Ort. Angesprochen wurden bisher u.a.:

- Spendensammlungen von materiellen Gütern und Geld auf Grundlage der bisherigen örtlichen Erfahrungen,
- öffentliche Sammlungen auf zentralen Plätzen (z.B. Frankfurter Römer), bei Veranstaltungen von bzw. mit befreundeten Organisationen, vor Kirchen und Pressebüros, ...
- Solidaritätskundgebungen,
- Solidaritätskonzerte,
- Politische und/oder kulturelle Veranstaltungen in jeder beliebigen Größenordnung,
- phantasievolle Aktionen auf der Straße vom Informationsstand über Straßentheater bis zum Fahrradkorso,

- Auftreten in Wahlveranstaltungen der politischen Parteien,

Wir bitten alle Gruppen darum, uns ihre Ideen, Erfahrungen und Planungen mitzuteilen, damit diese als Anregung für andere Interessierte fortlaufend in den NETZWERK CUBA-NACHRICHTEN als Organ aller vernetzten Cuba-Solidaritätsgruppen und natürlich auch in der CUBA LIBRE veröffentlicht werden können - Stichwort Schneeballeffekt!

* Terminplanung

Alle im Laufe des Monats gesammelten Spendengüter sollen am Freitag, d.30. September morgens mit LKW (die vor Ort zu organisieren sind) nach Hannover rollen. Dort wird ein Treffpunkt an einem LKW-Rastplatz organisiert, von wo aus dann im Konvoi nach Bremen gefahren wird.

Am Samstag, d.30. September soll neben einer Pressekonferenz - eine große Solidaritätsveranstaltung in Bremen organisiert werden. Hierzu werden neben Kulturschaffenden zumindest ein/e Vertreter/in Cubas und Rev. Walker eingeladen - das ganze möglichst kostenneutral.

Die Spendengüter werden nach der bisherigen Planung dann in das (nord) europäische Solidaritätsschiff verladen und -möglicherweise via USA- auf die Fahrt nach Cuba gehen.

* »Dienstleistungen« des NETZWERK CUBA

- Erstellung und Vertrieb der Plakate,
- Fortlaufende Erfassung der Unterschriften,
- Bearbeitung aktueller Anfragen,
- Versand der Aufrufe und bei Anfrage Information über den aktuellsten Stand der Erstunterzeichner/innen,
- Erstellung und Versand (auf Anfrage und zum Selbstkostenpreis) von ca. 50 Transparenten für die LKW; Motiv: identisch mit dem Plakat,
- u.v.a.m. ...

* Einflußmöglichkeiten

Die Arbeitsgruppe Karawane versteht sich ausdrücklich nicht als »exklusiver Club«. Zwischen AG und allen beteiligten Gremien soll ein kontinuierlicher Informations- und Ideenaustausch stattfinden.

Alle Cubafreundinnen und -freunde, die aktiv an der zentralen Vorbereitung teilnehmen wollen, werden hiermit ausdrücklich zu den Treffen der AG eingeladen. Die Termine sind im NETZWERK-Büro anzufragen.

★ *** Möglichkeiten und Chancen der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V.**

In Kenntnis vom Stand der bisherigen, offenen Planung der Solidaritätskarawane hat der Bundesvorstand bei seiner Sitzung am 23./24.04.94 beschlossen:

»Der Bundesvorstand unterstützt die Solidaritätskarawane der Cuba-Solidaritätsgruppen im September 1994 und ruft alle Gruppen und Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft zur Unterstützung und Organisation phantasievoller Aktivitäten auf.«

Wir haben als FG die Möglichkeit, die Kompetenz und Kreativität unserer nunmehr 20jährigen Erfahrung als älteste Cuba-Solidaritätsorganisation in der BRD in das gemeinsame bundesweite Projekt Solidaritätskarawane einzubringen.

Wir haben hierbei als FG die Chance, nicht nur der materiellen und politischen Solidarität mit dem kämpfenden Cuba in der Bundesrepublik einen wichtigen Schub nach vorne zu geben, sondern auch unser eigenes Selbstverständnis als wichtige Kraft unter den Freundinnen und Freunden Cubas in diesem Land unter Beweis zu stellen.

Diese Chancen sollten wir nicht ungenutzt verstreichen lassen.

- * Beteiligen wir uns aktiv an dieser politischen und materiellen Offensive der vernetzten Cuba-Solidarität!
- * Leisten wir einen abrechenbaren, eigenständigen Beitrag! Wir wollen uns, neben den Spendensammlungen in den Regionalgruppen, mit mindestens einem eigenen FG-LKW an der Solidaritätskarawane beteiligen.
- * Wir rufen die aktiven Gruppen auf, sich als regionale Sammelstellen zur Verfügung zu stellen.
- * Wir rufen alle kleineren Gruppen und Einzelmitglieder dazu auf, sich an regionalen Bündnissen zu beteiligen oder ihre Sachspenden direkt an die Geschäftsstelle zu senden.
- * Wir bitten um Spenden auf unser Konto bei der BfG Bonn, Kto.-Nr. 1

202 999 900, BLZ 380 101 11 mit dem Stichwort KARAWANE (unbedingt vermerken).

Abschließend sei angemerkt, daß wir mit dem bisherigen Planungsstand m.E. zeitlich sehr gut »im Rennen liegen«. Positive wie negative Erfahrungen bisheriger gemeinsamer Projekte wurden berücksichtigt und produktiv genutzt. In den nächsten 5 Monaten stehen alle Entscheidungsprozesse für dieses Projekt allen interessierten Gruppen und Einzelpersonen offen. Den Schwerpunkt und die Grundlage für das Gelingen der bundesweiten Cuba-Solidaritätskarawane bilden die Bereitschaft, Kreativität und Phantasie der örtlichen Gruppen.

Wir haben uns, gemeinsam mit vielen anderen Solidaritätsgruppen und dem NETZWERK CUBA eine große Aufgabe vorgenommen, dafür aber auch eine bisher so nie dagewesene Chance zu nutzen:

Mit unserem Projekt kann es gelingen

- durch spektakuläre Aktionen die Medienblockade in der BRD zu durchbrechen und gleichzeitig
- für das um das Überleben kämpfende Cuba mit einem Schlag ein Vielfaches der so notwendigen materiellen Spendengüter zu organisieren - im Verbund mit politischen Aktivitäten.

Diese Chance sollten wir - auch und gerade als Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V. - nutzen und jetzt mit den Vorbereitungen und der Mobilisierung anfangen.

*Heinz-W.Hammer
für den FG-Bundesvorstand*



Aufruf

zur bundesweiten Solidaritätskarawane für Cuba

im September 1994

Wir, die Unterzeichnenden, sind Menschen mit verschiedenen Ideen. Wie unsere Herkunft und Tätigkeiten, so sind unsere Einschätzungen des cubanischen Gesellschaftsmodells in vielerlei Hinsicht unterschiedlich.

Einig sind wir uns aber auf jeden Fall in zwei entscheidenden Punkten:

- * Wir, die wir in einem der reichsten Länder der Welt leben, haben nicht das Recht, den Bewohner/innen des armen, von der doppelten Blockade hart betroffenen Cuba hineinzureden, was sie tun und lassen sollen. Das internationale Recht auf Selbstbestimmung muß auch für Cuba gelten.
- * Wir wehren uns dagegen, daß die Konflikte der Welt auf dem Rücken der Kinder, der alten Menschen oder sonstigen schuldlosen Bürgern ausgetragen werden. Sie sollen nicht hungern. Wie alle Menschen dieser Welt sollen sie weiterhin das in Cuba seit mehr als 30 Jahren verwirklichte Recht auf Wohnung, Bekleidung, Schulbildung und ärztliche Betreuung haben.

Granma

INTERNACIONAL

Wochenzeitung
in Deutsch
Spanisch,
Englisch,
Französisch,
Portugiesisch

HAVANNA
MAI 1994
Jahrgang 29 / Nummer 0
Preis in Kuba: 0.50 USD

Havanna
und Varadero



**"Jetzt gibt es ein neues Südafrika,
ein Land des Friedens"**

♦ PRETORIA: "Jetzt gibt es ein neues Südafrika, ein Land des Friedens, das Kuba Achtung und Liebe entgegen bringt", sagte Präsident Fidel Castro zum Abschluß seines Staatsbesuches in Pretoria, wo er an den Feierlichkeiten zur Amtseinführung Nelson Mandelas teilnahm. Die kubanische Presse, die ihn auf der Reise begrüßte, erklärte die Aufnahme kuba-südafrikanischer Beziehungen zu

Die Nullnummer ist da!

Jetzt abonnieren!

Jetzt auch deutschsprachig!

Granma

INTERNACIONAL



durchbricht die tägliche Verleumdungskampagne gegen Cuba!

- ★ eine authentische Stimme Cubas im deutschsprachigem Raum
- ★ Informationen aus erster Hand über die politische, soziale und kulturelle Entwicklung der Insel
- ★ Stellungnahmen, Erklärungen und Analysen zur nationalen und internationalen Entwicklung aus cubanischer Sicht
- ★ aktuelle Reportagen aus Lateinamerika und der Karibik
- ★ Analysen der US-Politik aus cubanischer Sicht

Bis Ende '94 einmal monatlich / ab '95 wöchentlich!

Bestellungen an:
NETZWERK CUBA Informationsbüro e.V., Reuterstraße 44,
53113 Bonn, Tel./Fax 0228 - 24 15 05

Ich bestelle:

- die aktuelle Monatsausgabe zum Preis von DM,- 50 zzgl. DM 1,50 Porto.
- ein Vorab-Abo der Granma Wochenzeitung. Diese Vorab-Bestellung erhält rechtliche Gültigkeit nachdem ich mich mit dem endgültigen Abo-Preis einverstanden erklärt habe.
- ein Vorab-Abo über Exemplare als Gruppenkontingent mit ca 10% Rabatt. Diese Vorab-Bestellung erhält rechtliche Gültigkeit nachdem ich mich mit dem endgültigen Abo-Preis einverstanden erklärt habe.
- allgemeine Informationen über die Arbeit des NETZWERK CUBA e.V.

Organisation (bei Gruppenabo) ..

Name

Straße

PLZ/Ort

Tel./Fax

Datum/Unterschrift

INTERNACIONAL**Granma**PUBLICADO
EN ESPAÑOL,
INGLES, FRANCES
Y PORTUGUES

APARTADO 6260 HABANA CUBA

An die
Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft
BRD - Kuba e.V.
Cra. Gabi Ströhlein
Biedersteiner Str. 75
8000 München
BRD

Havanna den 4.5.94
36. Jahr der Revolution

Liebe Cra. Gábi,

im Namen der Direktion der Zeitungen Granma und Granma Internacional, sowie der des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas möchte ich mich auf diesem Weg für die uns übersandte Spende von acht Tischcomputern, einem Laptop, zwei Nadeldruckern, einem Tintenstrahldrucker, einer elektrischen Schreibmaschine, Wörterbüchern und diversem Büromaterial herzlich bedanken. In diesen Dank möchte ich ausdrücklich auch die Organisationen Cuba Si, Netzwerk Cuba, die Gruppe Nürnberg der Freundschaftsgesellschaft und alle Einzelpersonen mit einbeziehen, die an dem Zustandekommen dieser für uns so wichtigen Spende mitgewirkt haben.

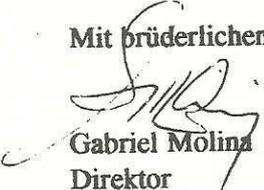
Eine neue Ausgabe einer Zeitung zu realisieren (in diesem Fall die deutschsprachige Ausgabe der Granma Internacional) ist immer ein schwieriges Unternehmen und mit außerordentlichen Anstrengungen verbunden. Wir gehen dieses Wagnis ein in einer Zeit der wirtschaftlichen Probleme und der Umgestaltungen in vielen Bereichen unseres Landes. Die 'periodo especial', bedingt durch die doppelte Blockade und die veränderte Weltsituation, legt uns viele Beschränkungen auf. Trotzdem arbeiten wir daran unser Land weiter zu entwickeln und die Errungenschaften des Sozialismus zu verteidigen.

Dabei ist die solidarische Hilfe von Freunden besonders wichtig. Sie hilft uns aktuelle Engpässe zu überwinden und gleichzeitig aller Welt zu verdeutlichen, daß Kuba nicht isoliert ist.

Granma Internacional in deutscher Sprache will dazu beitragen die Anzahl unserer Freunde noch zu erhöhen. Durch die regelmäßige Veröffentlichung einer Zeitung aus und über Kuba im deutschsprachigen Raum werden wir der Desinformation und Unwissenheit über unser Land entgegentreten indem wir offen und mit Objektivität, aber nicht ohne Parteilichkeit über das Geschehen in Kuba und Lateinamerika berichten.

Laßt uns gemeinsam weiter daran arbeiten, daß dieser Versuch zu einem sichtbaren Erfolg unserer Zusammenarbeit wird und zu ihrer Vertiefung beiträgt. Weiterhin erhoffen wir uns Kritik und Anregungen in bezug auf unsere Arbeit. Diese Form der Rückkopplung ist für uns unverzichtbar.

Mit brüderlichen Grüßen


Gabriel Molina
Direktor

**CUBA
LIBRE**

solidaritätsprojekte

Glas statt Weißblech

Die im Rahmen des Projektes »Glas statt Weißblech« durchgeführte Verlosung einer Reise nach Cuba für 2 Personen fand am Freitag, den 22.04.1994 ihren Abschluß. Die Unterstützerguppen des o.g. Projektes luden zu einer Fiesta im Forum in Wuppertal ein.

Die Veranstaltung war mit ca. 60 Besuchern relativ gut besucht. Leider gab es bei der Vorbereitung der Veranstaltung einige Pannen. Zwei der drei eingeladenen Musikgruppen sagten kurzfristig ihr Erscheinen ab, ohne daß Ersatz gefunden werden konnte. Die Schallmeiengruppe Aachen-Köln mußte somit das gesamte Unterhaltungsprogramm bestreiten.

Auffallend war, daß unter den Besuchern ein großer Informations- und Diskussionsbedarf hinsichtlich der

Situation Cubas bestand, der bei einem kurzen Gespräch mit dem - ebenfalls anwesenden - Botschaftsrat der Republik Cuba Marcelino Medina nur ansatzweise befriedigt werden konnte. Besonders die Problematik des Tourismus in Cuba wurde von einigen Teilnehmern der Veranstaltung angesprochen.

Den Höhepunkt des Abends stellte die Verlosung der Reise nach Cuba für zwei Personen dar. Die Ziehung nahm Marcelino Medina vor, der es kurz und schmerzlos machte: Ein schneller Griff, und die Gewinnerin stand fest. Wir wünschen HEIKE MALZKORN aus Düsseldorf einen angenehmen Aufenthalt in Cuba!

Die Sammlung für das Projekt »Glas statt Weißblech« geht indes weiter. Zu den erforderlichen 72.000 DM, die

nötig sind, um die Abfüll- und Verdeckelungsmaschine für Kindernahrung zu kaufen, fehlen noch immer etwa 25.000DM. Zwar wird seitens der Unterstützerguppen schon nach Möglichkeiten geforscht, diese oder eine vergleichbare Maschine billiger zu bekommen, doch sind nichtsdestoweniger weitere Anstrengungen nötig um das Projekt zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Die Unterstützerguppen bitten weiterhin um Spenden auf folgendes Konto:

FG BRD-Kuba e. V.
Gruppe Wuppertal
Kontonummer: 91 30 12,
Stadtsparkasse Wuppertal
BLZ 330 500 00

ms

Brigade »Jose Marti«

Solidarität mit Kuba - gerade jetzt !

Im Oktober 1994 werden BrigadistInnen aus der BRD an der Brigade »Jose Marti« teilnehmen und 3 Wochen zusammen mit anderen WesteuropäerInnen und CubanerInnen in einem »Campamento« in der Nähe von Havanna leben und arbeiten.

Die Brigade »Jose Marti« gibt es seit 1973, und sie bietet neben der praktischen Solidarität den TeilnehmerInnen Gelegenheit, die momentane cubanische Realität kennenzulernen. Damit wird ein Gegengewicht zur hiesigen anticubanischen Medienberichterstattung geschaffen.

Noch ist das für die BRD vorgesehene Kontingent an TeilnehmerInnen bei Weitem nicht ausgeschöpft. Interessierte haben noch Gelegenheit, an der Brigade teilzunehmen. Informationen und Anmeldungen sind zu richten an:

Wolfgang Peter,
Kuffenstr. 47,
89129 Langenau,
Tel.: 07345/5352

(möglichst nach 21 Uhr anrufen oder eine Telefonnummer für den Rückruf angeben)

Als Zeichen der Solidarität wollen wir einen Geldbetrag als Brigadegeschenk auf Cuba überreichen. Die Summe geht an die Gesellschaft für motorisch Behinderte in Havanna. Auch solidarische Menschen, die nicht an der Brigade teilnehmen können/wollen werden dringend um Spenden gebeten. Bei der aktuellen Situation auf Kuba, wo es schlicht an Allem fehlt, ist der kleinste Betrag eine Unterstützung.

Geldspenden: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba Stichwort »José Marti« Postbank Köln BLZ 370 100 550 Konto-Nr.: 3097 84-507

Agricultura Sostenible

Auf dem Weg zu einem komplexen Beispiel

Rund 50 Interessenten trafen sich am 30. April 1994 in Leipzig, um Chancen und Probleme eines Projektes zur Agricultura Sostenible zu diskutieren. Das Projekt soll am Standort Bainoa in Kuba realisiert werden. Gemeinsam mit dem Instituto Nacional de Ciencias Agrícolas Havanna will der Verein zur Popularisierung entwicklungspolitischer Gedanken e. V. Leipzig ein Beispiel schaffen, in dem einheitlich koordiniert, forschend und produzierend die Möglichkeiten der Agricultura Sostenible bestimmt werden.

Agricultura Sostenible

Hinter diesem Begriff verbirgt sich eine sehr komplexe Betrachtung des landwirtschaftlichen Standortes. Die ökologische Sicherung der natürlichen Ressourcen am Standort soll ökonomisch wirksam genutzt werden.

Nach ALTIERI und HECHT (1990) ist es eine zentrale Idee des Konzeptes, die kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe in die Lage zu versetzen, auf der Grundlage ihrer kulturellen und ökonomischen Situation solche Anbaumethoden zu nutzen, die ihre Arbeitsgrundlage und ihre Lebensqualität über lange Zeiträume sichern.

Zu diesem Zweck ist eine sehr breite Entwicklungskonzeption erforderlich, die sich auch mit Ressourcenmanagement und -verteilung, sowie politischer Unterstützung ländlicher Räume beschäftigt.

Im Workshop stellten verschiedene Fachleute ihre Gedanken für die Umsetzung von Zielen, die sich aus dem Konzept ergeben, zur Debatte. Der Bogen spannte sich von Problemen im Ackerbau über Pflanzenschutz und Tierzucht bis hin zur Lagerung und Verarbeitung sowie zu betriebswirtschaftlichen Konsequenzen für das Projekt. Deutlich wurde, daß ein Projekt zum Schwerpunkt Agricultura Sostenible in vielen Belangen eine völlig neue Bewertung landwirtschaftlicher Aktivitäten in den »Entwicklungsländern« notwendig macht. Das klassische Konzept der unbedingten Rentabilität eines bäuerlichen Betriebes wurde mit der Diskussion um die Ziele des Projektes in Frage gestellt. Es zeigte sich, daß, verbunden mit einzelnen Projekten zur Landwirtschaft

und zu alternativen Energien, neben den wirtschaftlichen und ökologischen auch die sozialen Komponenten und Wirkungen des Gesamtprojektes einer Untersuchung bedürfen.

Finca Bainoa

Der Projektstandort befindet sich im Nordosten der Provinz La Habana. Er ist charakteristisch für viele Standorte, die sich in der nördlichen Ebene der Provinzen La Habana und Matanzas befinden. Die durchschnittliche Niederschlagsmenge von 1477 mm ist besonders auf die Monate Mai bis September (80% der Gesamtmenge) konzentriert. Von Oktober bis April herrscht Trockenzeit.

Die Temperaturen schwanken um monatliche Mittelwerte von 19,4 °C (Februar) bis 26,8 °C (August). Auf der Finca ist ein roter ferralitischer Boden anzutreffen. Seine Fruchtbarkeit ist aufgrund der vorhandenen Tonminerale relativ gering. Die physikalischen Eigenschaften lassen den Anbau einer Vielzahl von Kulturen zu. Heute ist jedoch noch die Zuckerrohr-Monokultur dominierend. Der hohe Tongehalt führt zu einer schlechten Infiltration, so daß in Geländedepressionen Vernässungen auftreten können.

Die Finca Bainoa gehört zum Netz der Versuchsstationen der INCA (Instituto Nacional de Ciencias Agrícolas), das in die Landwirtschaftliche Hochschule Havanna eingebunden ist. Sie umfaßt ca. 36 ha Gesamtfläche. Seit dem Beginn der »período especial« wird die Finca kaum noch für Versuche genutzt. Die Arbeitskräfte konzentrieren sich in ihren Arbeiten auf die Versorgung des INCA und ihrer Familien. Das z. T. hohe Aus-

bildungsniveau (Versuchstechniker) liegt gegenwärtig brach. Von der Gesamtfläche werden ca. 50 % nicht genutzt (Brache, Viehweide).

Die kubanischen Partner, vertreten durch den Projektkoordinator Dr. A. Leyva, machten deutlich, daß das Gesamtprojekt einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung ihrer Landwirtschaft leisten kann, der Umweltschäden und ökologischen Risiken Einhalt gebietet. In seinem Vortrag stellte Leyva auch die bereits geleistete Arbeit auf der Finca Bainoa Beschäftigten dar, mit der sie das Vorankommen des Projektes unterstützen wollen. Viele Detailprobleme entstehen jedoch immer wieder, weil es an kleinen Dingen wie Arbeitsgeräten, Schreibutensilien oder auch Arbeitskleidung fehlt.

Im Resultat der Diskussion wurde die Schlußfolgerung gezogen, daß zur Entwicklung des Gesamtprojektes viel einzelne Teilprojekte beitragen müssen. Als Schwerpunkte ergaben sich folgende Aufgaben:

- Einzäunung der Finca durch Pflanzen eines »lebenden Zaunes«, der eine multifunktionale Nutzung erlaubt (Tierfütterung, Baumaterial, Landschaftsgestaltung, Brennholz),
- Koordinierung der Flächennutzung, Aufstellen eines Anbauplanes und eines Bewirtschaftungskonzeptes,
- Berechnung der notwendigen Arbeitsmittel und Zugtiere für die Arbeitserledigung in der Finca,
- Beschaffung der Ochsenespanne und landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen,
- Dimensionierung einer Biogasanlage für den Ersatz des Brennholzes in der Küche der Finca,
- Umstellung des Bewässerungssystems von Motorpumpenantrieb auf Solar- oder Windenergie,
- Ersatz der Beregnungsanlage (Rollregner) durch eine Anlage mit verbesserter Wasserökonomie,
- Anschaffung von autochthonen Tier- rassen für die Entwicklung der Tierzucht auf der Finca,

- Konzeption für die Neugestaltung der Gebäude und Ställe.

Viele dieser Teilprojekte wurden in Lösungsansätzen diskutiert. So sahen bei der Nutzung der Windenergie die österreichischen Gäste Möglichkeiten, die Finca zu unterstützen. Andere Dinge können nur realisiert werden, wenn für die notwendige finanzielle Unterstützung des jeweiligen Projektes entsprechende Geldgeber gewonnen werden können. Kubanische und deutsche Partner wollen durch entsprechende Projektanträge die notwendigen Mittel beantragen. Natürlich sind auch Geldspenden für einzelne Projekte innerhalb des Gesamtrahmens gern gesehen.

Mit Interesse verfolgten der Botschafter der Republik Kuba und dessen Frau den Verlauf des Workshops. In seinen Worten zum Abschluß der Beratung sicherte er allen Interessenten, die am Projekt Finca Bainoa mitwirken wollen, die Unterstützung der Botschaft und seiner Person zu. Er hoffe, daß die vielfältigen Beziehungen zwischen Kubanern und Deutschen, die sich in vielen Jahren gemeinsamer Arbeit entwickelt haben, einen Beitrag leisten könnten, sein Land aus der gegenwärtig schwierigen ökonomischen Lage zu helfen.

Interessenten und Spendenwillige können die Arbeit des Vereins und des INCA auf der Finca Bainoa unterstützen, indem sie auf das Vereinskonto unter dem Kennwort »Bainoa« Einzahlungen vornehmen.

Die Kontonummer lautet:
Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
Konto Nr.: 31 51 10 591
BLZ: 860 555 92
Kennwort »Bainoa«

leserInnenbriefe

Gedanken zum Begriff Solidarität

Che bringt die weltgeschichtliche Tragödie der vietnamesischen Revolution auf den Begriff: Die tragische Einsamkeit des vietnamesischen Volkes ist eine peinliche Realität, peinlich für uns alle, die wir von Solidarität sprechen und den wirklichen Charakter der Auseinandersetzung verdrängen. (aus: Che Guevara, Brief an das Exekutivsekretariat von Ospaal, Oberbaumpresse Berlin, erschienen um 1968.)

Die Verteidigung der Cubanischen Revolution - eine Aufgabe und Verpflichtung für die deutsche Linke!

Ich will sagen, die Entscheidung, die Handlungsfähigkeit des Vorstandes der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. durch die gezielten Maßnahmen der letzten Wochen aufrecht zu erhalten, findet meine volle Unterstützung und meinen tiefen Respekt.

Für mich ist diese Entwicklung beispielhaft für den Zustand und das Bewußtsein eines Teiles der deutschen Linken hier und heute.

Es gilt, sich zu entscheiden, einerseits die ewige Selbstzerfleischung, die ständige Verunsicherung, die Besserwisserei, das unerträgliche Intrigantentum, die Ausgrenzerkultur, das Bremsertum und schließlich die überhebliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates, welcher seit Jahrzehnten durch das US-Embargo geknebelt ist - das alles im Namen der Solidarität mit Cuba.

Andererseits steht die glaubwürdige Solidarität, die sich an den tatsächlichen Problemen des cubanischen Volkes orientiert und dabei die Souveränität eines jeden Volkes respektiert, über die Entwicklung und den Stand der jeweiligen Gesellschaftsformation selbst zu entscheiden: In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, welche Bedeutung die Cubanische Revolution für die Menschen in Lateinamerika hatte und hat.

In dem Jahr, in dem Nelson Mandela zum Präsidenten der Republik Südafrika gewählt wurde, stehen für mich die Ideen und Ideale der internationalen sozialistischen/kommunistischen Bewegung nicht zur Disposition. Im Gegenteil, Solidarität und Unterstützung für die um ihre Menschenrechte Kämpfenden tut not:

In diesem Sinne wünsche ich der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. weiterhin gute Erfolge für ihre Arbeit und versichere Euch meine ehrliche Solidarität!

Mit guten sozialistischen Grüßen

Lothar Erich Kurth

Anlage: Scheck für das Asthmazentrum Havanna

Cuba Libre
Theodor Heuß Ring 26

50668 Köln

Oldenburg, 18. 4. 94

LESERBRIEF.

Betr. Leserbrief in Cuba Libre 1/94, Seite 50 - 52, ohne Namen.

In Cuba Libre 1/94 finde ich einen langen Leserbrief ohne Absenderangabe, das ist sicher ein Versehen. Allerdings fällt mir auf, daß die/der Schreiberin über viele Informationen verfügt, die mir als einfachem Leser fehlen. Inhaltlich führt diese Leserin starke Angriffe zunächst allgemein gegen Artikel in Cuba Libre, meist mit ziemlich emotionaler Wortwahl (schulmeisterlich, übergroße Mehrheit, nachgekartet usw.) und unterstellt böse politische Absichten.

Dann wendet sie/er sich schnell gegen Horst-Eckart Groß. Ist das der schlimmste Feind Cubas? Ich wundere mich, da er doch wie die Schreiberin erwähnt, viele Jahre seines Lebens der Solidarität mit Cuba gewidmet hat. Ich selbst erinnere mich an viele Beiträge von ihm in Cuba Libre, die sich wohltuend von pauschalen Verurteilungen und nicht weniger unangenehmen pauschalen Lobhudeleien unterschieden. Vorallem hat dieser Autor auch Themen aufgegriffen, die etwas schwieriger waren und sich nicht mit der leider immer noch üblichen Schwarz-Weiß-Malerei abhandeln lassen.

Zumindest nach dem Ende der Sowjet Union scheint es mir klar, daß unkritische Solidarität immer nur unsolidarisch und also im Sinn der Sache falsch sein kann. Nun ist die Leserbriefschreiberin vielleicht anderer Meinung, was ihre Sache ist, aber der Vorstand der Freundschaftsgesellschaft (zum Teil?) offenbar auch, das wäre dann ein notwendiger TOP für die nächste Mitgliederversammlung.

Unabhängig davon erinnern die Angriffe gegen Horst-Eckart Groß an die Stalinära in der Sowjet Union und auch an die eigentlich eher lächerlichen Richtungskämpfe in und zwischen kommunistischen Gruppen in der BRD vor 10 und mehr Jahren. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Feind der "Linken" wieder links steht und nicht etwa rechts. Wenn diese Leserin (und der Vorstand?) irgendwo was zu sagen hätten, wären die "Todesurteile" wohl schon vorgezeichnet.

PS: Auch "ich fordere, daß dieser Beitrag natürlich in voller Länge und unzensiert abgedruckt wird. Eine Begründung erübrigt sich."

Wiel Kraus

freundschaftsgesellschaft brd - kuba e.U.
- bundesvorstand -
- cuba libre-redaktion -
theodor-heuss-ring 26
50668 köln

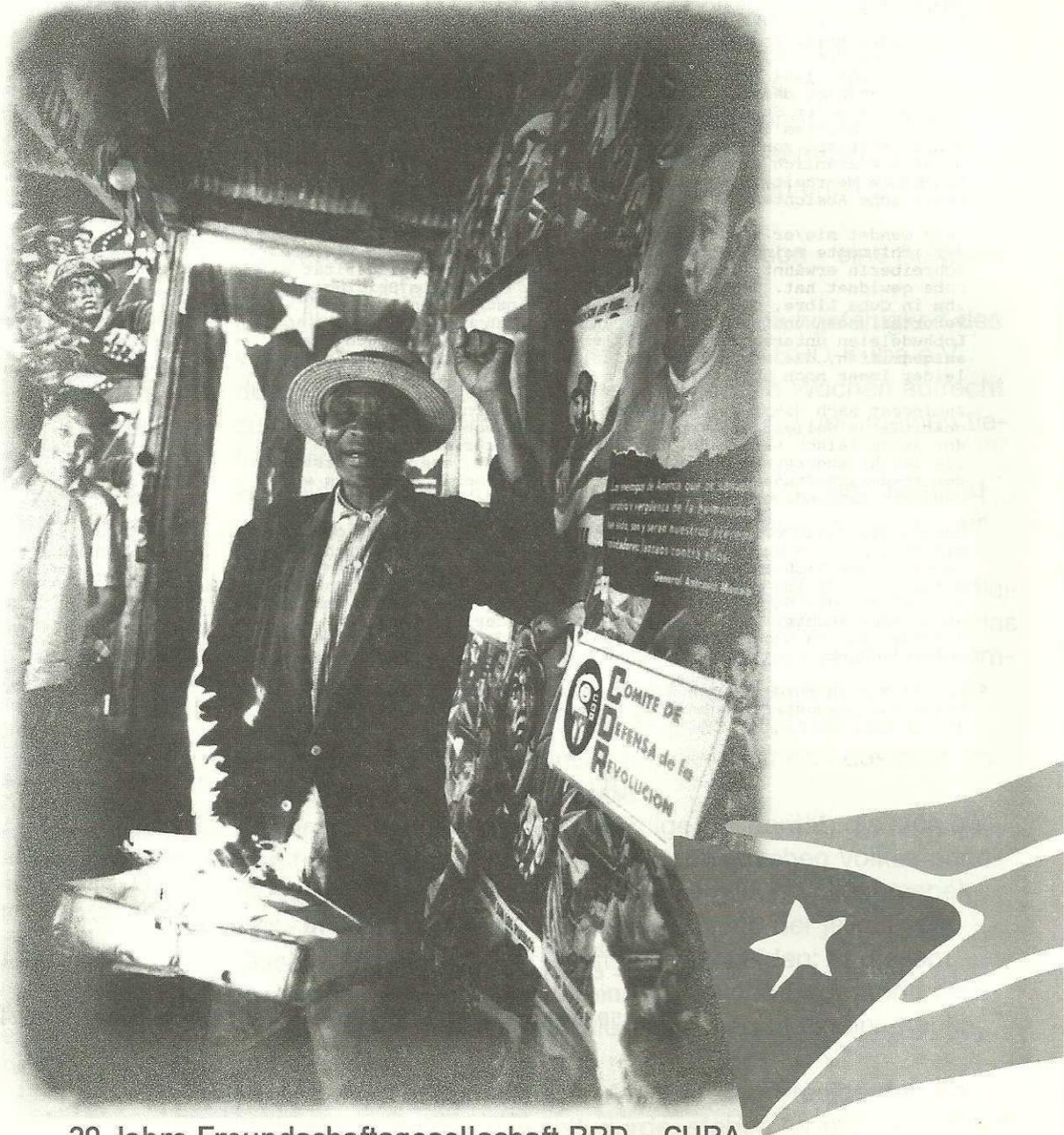
hamburg, den 21.05.1994

angesichts der weigerung des bundesvorstandes, den zensurbe-schluß in bezug auf die arbeit der cuba libre-redaktion zurückzu-nehmen, teilen wir euch heute mit, daß wir nicht mehr im impressum der zeitschrift erwähnt werden wollen. für eine cuba libre, die intoleranz, ausgrenzung nicht genehmer meinungen, opportunismus und vorausseilenden gehorsam propagiert, stehen wir nicht zur verfügung.
wir fordern euch auf, diese mitteilung ungekürzt in der nächsten cuba libre zu veröffentlichen.

m. effertz, c. eggert, h.-e. gross, j. norden, i. oquifena, g. weiß

i.V. *Christiane Eggert*

Solidarität mit cuba



20 Jahre Freundschaftsgesellschaft BRD – CUBA

Samstag, den 25. Juni 1994, München, Muffathalle, Zellstraße 4

15.00 Uhr Veranstaltung

der Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern in der BRD und der Sozialistischen Republik Vietnam und der Freundschaftsgesellschaft BRD-CUBA

Cuba – Südafrika – Vietnam

Was drei Völker einander und uns zu sagen haben
mit Gästen aus Cuba, Südafrika und Vietnam

20.00 Uhr Solidaritätsfest

der Freundschaftsgesellschaft BRD-CUBA e.V.

mit: **Rodney López Clemente**
(Botschafter der Republik Kuba)

Sergio Corrieri
(Cubanisches Institut für Völkerfreundschaft),

Almendra (trad. cubanische Musik)

Juan & Pancho (lateinam. Lieder)

Solidaritätsbeitrag 20,- DM, ermäßigt 15,- DM

almendra



Lebensfreude und Temperament aus Cuba

Die acht jungen Frauen, alles Lehrerinnen an einer Schule für Musik und Tanz in Pinar del Rio, spielen vor allem traditionelle cubanische Musik, wie sie sich im Laufe von Jahrhunderten aus afrikanischen Kult-Rhythmen und der kastilischen und andalusischen Volksmusik entwickelt hat. Sie ergänzen dabei die traditionellen instrumente maracas (Kugelrasseln), claves (Rhythmus-hölzer) und Bongos durch Querflöte, Gitarre, Baß und Schlagzeug.

Bei der Musikbegeisterung, die die Frauen ausstrahlen, ist es nicht verwunderlich, daß sie zuhause in Cuba auch ihre SchülerInnen, die zwischen 6 und 15 Jahre alt sind, in den Bann des Musizierens ziehen. Diese musikalisch begabten Kinder haben vormittags normalen Unterricht und Nachmittags die spezifischen musischen Fächer. Dazu arbeiten sie täglich 2 Stunden im Garten, auf dem Feld oder im Wirtschaftsgebäude der Schule, um zu ihrem Lebensunterhalt beizutragen. Unterricht, Verpflegung und Unterbringung sind kostenfrei.

Musik als Lebenselixier - für die tanz- und sangesfreudigen Cubanerinnen ganz normale Realität. Ihr Charme, ihre Kontakt- und Sinnesfreude entspringen dieser kraftspendenden Begeisterung. Diese Sinnesfreude, diese Lust an Musik und Bewegung vermitteln die jungen cubanischen Lehrerinnen in hohem Maße. Der Funke springt über zu den ZuhörerInnen die mitgerissen werden vom Schwung und Temperament dieser Musik und der Ausstrahlung der Interpretinnen.

Stellungnahme der Gruppe Nürnberg

zum Rücktritt einiger Vorstandsmitglieder und zur Kündigung von Mitarbeitern der Geschäftsstelle

»Unser vergebliches Bemühen, innerhalb der FG zu mehrheitsfähigen Positionen zu finden, ..., hat uns zu der Niederlegung unserer ehrenamtlichen Funktionen bewogen.«

Wir, Mitglieder der Nürnberger FG, begrüßen diesen Schritt.

Vorstandsmitglieder, die sich nicht an bindende Beschlüsse ihrer höchsten Vereinsorgane (BDK- und Vorstandsbeschlüsse) gebunden fühlen sondern im Gegenteil diese Beschlüsse boykottieren und die eigene Suppe kochen, können den Verein nicht repräsentieren.

Begründung:

Auf der BDK 1992 wurde die Redaktion der CL aufgefordert, ein Redaktionsstatut zu erstellen, damit eine Anbindung des Vereinsorganes gegeben ist. Anlass für diesen politischen Beschluss waren Artikel in der CL, die der Solidaritätsarbeit mit Cuba nach Mehrheitsmeinung abträglich waren.

Auf der BDK 1993 wurde kein Redaktionsstatut vorgelegt. Lapidare Begründung: »Man habe es nicht für nötig befunden.« Daraufhin wurde der Bundesvorstand beauftragt, im Sinne des nochmals bekräftigten BDK-beschlusses tätig zu werden. »Einigen Vorstandsmitgliedern passt die bisherige Konzeption der CL nicht.« Diese Aussage der »Zurückgetretenen« zeigt deutlich wie ernst sie ihre Mitglieder nehmen. Der Auftrag an den Vorstand ein Redaktionsstatut zu erstellen, ist ein politischer Auftrag von der Mehrheit der anwesenden Delegierten gewesen. Die nunmehr »Zurückgetretenen« haben durch IHRE Konzeption einer CL und ihr Auftreten auf der BDK (u.a. in der Auseinandersetzung über ihre Haltung und Berichterstattung zur Cuba-Demonstration) zu diesem erneuten Beschluss beigetragen.

Im weiteren Verlauf kam es zur realen Umsetzung der BDK-Beschlüsse. Von einer putschartigen Übernah-

me kann nach einer, über zwei Jahre dauernden Nichterfüllung der BDK-Beschlüsse durch die »Zurückgetretenen«, nicht die Rede sein.

Soweit unsere Stellungnahme zu dem Hauptpunkt ihrer verleumderischen Anklage.

Zu dem angedeuteten Vorwurf der Veruntreuung von Mitgliedsbeiträgen sei erinnert:

Die BDK 1993 hat die Finanzverantwortliche beauftragt, einen detaillierten Finanzbericht nachzureichen. Auch wenn der Revisor keine Mängel feststellen konnte, ist festzuhalten, daß sich die Mehrheit der Delegierten nicht mit dem vorgelegten Finanzbericht zufriedengeben konnte.

Weder zur terminlichen Vorgabe, der VS-Sitzung am 12.3., noch nach dem Rücktritt der Kassiererin wurde auch nur irgendein Kassenbericht von ihr vorgelegt. »Einzelkontenblätter können in der Geschäftsstelle eingesehen werden«, war ihre Antwort auf eine entsprechende Nachfrage. Eine Erklärung wurde bis heute nicht gegeben.

Der Bundesvorstand wird die Finanzen nun unter erschwerten Bedingungen überprüfen.

Die finanzielle Unterstützung der Herausgabe einer deutschsprachigen Granma ist ebenso Beschluß der vergangenen BDK. Es bleibt den »Zurückgetretenen« unbenommen, weiterhin darüber zu lamentieren, daß dies eine schwierige Aufgabe sei. Nichtsdestotrotz ist die Realisierung dieses Projektes politisches Ziel der FG, manifestiert durch einen diesbezüglichen Beschluß.

Um den Kreis zu schließen: inhaltliche Arbeit hat etwas mit dem eigenen politischen Gedankengut zu tun!

Die Kritik der »Zurückgetretenen«, daß die Delegierten zur Westeuropakonferenz ihrem Auftrag,

- sich über die gegenwärtige Situation in Cuba,
 - über Zielstellungen der Soliarbeit im 35. Revolutionsjahr zu informieren,
- nicht nachgekommen seien wird mit der Aussage belegt: »Mit Ausnahme von ... haben es die Teilnehmer auch geschafft, den geschlossenen Rahmen der Konferenz in dieser Woche nicht zu verlassen ...« spiegelt ihre Geisteshaltung deutlicher denn je wieder.

Die Delegierten haben ihrem Auftrag entsprechend an dem Programm der Westeuropakonferenz teilgenommen und an fünf arbeitsintensiven Tagen mit VertreterInnen der westeuropäischen Soligruppen und den cubanischen GastgeberInnen zusammengearbeitet.

Sie haben sich mit den gewählten VertreterInnen, mit kompetenten Sachverständigen des Cubanischen Volkes über die äußerst schwierige Situation in Cuba auseinandergesetzt, getragen von dem Wunsch, mit dazu beizutragen, daß die cubanische Revolution weiterhin siegt.

Sie haben zudem vor Ort ein geplantes, konkretes Soliprojekt besichtigt und erste Vorgespräche geführt. Es wurden weiter Gespräche zur Umsetzung der deutschsprachigen Granma geführt.

Die Nürnberger Gruppe geht davon aus, daß der bestehende Vorstand die Arbeit bis zur regulären BDK weiterführt. Wir sprechen uns gegen eine vorzeitige BDK aus, weil wir Zeit und Kraft nutzen wollen, um die aktuellen Vorhaben zur Cuba-Solidarität anzupacken.

Pressemitteilung

50 Jahre IWF und Weltbank

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Das Gründungsjubiläum des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank hat die Redaktion der blätter des iz3w dazu bewogen, sich erneut mit den beiden Washingtoner Institutionen zu befassen. Die beiden Bretton-Woods-Institutionen (BWI) sind seit ihrer Gründung vor 50 Jahren zu den maßgeblichen weltwirtschaftspolitischen Lenkungseinrichtungen geworden, die sich auf die Stabilisierung der gegenwärtigen Funktionsmechanismen der internationalen Finanz- und Handelsordnung konzentrieren.

Seit gut 20 Jahren müssen sich die BWI im wachsenden Maße Kritik auch aus den eigenen Reihen gefallen lassen. Schlagzeilen machte ihre Mitver-

antwortung bei der Durchsetzung gigantischer Energie- und Infrastrukturprojekte (Brasilien, Indien) oder ihre radikalen wirtschafts- und sozialpolitischen Auflagen (Afrika, Lateinamerika), mit verheerenden sozialen und umweltpolitischen Auswirkungen. Interne Studien, wie der Wapenhans-Bericht (1992), belegen, daß 37 Prozent der Programme und Maßnahmen, den eigenen Ansprüchen nicht genügen. Die AutorInnen der aktuellen Ausgabe der blätter des iz3w konzentrieren sich weniger auf die Ziele und Folgen der Politik, als auf die institutionellen Veränderungsmöglichkeiten des Währungsfonds und der Weltbank. So stellt sich Bruce Rich die Frage, inwieweit die Weltbank dem zivilgesellschaftlichen Demokratieverständnis entspricht. Seine strukturpo-

litische Prämisse lautet: die Zivilgesellschaft zu fördern, anstatt die Volkswirtschaften auf Export zu trimmen und auf den Kopf zu stellen. Die britische Nichtregierungsorganisation Oxfam beschreibt beispielhaft am 'Musterland' Uganda, daß ohne eine angemessene Entschuldungsstrategie, die auch den Pariser Club (G7-Staaten) einbindet, die Strukturanpassungsaufgaben von Währungsfonds und Weltbank an jedweder Restrukturierung der Wirtschaft vorbeizielten. Für die sozialen und politischen Folgen müssen die BWI mitverantwortlich gemacht werden. Doch wer kontrolliert die Entwicklungs- und Entschuldungsexperten der BWI? Ein Mittel ist die vom IWF eingeforderte Demokratisierung der Staaten Lateinamerikas, Asiens und Afrikas auch auf beide Institution anzuwenden, sie rechenschaftspflichtig zu machen und KritikerInnen Einflußmöglichkeiten und Zugang zu internen Informationen zu verschaffen. Ein weiterer Aspekt, der allzu gerne verdrängt wird, ist die Strukturanpassung der ersten Welt. Nicht allein die strukturellen weltwirtschaftlichen Ungleichheiten und das Konsummodell des Nordens belasten den Planeten, sondern auch die fehlenden gesellschaftlichen Alternativen im Norden begrenzen die Entwicklung. Ein erstes Konzept dafür bietet die Arbeitsgemeinschaft der Schweizer Hilfswerke. In zehn Politikbereichen beschreiben sie den Handlungsbedarf für Strukturreformen im Norden.

Außerdem informieren die blätter des iz3w über:

Togo: Von der Diktatur zur 'Demokratie'. Über Terror, Wahlen und die Rehabilitierung eines Diktators.

Palästina: Zur ökonomischen Zukunft Gazas. Interview mit Salah Abdel Shafi (Leiter der Economic Development Group, die EU-Darlehen vermittelt).

Frauenbewegung: Sisterhood ein frommer Wunsch? Über die Ungleichheit und das Verhältnis zwischen deutschen und farbigen Frauen.

Bevölkerungspolitik: Fluten und bedrohliche Explosionen. Zur Verwendung von Symbolen in der Bevölkerungsdiskussion.

Richtigstellung

Betreff:

»Stellungnahme des Essener BV-Mitglieds Heinz-W.Hammer...« in der letzten cuba libre, S. 57 ff.

In meiner Stellungnahme habe ich (S.59, mittlere Spalte, 4.Abs.) geschrieben: »...Tatsache ist, daß Wolfgang wegen familiärer Verpflichtungen unterwegs war - und damit auch einen Teil des Programms verpassen mußte, was prall gefüllt war.«

Diese Feststellung ist falsch.

Richtig ist, daß Wolfgang den genannten Verpflichtungen an einem späten Abend, und zwar nach Beendigung aller offiziellen Programmpunkte, nachgekommen ist.

Durch meine versehentlich falsch formulierte Darstellung könnte der Eindruck entstehen, daß Wolfgang seinen Verpflichtungen als FG-Delegierter wegen »privater« Dinge nicht nachgekommen ist. Dies war zu keinem Zeitpunkt der Fall und ich entschuldige mich für meine unkorrekte Darstellung bei ihm.

Alle anderen in der Stellungnahme formulierten Aussagen sind sachlich und inhaltlich korrekt, was bei der BV-Sitzung am 26.03.94 bestätigt wurde.

Heinz-W.Hammer

Leider ist uns in der letzten CUBA LIBRE ein Fehler unterlaufen: Natürlich handelt es sich auf S. 3 nicht um das Redaktionsstatut, sondern um einen Beschluß des Bundesvorstandes (BV) zur Endredaktion. Die Redaktion der CUBA LIBRE legte dem BV, wie von der BDK beschlossen, einen Entwurf vor (siehe unten), den er auf seiner letzten Sitzung einstimmig annahm.

Redaktionsstatut der CUBA LIBRE

§1

Selbstverständnis der CL

Die CL wird vom Vorstand der FG BRD-Kuba in Zusammenarbeit mit der FG Berlin - Kuba herausgegeben.

Die CL versteht sich als Zeitschrift, die die Beziehungen zwischen den Völkern und die Idee der antiimperialistischen Solidarität fördert.

Insbesondere steht die CL an der Seite des kubanischen Volkes in seinem Kampf für nationale Unabhängigkeit und bei der Sicherung und Weiterentwicklung der Errungenschaften der kubanischen Revolution. Im Gegensatz zur bürgerlichen Presse der BRD bemühen wir uns, ein realistisches Bild der innen- und außenpolitischen Situation Kubas zu vermitteln, mit dem Ziel, die Solidarität mit Kuba weiterzuentwickeln. Auf dieser Basis bemühen wir uns alle Positionen und Ideen innerhalb der BRD-Solidaritätsbewegung der CL widerzuspiegeln. Die Redaktion ist Teil der FG und hilft mit alle Beschlüsse der FG und ihrer gewählten Organe zu erfüllen.

§ 2

Das Redaktionskollektiv der CL

1. Im Redaktionskollektiv können alle Menschen mitarbeiten, die sich zum Selbstverständnis der CL bekennen.
2. Das Ausscheiden von Mitgliedern erfolgt durch deren Entschluß oder durch einen Ausschluß mit 2/3 Mehrheit des Redaktionkollektivs.
3. Die Redaktion bedarf der Bestätigung durch die BDK
4. Die Redaktion arbeitet eng mit dem BV zusammen, zu jeder Ausgabe findet eine gemeinsame Diskussion statt, auf der über strittige Artikel mit einfacher Mehrheit der BV-Mitglieder entschieden wird.
5. Die Redaktionssitzungen sind öffentlich

In der 'Schwarzen Reihe' des *iz3w*

Jörg Später (Hrsg.)

... alles ändert sich die ganze Zeit Soziale Bewegung(en) im „Nahen Osten“ Juni 1994, 25,- DM

I. Neuordnung der Welt - neue Bewegung von »unten«?

... alles ändert sich die ganze Zeit. Einleitende Bemerkungen zu Internationalismus und sozialen Bewegungen

Jörg Später

Hat 'links' noch eine Chance? Vom Zwang der Linken zur Selbstbescheidung

Martin Robbe

Welcher Krieg? Ägypten: Optionen im Szenario eines politisch-ökonomischen Aufmarsches

Detlef Hartmann

Unmut über die Moderne. Die 'Neue Weltordnung' und der Islam oder Wer mobilisiert den Fundamentalismus?

Gerhard Höpp

II. Politischer Islam und soziale Frage

Religion und Politik im Nahen und Mittleren Osten. Bemerkungen zum Umgang mit dem Phänomen 'Fundamentalismus'

Azmi Bishara

Islam des Reichtums - Islam der Revolution. Islamismus, Staat und Gesell-

schaft in Ägypten

Jörn Schulz

Zwischen Konservatismus und postmodernem Denken. Die islamische Bewegung in der Türkei

Ulrike Dufner

III. Die Linke in Bewegung?

Zwischen Trotz und Anpassung. Kommunisten im arabischen Osten nach dem Kollaps der Sowjetunion

Faleh A. Jabar

Die Linke in Auflösung. Leninistisches Erbe der und islamistische Herausforderung für die palästinensischen Linksparteien

Salim Tamari

Befreiung in den Staat? Die soziale Programmatik der PKK

Jan Keetman und Udo Wolter

Besiegte, die wie Sieger reden... Ein Gespräch über Probleme der türkischen Linken mit

Ertu_rul Kürkçü

IV. Neue soziale Bewegung(en)

Vom Motor der Demokratisierung zum Opfer der eskalierenden Gewalt? Der Menschenrechtsverein in der Türkei

Heidi Wedel

Aufstand im Haus der Frauen. Die Neue Frauenbewegung in der Türkei
Aylâ Neusel

Das Versagen der irakischen Opposition. Der Volksaufstand im Irak nach dem Golfkrieg

Faleh A. Jabar

Neue Wege der Politik und Organisation. Soziale Bewegungen in den Städten der kurdisch verwalteten Region im Nordirak

Lissy Schmidt

Wider den Schah und die Mollahs. Die Geschichte der Klassenkämpfe im Iran

Bernhard Schmidt

Der »Drusenauaufstand« in Syrien. Zum Verhältnis von Ethnizität und sozialer Bewegung

Birgit Schäbler

Für die soziale Integration der Frau. Frauen in Palästina, die Intifada und der Stand der Unabhängigkeit. Ein Gespräch mit

Rita Giacaman

Auf der Suche nach Strategien. Die palästinensische Frauenbewegung in der neuen Ära

Rita Giacaman und Penny Johnson

V. Statt eines Schlußwortes:

»... und wenn sie nicht gestorben sind, geht's immer noch bergab mit ihnen.« Sozialkritik in Werken der modernen arabischen Literatur

Hartmut Fähndrich

AutorInnen / Ausgewählte Literatur

FIDEL CASTRO AUF DEM 6. KUBANISCHEN JOURNALISTENKONGRESS

HAVANNA. - In seiner Rede auf dem 6. Kubanischen Journalistenkongreß erklärte Fidel Castro am 24. Dezember 1995, die Schlacht der sog. »Sonderperiode« (periodo especial) könne nicht ohne die Beteiligung der Presse gewonnen werden. Eine qualitativ hochwertige Presse habe zur heutigen Zeit die Moral der Bevölkerung, die mit Problemen und Herausforderungen fertig werden müsse, wie sie keine kubanische Generation bisher erlebt hat.

Während der Abschlußveranstaltung des Kongresses, der ohne Unterbrechung über 15 Stunden tagte, unterstrich Fidel Castro die führende Rolle der Presse bei der Verteidigung der Revolution und des Sozialismus. Der höchste Vertreter der kubanischen Revolution bezeichnete die Presse als wichtige Kraft und großartiges Instrument des revolutionären Prozesses. In den Debatten des Journalistenkongresses seien keinerlei Zweifel darüber aufgekommen, daß die kommunistische Partei die führende Kraft der Revolution sei. Er unterstrich, dies als grundlegendes Prinzip. »Wir leben nicht in normalen Zeiten, und niemand weiß, wann wir in normalen Zeiten leben werden,« meinte der kubanische Staats- und Regierungschef, der während der Abschlußsitzung des Kon-

gresses zu verschiedenen Themen Stellung nahm.

Er erklärte darüber hinaus, die Presse sei in Kuba kein Privateigentum, sondern sie sei Eigentum der Gesellschaft, des ganzen Volkes. Dabei schloß er die Möglichkeit der Privatisierung dieses Bereichs aus. »Im Kapitalismus«, erklärte er, »haben die Presseorgane ihre Eigentümer. Sie sind diejenigen, die das Sagen haben, die die Entscheidungen treffen, die die Chefredakteure ernennen und politische Richtlinien bestimmen. Außerdem vertreten diese Medien bekanntermaßen rechte, reaktionäre Positionen. Von dieser Presse kann man nicht gerade behaupten, daß sie keine Lügen verbreite und immer objektiv sei. Diese Eigenschaften können wir aber sehr wohl unseren Medien zuschreiben.«

Unter Bezugnahme auf die Arbeitsweise des Informationsbereichs in Kuba erklärte Fidel Castro, man habe keine Angst davor, Fehler aufzuzeigen oder schlechte Nachrichten zu verbreiten. »Gerade zu der Zeit, in der uns die Blockade am härtesten trifft, in einer Epoche der weltweiten Vorherrschaft der Vereinigten Staaten, steht Kuba allein da und muß all die bestehenden Schwierigkeiten überwinden. Die Revolution hat sich nicht in allen Punkten als leistungsfähig erwiesen. Es sind Methoden und Systeme der ehemaligen sozialistischen Länder Osteuropas, übernommen worden, doch nicht alles, was von dort kam, war ausschließlich negativ.«

Fidel Castro erinnerte daran, daß Kuba während der Raketenkrise in militärischen Punkten nicht immer mit der Sowjetunion übereingestimmt habe. Er wies darauf hin, daß sich daran die Unabhängigkeit Kubas zeige, das damals als Satellitenstaat der UdSSR verunglimpft worden sei. Heute aber gebe es kein Land mehr, das sich als derart unabhängig erweise.

Pressebüro -
Botschaft der Republik Kuba -
Bonn

Thema: Blockade, Isolation

Zum zweiten Mal in Folge stehen die Vereinigten Staaten nun in Bezug auf die Wahl zur Resolution der Verurteilung der Blockade praktisch alleine,

die von cubanischer Seite der Generalversammlung der Vereinten Nationen vorgelegt wurde. Erneut wurde die Falschheit der »Theorie der Isolierung Cubas« demonstriert, als mehr als die Hälfte der repräsentierten Nationen in diesem Forum mit ihrer Stimme die brutalste Politik aller Zeiten verurteilen: die Blockade Cubas. ★

In Bezug auf dieses Thema befinden sich die USA »Modell für Demokratie und Statthalter der Menschenrechte« heute in einer akuten Krise ihrer Glaubwürdigkeit, die sich nicht nur auf internationaler Ebene widerspiegelt, sondern auch mit größerer Kraft denn je seinen Schatten auf ihr eigenes Land wirft.

ein Teil des US-Wirtschaftssektors hat sein Interesse an Geschäften mit

HAVANNA

Dramatischer Verfall des Peso

dpa/JW. Der kubanische Peso erlitt am Montag nach den Parlamentsbeschlüssen auf dem Schwarzmarkt von Havanna einen dramatischen Wertverlust gegenüber dem Dollar. Wie Touristen im Zentrum von Alt-Havanna berichteten, wurde die US-Währung für 300 bis 500 Pesos pro Dollar gehandelt, nachdem der Schwarzmarktkurs zuletzt 1:100 betrug.

Beobachter führten die Panikreaktionen unter anderem auf die Ankündigung einer möglichen Währungsreform zurück.

JUNGE WELT
4.5.94, S. 8

dem Cubanischen Gegenpart gezeigt, trotz der aufgezwungenen Verbote. Abgesehen davon, daß andere so wichtige Sektoren wie der intellektuelle, der wissenschaftliche oder kulturelle, vereint mit religiösen, humanitären und sozialen Institutionen sich öffentlich gegen eine so inhumane Politik ausgesprochen haben.

Einige kürzliche Beispiele belegen diese Feststellung mit Tatsachen:

- am 8. Oktober reif eine Gruppe von Nicht-Regierungs-Organisationen zu einem Solidaritätsakt mit Cuba

USA: Druck auf Kuba und Haiti

BAL HARBOUR (rtr) US-Präsident Clinton will die Wirtschaftsembargos gegen Kuba und Haiti aufrechterhalten, bis dort demokratische Verhältnisse herrschen. Die Vereinigten Staaten lägen aber nicht im Streit mit den Völkern beider Karibikstaaten, so Bill Clinton. Die USA wollten mit freien Völkern als Partner ins 21. Jahrhundert gehen.

WAZ, 27.4.94

Junge Welt · 3. Mai 1994

Kuba braucht Mut

Volksgongreß: Steuer- und Preiserhöhung kontra Krise

dpa/JW. Kubas Staats- und Parteichef Castro hat einschneidende Wirtschaftsreformen auf der sozialistischen Karibikinsel angekündigt. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme seien komplex und ihre Lösung erfordere »politischen Mut« der Regierung, sagte Castro am Sonntag bei der außerordentlichen Sitzung des Volksgongresses. Die Regierung, so Castro, müsse schwierige Maßnahmen ergreifen, ohne auf halbem Weg stehenzubleiben. Diese Maßnahmen sollten dazu dienen, die Währung und damit Lohn- und Kaufkraft der Arbeiter zu stärken.

Zuvor hatte Finanzminister Jose Luis Rodriguez Preis- und Steuererhöhungen in Aussicht gestellt, um die defizitären Staatsfinanzen zu sanieren. Unter anderem schlug er Preiserhöhungen für nicht lebensnotwendige Güter wie Tabak und Alkohol sowie für einige Dienstleistungen wie Strom, Wasser und Telefon vor. Den Ausführungen des Ministers zufolge sollen die Selbständigen, die es in Kuba erst seit den Reformen des Sommers 93 gibt, als Steuerzahler ebenso stärker zur Kasse gebeten werden, wie die landwirtschaftlichen Kooperativen. Er schloß eine Währungsreform nicht aus.

Als Folge des wirtschaftlichen Niedergangs seit der Auflösung des früheren Ostblocks klappt im kubanischen Staatshaushalt ein Loch in Höhe von gut vier Mrd. Pesos. Der Kaufkraftüberhang – die Differenz zwischen Geldmenge und Warenangebot – wird auf mehr als elf Mrd. Pesos beziffert. Der Peso hat dadurch dramatisch an Wert verloren.

sogenannte Sturm des Jahrhunderts, Neuritis Optica, die mehrere tausend Cubaner befiel und Überflutungen im November.

Die Hilfe wurde 1994 fortgesetzt, mit etwa vier Millionen Dollar, die für die Herstellung von Vitamin-B-Komplexen, Medikamenten; chirurgischem Material und Hygieneprodukten auf Cuba bestimmt waren. Auch beinhaltet sie die Behandlung von Trinkwasser in verschiedenen Einrichtungen des Ostens und in der Hauptstadt.

Marin zeigte sich zufrieden mit der vollen Freiheit, die Hilfeleistende Nichtregierungs-Organisationen wie das Rote Kreuz, Ärzte ohne Grenzen und Ärzte der Welt für ihre Arbeit genießen.

Er wies darauf hin, daß die cubanischen Autoritäten ihm versicherten, daß sie keinen Einfluß auf die Arbeit von Echo(?) nehmen würden.

Die cubanische Regierung führte am vergangenen Wochenende eine Konferenz mit mehr als 205 Repräsentanten der Emigration in fast 20 Ländern, hauptsächlich in die Vereinigten Staaten, durch.

»Diese Bemühungen um Versöhnung sind positiv und auch, wenn einige die Fortschritte als bescheiden beurteilen, schreitet die Lösung eines der politischen Hauptprobleme fort, denen die Insel gegenübersteht«, meinte Marin.

ICAP

Die Landwirtschaft in Cuba

Die Grundeinheiten kooperativer Produktion (UBPC) sind eine Form sozialistischer Produktion, die auf der Basis von staatlichem Landbesitz beruht, der Arbeiterkollektiven zur Nutzung übergeben wird. Die restlichen Mittel, wie: Maschinen, Transport, Vorräte und anderes, werden diesem auf Kredit verkauft und gehen bei Beendigung der Produktion in den Besitz dieser neuen Einheit über.

Diese Einheiten basieren auf vier grundlegenden Prinzipien: Die Verbindung des Menschen mit dem Land, die Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder und Familienangehörigen inklusive der Selbstversorgung und der Wohnbedingungen, die Bestimmung der Einkünfte der Arbeiter entsprechend der End-

produktion und einer weitgehenden Autonomie der Geschäftsführung.

Diese neue Organisation der Arbeit und der Geschäftsführung verfolgt das grundlegende Ziel, die Produktion zu erhöhen sowie die maximale Nutzung des Bodens mit größter Einsparung menschlicher und materieller Ressourcen. ★

Ein Schlüssel zum tiefen Verständnis dieser Maßnahmen ist, daß auf gewisse Weise die Aufgabe des Staates als richtendes Zentrum der grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Prozesse abgelöst wird. Bezüglich des fortschrittlichen sozialen Charakters dieser neuartigen Form der Produktion ist zu sagen, daß es sich um kollektive freiwillig aufgenommene Arbeiten handelt, es gibt keine Ausbeutung, da ihre Einkünfte Frucht ihrer eigenen Bemühungen sind.

Das Leben der UBPC wird demokratisch bestimmt, die Generalversammlung, die aus allen Mitgliedern gebildet wird, wird das höhere Organ der Leitung, ihre Funktionen sind die Verabschiedung des Produktionsplans und der Investitionen, die Wahl eines ausführenden Organs und ihres Präsidenten mit Entscheidungsgewalt für die Aufnahme und Trennung von Mitgliedern, gestützt auf die interne Reglementierung, die definitiv alle Aktivitäten des Kollektivs regelt.

Andere Angelegenheiten von Interesse. Jedem Mitglied wird periodisch ein Vorschuß an Geld entsprechend der Erfüllung von Normen oder Arbeitstagen übergeben und am Ende des Wirtschaftsjahres erhält er einen Teil des Einkommens entsprechend der beigetragenen Arbeit. Die UBPC können auch gelegentlich Lohnarbeiter beschäftigen. Der Staat wird die Aktivitäten der UBPC kontrollieren, setzt die Preise fest, bietet die grundlegenden Dienste, die diese verlangen und legt die Hauptrichtlinien der Produktion unter Wahrung der Interessen des Landes feste. Seine Rolle in diesen Richtlinien wurde an die bestehenden Betriebe delegiert, die einen Teil seines gegenwärtigen Grundinhalts modifizieren.

Der Staat hat das Recht, jede dieser Einheiten, die die Prinzipien des Reglements zu ihrer Funktion, Produktion und Verteilung nicht erfüllt, zu teilen oder zusammen zu schließen.

Dies kann auch durchgeführt werden, wenn es erforderlich ist, um fortschrittlichere Techniken einzuführen, die Produktivität zu erhöhen und Kosten zu reduzieren, dies geschieht außerdem auf Ersuchen der Mitglieder der Einheiten.

★ Jede UBPC verfügt über eine Gewerkschaftssektion, deren Struktur von der spezifischen Situation dieser Einheiten abhängt. Es wird keine professionellen Kader geben, sondern die Arbeit wird auf dem Gewerkschaftsaktivismus basieren. Die Gewerkschaftssektion hört auf die Arbeiter und wird Maßnahmen erklären, die nicht verstanden werden, und zu jedem Zeitpunkt wird sie mit der Leitung zusammenarbeiten und sie in der Geschäftsleitung unterstützen.

ICAP tinored.cu (Cubanisches Institut für Völkerfreundschaft)

Kurze Tagesnachrichten aus Cuba

Brasilien - Der brasilianische Staatspräsident, Itamar Franco, empfing den neuen Botschafter der Republik Cuba, Ramón Sánchez Parodi. Dieser übergab ihm seine Akkreditierungspapiere, sowie eine Botschaft der Freundschaft von Präsident Fidel Castro, welche von Itamar Franco erwidert wurde.

Havanna - Des 124. Geburtstags von Wladimir Iljitsch Lenin wurde in dem nach ihm benannten Park mit einer Feierstunde gedacht. Es nahmen teil der Vizepräsident des ICAP, Rolando Téllez und der Kulturattaché der

Russischen Botschaft, Michail Schitkov.

Havanna - Das Zentrum für Biomaterie an der Universität von Havanna hat eine Verfahren entwickelt, mit dem sie dort Multilatex erhalten haben, auf dessen Grundlage man Diagnose-Sets zusammenstellt, die in der Lage sind, ungefähr 80 Krankheiten herauszufinden. Bisher wurde das benötigte Latex auf dem internationalen Markt zu einem Preis von etwa 15.000 bis 20.000 Dollar pro Liter eingekauft.

Sancti Spíritus - Der Chirurg Miguel Navarro, Vize-Dekan der Fakultät der Medizinischen Wissenschaften der Provinz Sancti Spíritus, erhielt für seine Arbeit, mit dem Titel »Äußere Rippen-Fixierung für die Behandlung des Torax«, den »José A. Presno Albarrán«-Preis, den die Cubanische Chirurgische Gesellschaft alle zwei Jahre verleiht.

UNICEF - Die Sorgfalt, die auf Cuba dem Stillen der Säuglinge, entsprechend einem weltweiten Programm unter dem Patronat der Unicef, gewidmet wird, wurde von Manuel Manrique hervorgehoben, der im Rahmen dieser Initiative für Cuba und Mexico zuständig ist. Er äußerte auch Zufriedenheit darüber, daß 25 Entbindungskliniken den Status »Freund von Kind und Mutter« von der UNICEF zugesprochen bekamen. Etwa 55 Prozent der auf der Insel Geborenen profitieren von der Ernährung durch das Stillen, das Krankheiten vorbeugt und die Säuglingssterblichkeit verringert, wie Manrique hervorhob.

Bogotá - Die columbianische Naturschutz-Organisation »Observatorio Socio-Ambiental« in Catatumbo erteilte dem Cubanischen Volk sein »Grünes Siegel« - eine Skulptur aus Holz von dem indigenen Künstler Aníbal Angarica - für die Umsetzung eines regenerativen Entwicklungsplanes von ausgezeichnetem Gehalt und unter Selbstverwaltung der Gemeinden. Der leitende Direktor dieser Nicht-Regierungsorganisation, Gustavo Gutiérrez, übergab die Auszeichnung dem Cubanischen Botschafter, Jesús Martínez.

CEPAL - Cuba wurde, zusammen mit Grenada und Frankreich für eine der Vize-Präsidentschaften in der 25. Sitzungsperiode der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) gewählt. Diese findet statt in Cartagena de Indias, in Columbien.

Havanna - Anlässlich des 100. Geburtstages von Camila Henríquez Ureña fand eine abendliche Feierstunde in der Großen Aula der Universität von Havanna statt. Dabei hob Jorge Tenas, Unter-Staatssekretär für Erziehung, Schöne Künste und Kultur aus der Dominikanischen Republik, dem Geburtsland der Pädagogin, hervor, daß sie ein Glied gewesen ist, das die Geschichte der beiden Länder zusammenführte. In der Universität wurde durch die Staatssekretärin für Erziehung, Schöne Künste und Kultur, Jaqueline Malagón, die die dominicanische Delegation leitete, eine Gedenktafel enthüllt.

Granma internacional, 11. Mai 94
(AdSp msw)

Castro verlangt Mut und Härte

Reformen sollen Kuba das Überleben ohne die Hilfe der Brüder von einst sichern

JW. Kuba steht vor einschneidenden Wirtschaftsreformen. Auf einer Sondersitzung des Volkskongresses forderte Partei- und Staatschef Castro in

Havanna »politischen Mut«, um die komplexen Probleme zu lösen und das horrende Haushaltsdefizit abzubauen. Finanzminister Rodríguez

schloß eine Währungsreform nicht aus. Für Tabak und Alkohol sowie für Strom, Wasser Telefon und anderes kündigte er Preis- bzw. Steuererhöhungen

an. Die seit einem Jahr zugelassenen Selbständigen sollen wie die landwirtschaftlichen Kooperativen stärker steuerlich belastet werden. (Seite 9)

JUNGEWELT, 3.5.94, S.1



cuba

G 7911 F

Postvertriebsstück

Gebühr bezahlt

Freundschaftsgesellschaft

BRD - KUBA e.V.

Theodor-Heuss-Ring 26, 50668 Köln

Brigade José Martí

9. – 30. Oktober '94

Solidaritäts arbeit

- ★ Praktische, konkrete Solidarität durch Arbeit in der Landwirtschaft
- ★ der Versuch, durch Vorträge, Treffen und Besuche einen Einblick in die derzeitige Situation Kubas zu erhalten
- ★ durch gemeinsames Arbeiten und Leben mit ca. 200 Menschen aus 8 westeuropäischen Ländern Erfahrungen sammeln und Anregungen für die jetzt so wichtige Solidaritätsarbeit für Kuba zu gewinnen – das sind die Zielsetzungen der Soli – Brigade

Nähere Informationen durch die Freundschaftsgesellschaft BRD – Kuba
Tel. 0221/13 18 36 v. 9.30–15.00 Uhr oder
W. Peter, Tel. 07345/53 52 ab 21 Uhr